

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen, 17. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt den Besucherinnen und Besuchern auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Dass die Reihen noch etwas gelichtet sind, mag daran liegen, dass die Straßenverhältnisse heute nicht ganz einfach sind. Wer eine längere Anreise zu bewerkstelligen hat, kommt vielleicht etwas mühseliger hierher. Trotzdem wollen wir mit unserer Plenarsitzung beginnen.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wie immer in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die **Tagesordnung** eintreten, möchte ich noch auf eine **Änderung** hinweisen: Die Tagesordnung für die heutige Sitzung sieht noch den **Tagesordnungspunkt 15** mit einer Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags von Nordrhein-Westfalen zur Kenntnisnahme Drucksache 16/1642 vor. Der Ausschuss für Europa und Eine Welt hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2012 keinen Beschluss in einem dringenden Fall – es handelt sich hierbei um das Thema „Frühwarndokumente nach § 50 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung“ – gefasst, sodass entsprechend auch keine Unterrichtung durch die Präsidentin vorgenommen werden kann. Der Tagesordnungspunkt ist deshalb **abzusetzen**. – Ich sehe dagegen keinen Widerspruch.

Damit verfahren wir entsprechend und treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

erste Lesung

Und:

Finanzplanung 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/1401

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1402

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1286

erste Lesung

Zur Vorstellung des Haushaltsgesetzes und der mittelfristigen Finanzplanung erteile ich für die Landesregierung Herrn Finanzminister Dr. Walter-Borjans das Wort. Herr Finanzminister, das Redepult gehört Ihnen.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

– Nicht zum Mitnehmen, nur für die nächsten Minuten!

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das muss mit Weihnachten zusammenhängen!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 lege ich Ihnen heute erneut ein Zahlenwerk vor, das unseren Willen unterstreicht, die Finanzen des Landes nachhaltig zu konsolidieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

„Nachhaltig“ bedeutet, Einnahmen und Ausgaben dauerhaft in Übereinstimmung zu bringen, und zwar ohne unsere Verantwortung für die Aufgabenerfüllung im Land zu vernachlässigen. Zu unseren Aufgaben gehören vor allem Investitionen in Bildung, in Betreuung und in die Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit unserer Kommunen.

Eines der wichtigsten Ergebnisse in diesem Haushaltsentwurf ist die weitere Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf 3,5 Milliarden € nach „3,6 plus 1“ für die WestLB im Entwurf 2012, nach 4,8 im Entwurf 2011 und nach 6,6 Milliarden bei der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2010.

In den abgeschlossenen Haushalten der Jahre 2010 und 2011 ist es uns außerdem gelungen, am Ende deutlich unter den jeweiligen Plandaten zu

bleiben. Das werden wir auch 2012 schaffen, und das bleibt unser Ziel, bis wir 2020 mit Plan- und Ist-Wert bei der Null angekommen sein werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will mancher versuchten Legendenbildung in diesem Zusammenhang zum Trotz gleich vorwegschicken, unter welchen Maßgaben dieser Haushaltsentwurf aufgestellt wurde.

Erstens. Die Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert ist, gilt, und zwar allen Legenden, wie sie die Opposition verbreitet, zum Trotz – hin oder her.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Christian Lindner [FDP]: Die Nachricht des Tages! dpa-Eilmeldung!)

– Wenn das nicht die Nachricht des Tages ist, frage ich mich, warum Sie das die ganze Zeit infrage stellen. Denn das wird seit knapp drei Jahren ständig gesagt.

Zweitens. Wir werden die Schuldenbremse – das ist auch eine Nachricht des Tages –, wie vom Grundgesetz verlangt, bis 2020 schaffen. Das zeigt der Weg, den wir schon gegangen sind, und das zeigt die mittelfristige Finanzplanung, wie wir sie jetzt vorlegen – Legendenbildung hin oder her.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. Die Schuldenbremse zu schaffen, ist das eine. Wenn wir das erreichen wollen, ohne das Land kaputtzusparen, dann müssen starke Schultern einen größeren Beitrag leisten, und auch das gegen die Legende vom alleinigen Konsolidieren durch Kürzen und Streichen – hin oder her.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Viertens. Die Weigerung des Bundes, Weichen für zusätzliche Einnahmen zu stellen, bedroht die Funktionsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie ist trotzdem kein Freibrief für die Verletzung der grundgesetzlichen Schuldenregel, aber sie würde ohne einen Kurswechsel in Berlin auch bei uns zu empfindlichen Einschnitten führen, deren Verursacher wir dann aber auch klar beim Namen nennen.

Und zuletzt erwähne ich die Vereinbarung von grundgesetzlichem Auftrag zum Stopp der Neuverschuldung einerseits und grundgesetzlichem Auftrag des Staates, seine Aufgaben zum Wohl der Menschen zu erledigen. Das geht nach allem, was wir in den letzten Jahren gesehen haben, nur mit einer anderen Bundesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir stellen uns offen und ehrlich der Herausforderung, Ausgaben und Einnahmen dauerhaft in Übereinstimmung zu bringen, ohne Lasten einfach nur auf andere zu verschieben und ohne die Menschen mit dem alleinzulassen, was sie zu Recht von ihrem Gemeinwesen, vom Staat, erwarten: Bildung, Infrastruktur, öffentliche

Sicherheit, sozialer Zusammenhalt. Das sind Grundlagen, ohne die die wenigsten derer, die heute in Wohlstand leben, diesen Wohlstand erreicht hätten, und das sind Grundlagen, die alle brauchen, damit sie einen bescheidenen Wohlstand auch erreichen können.

Die Krokodilstränen der Opposition gegen die Forderung nach Mehreinnahmen sind erstaunlich. Fordern Sie nicht selber die Wiedereinführung von Studiengebühren? Ist das Ihrer Auffassung nach eine Ausgabenkürzung? Oder ist das nicht vielmehr eine Einnahmensteigerung auf andere Art? Wir sollten es einfach beim Namen nennen: Wir wollen die starken Schultern stärker an der Finanzierung der Aufgaben des Staates beteiligen. Sie wollen die Studierenden und ihre Eltern bezahlen lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Haushalt, den wir jetzt vorlegen, hat nach dem Entwurf der Landesregierung ein Volumen von 60 Milliarden €. Das sind rund 2,1 Milliarden € oder 3,7 % mehr als im Vorjahr, die WestLB-Milliarde herausgerechnet. Darin sind alleine 4,2 Milliarden € vollständig durch den Landeshaushalt laufende Mittel, die vom Bund auf der einen Seite hineinkommen und auf der anderen Seite wieder hinausgehen. Und es sind noch einmal 5,1 Milliarden € vom Bund und 0,5 Milliarden € von der Europäischen Union, die hineinkommen und dann zusammen mit Kofinanzierungsmitteln des Landes wieder hinausgehen. Das heißt, ein auf diese Weise festgelegter Betrag von rund 10 Milliarden € befindet sich in diesem Haushalt, der sich eigentlich jeder Einflussnahme entzieht.

Der Aufwuchs bei den Ausgaben ist zu einem ganz überwiegenden Teil durch gesetzliche Vorgaben begründet. Wir haben die Personalausgaben. Vor allem bei Versorgung und Beihilfe stehen wir auch bei einem gleichen Personalbestand einem wachsenden Kostenblock gegenüber. Dabei ist allerdings auch Vorsorge für laufende Tarif- und Besoldungserhöhungen getroffen worden. Dieser Ansatz wächst im Haushaltsentwurf für 2013 um 860 Millionen €. Der Personalblock ist mit 22,9 Millionen € oder 38,4 % der gesamten Haushaltsmittel insgesamt der größte Ausgabenblock. Die Mittel für das Personal der Hochschulen sind darin nicht einmal enthalten.

Es gibt im Haushaltsentwurf 2013 im Saldo gegenüber dem Vorjahr keinen Zuwachs an Stellen. Was die Kommunen angeht – dazu wird der Kollege Ralf Jäger nachher mehr sagen –, ist zu sagen, dass jeder dritte Euro der Gesamtausgaben des Landes in die Kommunen geht, 8,6 Milliarden € über das Finanzierungsgesetz und noch einmal 8,75 Milliarden € an Zuweisungen aus dem Landeshaushalt mit einer Reihe von Zuwächsen in diesem Haushalt 2013.

Dann sind wir bei den Bildungsausgaben: Die Zukunftsinvestitionen in Bildung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in unserem Land behalten ihren großen Stellenwert. Deshalb stellen wir für die frühkindliche Bildung 112 Millionen € an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung. Wir stellen insgesamt 1,9 Milliarden € mehr als 2012 zur Verfügung. Darin sind Mittel für 144.000 U3-Plätze enthalten, um den ab dem 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch abzusichern. Wir tragen auch Sorge dafür, dass im Kindergartenjahr 2013/2014 noch 100 zusätzliche Familienzentren in sozialen Brennpunkten geschaffen werden. Damit setzen wir ein klares Signal.

Die schulische Bildung bindet auch im Jahr 2013 die meisten Ressourcen im Landeshaushalt. Mit 15,1 Milliarden € ist das der ausgabenintensivste Block im Bereich der Bildung. Die Zusicherung, dass Demografiegewinne bis 2015 im Bildungssystem bleiben, gilt natürlich auch für das, was wir in diesen Haushalt 2013 hineingeschrieben haben.

Durch gesetzliche Verpflichtungen steigen darüber hinaus die Zuschüsse an die Hochschulen um 109 Millionen € und die Aufwendungen im Rahmen des BAföG. Insgesamt sind es 175 Millionen €. Außerdem erhalten die Hochschulen zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze 530 Millionen € mehr als im Jahr 2012. Von diesem Betrag bezahlt der Bund die Hälfte.

Das ehrgeizige Ziel einer schrittweisen und nachhaltigen Konsolidierung der Landesfinanzen lässt sich vor dem Hintergrund vieler unbeeinflussbarer Ausgabenpositionen nur erreichen, wenn die Ressorts ihre Expertise und ihre Erfahrungen aus dem Haushaltsvollzug jedes Jahres mit in die Entwicklung einbringen. Das stellt der Entwurf wie in den vergangenen Jahren dadurch sicher, dass die Ministerien eine globale Minderausgabe von 270 Millionen € zu erwirtschaften haben. Wir haben weiter eine globale Minderausgabe von 550 Millionen € im Einzelplan 20, die wir wie in den vergangenen Jahren auch im Haushaltsvollzug des laufenden Jahres 2013 erwirtschaften wollen.

Auch wenn wir alle Möglichkeiten nutzen, die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung zu steigern, und auch dann, wenn wir eine maßvolle Mehrbelastung starker Schultern auf den Weg bringen, wird trotzdem – das muss ich an dieser Stelle allen sagen – nicht alles, was von Fachkreisen für unabdingbar und unbedingt notwendig gehalten wird, von den verfügbaren Einnahmen gedeckt werden können. Das heißt im Klartext: Wir werden nicht nur auf vieles Wünschenswerte in den kommenden Jahren verzichten müssen, wenn wir den Haushalt ausgeglichen gestalten wollen. Wir können uns nicht einmal alles Notwendige leisten, und das umso weniger, als uns auf der Bundesebene Einnahmeverbesserungen verweigert werden.

Die Steuereinnahmen, die das Land aus den gegebenen Steuergesetzen uns aus der Gestaltung der

Steuergesetze erhält, sind im Oktober erneut geschätzt worden. Auf dieser Grundlage planen wir für 2013 Steuereinnahmen von 44,8 Milliarden €. Das ist gemessen an den konjunkturellen Erwartungen ein vorsichtiger Ansatz. Wenn das Jahr 2012 plangemäß mit Steuereinnahmen von 43,1 Milliarden € abschließt – nichts deutet darauf hin, dass wir darunter bleiben –, dann ist das eine Steigerung von 4,9 % gegenüber dem Jahr 2011. Vor dem Hintergrund dieser Folie zeigt sich, dass die Planung für das Jahr 2013 mit einem Plus von 4 % natürlich darunter bleibt, weil wir damit rechnen müssen, dass sich die Konjunktur ein wenig abkühlt.

Auch wenn diese Abschwächung zur erwarten ist, sind wir doch zuversichtlich, diesen Ansatz erwirtschaften zu können, weil der private Konsum und vor allem ein stabiler Arbeitsmarkt die Steuereinnahmenbasis stabil halten. Wenn auch gebremst, so wird es einen Zuwachs geben. Man muss hinzufügen: Das ist im Sprachgebrauch der Opposition und mancher, die darüber berichten, dann wieder einmal eine Rekordsteuereinnahme, mit der wir rechnen. Das ist richtig. Aber man muss auch sagen, dass das normal ist. In einer wachsenden Wirtschaft bei einem wachsenden Bruttoinlandsprodukt sind wachsende Steuereinnahmen normal, und es muss auch wegen der ebenfalls steigenden Preise und Kosten wachsende Steuereinnahmen geben. Alles andere würde nämlich zu einer Erweiterung des Abstandes zwischen Ausgaben und Einnahmen führen. Das ist in einem Staat nicht anders als in den Haushalten kleiner oder großer Unternehmen. Auch die müssen bei steigenden Preisen mehr Umsatz erwirtschaften, wenn Sie ihre Rentabilität halten wollen.

(Christian Lindner [FDP]: Beste Argumente für die Abschaffung der kalten Progression!)

– Dazu komme ich noch.

Meine Damen und Herren, unsere mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2016 macht deutlich, dass sowohl der aktuelle Haushaltsentwurf als auch die verabredeten Einsparungen zusammen mit den geplanten Investitionen Bausteine zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalts im Jahre 2020 sind. Ich verschweige dabei nicht, dass in dieser Planung noch erhebliche Globalpositionen stecken, die wir auflösen müssen. Dass sie aufzulösen sind, ist eine gesetzte Entscheidung. So vorzugehen, halte ich jedenfalls für einen viel ehrlicheren Weg als das, was die Bundesregierung macht, die das, was eigentlich Globalpositionen sind, mit schönen Titeln belegt, zum Beispiel mit Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer, die schon seit Jahren darin enthalten sind, als es noch nicht einmal eine Gruppe von Staaten in der EU gegeben hat, die sich überhaupt darauf verständigt hätte, sie einzuführen.

Ein solches Vorgehen wähle ich nicht. Ich sage vielmehr ganz klar, welcher Teil im Haushalt in den nächsten Jahren noch zu erwirtschaften ist, um die

Schuldenbremse einzuhalten, und der nach und nach mit realistischen Ansätzen und realistischen Entscheidungen zu belegen ist.

Wir haben mit der mittelfristigen Finanzplanung von 2014 bis 2016 beschlossen, die strukturelle Neuverschuldung weiter schrittweise abzubauen. Wenn ich es mache wie der Bund und von der strukturellen Neuverschuldung rede, gehört dazu, dass ich das, was ich an Altlasten von der WestLB bei Phoenix und bei der EAA übernommen habe – dazu kann ich auch noch eine Kleinigkeit sagen –, erst einmal herauslasse.

Dann wird erst deutlich, dass wir im Jahr 2014 auf eine Neuverschuldung von 2,4 Milliarden € kommen werden. Wir werden im Jahr 2015 1,9 Milliarden € erreichen und im Jahr 2016 auf 1,6 Milliarden € kommen. Das ist ein Abbaupfad, der den konsequenten Weg zur Null im Jahr 2020 deutlich erkennen lässt –

(Lachen von Lutz Lienenkämper [CDU])

auch wenn der Haushalt zwischen den Jahren 2014 und 2016 eben noch mit drei Tranchen aus der Abdeckung der Phoenix-Garantie belastet werden muss, nämlich mit 900 Millionen € im Jahr 2014, 705 Millionen € im Jahr 2015 und noch einmal 850 Millionen € im Jahr 2016.

Das ist keine Überraschung, wie von der Opposition gerne vorgespielt wird, sondern die Folge der Vereinbarungen, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung mit den Sparkassen getroffen hat – und zwar mit einer gewollt deutlich höheren Mehrbelastung des Landes gegenüber den Sparkassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung des Vorjahres gibt es auf diese Art, wenn man sich die Zahlen anschaut, noch einmal erhebliche Fortschritte. Dazu tragen Ideen und Beiträge bei, die das Effizienzteam erarbeitet hat. Deshalb wird das Effizienzteam die Landesregierung weiterhin mit konkreten Optimierungs- und Einsparvorschlägen unterstützen. Wir wollen nicht mit dem Rasenmäher sparen. Wir werden Effizienzgewinne durch Aufgabenkritik und durch Aufgabenanalyse erschließen.

Dazu gehört auch die kritische Überprüfung von Förderprogrammen. Sie werden unter Beteiligung der NRW.BANK daraufhin überprüft, ob Umstellung auf Darlehensvergabe möglich und sinnvoll ist und wo man auf diese Art Zuschüsse im Landeshaushalt einsparen und damit einen anderen Reiz zum ökonomischeren Umgang mit diesen Fördermitteln geben kann, der gleichzeitig den Landeshaushalt entlastet, die Ziele aber trotzdem erreichbar sein lässt.

Auf Basis von Empfehlungen des Effizienzteams sieht der Haushaltsentwurf 2013 schon vor, dass in diesem Bereich Einsparungen

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Strukturell!)

– strukturelle Einsparungen – von 152 Millionen € realisiert werden, die sich durchtragen und dann Jahr für Jahr schon eine Entlastung der kommenden Haushalte sind. Zwei Drittel dieser Einsparungen werden durch eine Kürzung des Ausgabenvolumens von Zuschüssen realisiert, ein Drittel wird durch die Umstellung auf die Darlehensgewährung im Rahmen der Förderprogramme der NRW.BANK realisiert.

Diese Prüfung, die das Effizienzteam unternimmt, erfasst auch den gesamten Bereich der EU-Förderung. Auch hier haben wir das Ziel, dass die zuschussbasierte Förderung auf eine Darlehensgewährung umgestellt wird. Soweit es zweckmäßig und möglich ist, sollen revolvingende Finanzierungsinstrumente dafür eingesetzt werden.

Bei der sozialen Wohnraumförderung unter Berücksichtigung auch der Auswirkungen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben, wird die Zweckbestimmung erweitert und die Förderung unter Einbindung institutioneller und privater Eigentümer stärker auf der Basis der kommunalen Handlungskonzepte erfolgen.

Die Aufgabenkritik wird alle Aufgabenbereiche der Landesverwaltung erfassen. Wir werden sämtliche Maßnahmen und alle vorhandenen Strukturen der Landesverwaltung, aber auch bei den Sondervermögen und bei den Landesbetrieben auf Effizienzreserven überprüfen. Wir haben das Ziel, Personal- und Sachkosten sowie Mietkosten für Nutzflächen zu senken und Effizienzpotenzial zu heben, wo es gegeben ist. Einen ersten Schritt in diese Richtung werden wir zum Beispiel mit der Zusammenlegung der Oberfinanzdirektionen vollziehen.

Mit diesem Haushalt, meine Damen und Herren, setzen wir weiter auf die richtigen Schwerpunkte. Wir sparen,

(Henning Rehbaum [CDU]: Wo denn?)

aber wir sparen nicht kaputt. Das geht auch, wenn Sie sich anhören, was der Bundesfinanzminister bei der Einbringung zu seinen Haushalten gesagt hat, in die Richtung, dass man mit dem, was man an Einsparungen vornimmt, auch darauf zu achten hat, wie weit das in einer labilen Konjunktursituation Probleme verschärft oder Probleme zu lösen hilft.

Wir erdrosseln auch nicht die stabile wirtschaftliche Grundlage unseres Landes. Sie ist Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat, wie auch ein leistungsfähiger Staat Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen selbstbestimmt zu einer guten Bildung, aber auch zu Wohlstand kommen können. Die Aufgabe des Staates ist es, Chancen für alle zu produzieren. Das macht man nicht, indem man Mittel kürzt, die den Aufstieg ermöglichen, sondern man muss effizient investieren und dafür sorgen, dass Menschen, die sonst in die Transferempfänger-

gruppe gedrückt zu werden drohen, zu Steuerzahlern werden. Das hilft selbst denen, die sich über den Länderfinanzausgleich beklagen und dagegen klagen wollen.

Diese Investitionen unternehmen wir. Aber das alles geht eben nicht gegen eine Bundesregierung, die offenbar ganz andere Zielgruppen im Auge hat. Dazu kann ich nur sagen: Ich werde heute Nachmittag an der Sitzung des Vermittlungsausschusses teilnehmen. Je mehr ich mich im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss mit den Details der Arbeit dieser Bundesregierung beschäftige, desto mehr stoße ich auf zahllose Fälle von glattem Etikettenschwindel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

Hier geißelt eine schwarz-gelbe Opposition fehlende Einschnitte für die einfachen Bürgerinnen und Bürger, drückt sich aber ein ums andere Mal um konkrete Vorschläge.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist doch Wahlkampfrhetorik!)

Da heißt es: Ihr müsst wieder 1,5 % beim Personal kürzen. – Sie verschweigen dabei, dass Sie in Ihrer Regierungszeit 90 % des Personals ausgenommen und die 1,5 % nur noch auf 10 % angewendet und dort Spuren hinterlassen haben, an denen wir heute an allen Ecken und Enden kranken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In Berlin dagegen bedienen Sie klammheimlich eine wohlhabende Wählerklientel und nennen das Wachstumsbeschleunigung,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bürokratieabbau oder – jetzt kommt's – Minderung der kalten Progression. Bezahlen müssen am Ende immer auch der nordrhein-westfälische Steuerzahler und die nordrhein-westfälische Steuerzahlerin mit ihren Anteilen am Bundeshaushalt, aber eben auch an diesem Landeshaushalt und vor allen Dingen an den Haushalten der Kommunen.

Statt ihnen zu sagen, dass es die ganz normalen Steuerzahler sind, die Ihre konsequente Umverteilung von unten nach oben bezahlen müssen, gaukeln Sie immer wieder vor, Sie würden Politik für die kleinen Leute machen. Sie entlasten Hoteliers – das ist ein alter Hut, aber es ist einer, der jedes Jahr wieder auftaucht,

(Widerspruch von der CDU)

weil er jedes Jahr alleine 100 Millionen € Steuerausfall allein im nordrhein-westfälischen Landeshaushalt verursacht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wollen heute im Vermittlungsausschuss Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzen. Da

sagt selbst die Bundesregierung: Das macht Mindereinnahmen von 1 Milliarde € – 100 Millionen € für den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt – aus, weil Beweismittel vernichtet werden können, die zur Einholung der Steuern führen würden, die nach Gesetz zu zahlen wären.

Sie haben im Rahmen des Jahressteuergesetzes vor, dass Verluste in zwei EU-Staaten doppelt in Anspruch genommen werden können. Niemandem leuchtet ein, dass es eine Regelung gibt, bei der im Ausland jenseits der EU eine doppelte Verlustnutzung nicht möglich ist, während wir im EU-Binnenmarkt die Möglichkeit schaffen, an mehreren Stellen gleichzeitig denselben Verlust geltend zu machen und von der Steuer abzusetzen. Das nennen Sie Bürokratieabbau.

Was Sie Abbau der kalten Progression nennen – das ist schon angesprochen worden –, führt zu Einnahmeausfällen im Landeshaushalt von mindestens 100 Millionen € im Jahr, wenn ich die verfassungsrechtlich gebotene Erhöhung des Grundfreibetrages schon herausrechne und selbst wenn ich herausrechne, dass der Bund 2 Milliarden € an diesem Geschäft selber tragen will. Es sind noch einmal 2 Milliarden €, an denen auch nordrhein-westfälische Steuerzahler beteiligt sind. Das wird durch Einsparungen und durch Kürzungen erwirtschaftet, die am Ende diese Gruppe von Steuerzahlern auch treffen werden.

Selbst wenn der Bund 2 Milliarden € Steuerausfall selbst übernimmt, dann muss man sich einmal angucken, wie das mit dem Grundfreibetrag ist. Der kostet 2 Milliarden € Steuermindereinnahmen. Davon kommen gerade 10 % denen zugute, für die der Grundfreibetrag erhöht worden ist. 20 % – 400 bis 500 Millionen € – werden denen zugutekommen, die ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 50.000 € haben.

Hier so zu tun, als ob die 2 Milliarden € Mindereinnahmen etwas für die kleinen Leute seien und dass man jetzt noch weiter vorgehen müsse, um im Mittelbereich Steuern abzubauen, das ist wirklich ein Etikettenschwindel sondergleichen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man sich dann noch anguckt, dass sich der Finanzminister in Berlin auch an Einnahmesteigerungen bedient – aber nicht dadurch, dass starke Schultern in Anspruch genommen werden, sondern mit einem Griff in die Kassen von Sozialversicherungen und KfW, was am Ende wiederum auch Programme und Menschen in Nordrhein-Westfalen trifft –, dass er nicht bereit ist, zu sagen, dass er den Beitrag von Großeinkommensbeziehern und Großvermögenden braucht, und er dazu auch noch fordert, dass wir im Land auf die Versäumnisse alleine mit Ausgabensenkungen reagieren, dann raten Sie mal, wen das trifft! Es trifft immer wieder die Klei-

nen, für die dann die Ausgaben gekürzt werden, und es trifft nicht die Großen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Besonders perfide finde ich, dass Sie die oberen Einkommen immer wieder mit diesen kaum spürbaren kleinen Elementen in Jahressteuergesetzen, in Formulierungen von Gesetzen entlasten – immer mit der Begründung, es gehe um Bürokratieabbau, man müsse es vereinfachen, und immer mit der Begründung, man tue etwas für das Wachstum. Und dann lässt man sich von denen feiern, denen man dabei in die Tasche greift.

Es ist kein Wunder, dass Sie bei so viel versuchter Verdummung glauben, eine weitere Legende nachschieben zu müssen. Das ist die von den Steuermilliarden – sie wird gleich wieder kommen –, mit der man den Haushalt von einem auf den anderen Tag sanieren kann, wenn man das Abkommen mit der Schweiz unterschreibt, ihm zustimmt. Dazu ist im Prinzip alles gesagt. Es ist ein unmoralisches Angebot an Steuerhinterzieher.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das werden wir ablehnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind nicht der Meinung, dass man Steuerhinterzieher, die das über Jahrzehnte betrieben haben, mit Sonderrabatten davonkommen lässt. Wir sind auch nicht der Meinung, dass ein solches Gesetz in einen Deal gepackt werden kann, bei dem uns der Bundesfinanzminister Geld von ehrlichen Steuerzahlern dafür anbietet, dass wir die unehrlichen Steuerzahler laufen lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen werden wir das heute als A-Länder, als Länder, die rot-grüne oder grün-rote Landesregierungen haben, geschlossen ablehnen.

Ich will mir noch einen Hinweis erlauben, damit nicht immer die alte Geschichte von der Taube auf dem Dach und dem Spatz in der Hand übrig bleibt. Ich erlaube mir den Hinweis, dass dem von Ihnen behaupteten Milliardenverzicht auf Steuernachzahlungen im Ergebnis nicht nur mehr Steuergerechtigkeit gegenübersteht, sondern ihm steht auch ein satter Gewinn für das Gemeinwesen gegenüber, weil wir nicht die Hand dafür heben, dass künftig wieder un- versteuerte Millionen-Einnahmen sorglos in die Schweiz gebracht werden können und an dieser Stelle viel mehr Ausfall entsteht

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

als das, was vorher mit überhöhten Zahlen angeboten wird.

Unser Weg ist ein gänzlich anderer. Wir werden in diesem Punkt der Bekämpfung von Steuerhinterziehungen, europäisch und international abgestimmt, für eine wirksame Durchsetzung einer angemesse-

nen Steuerpflicht für alle sorgen, die die Leistungen unseres Allgemeinwesens in Anspruch nehmen. Und wir werden im Bundesrat und spätestens mit einer anderen Bundesregierung die Grundlagen dafür schaffen, dass Konsolidierung, dass Sparen, dass Investieren und Einnahmenerzielung in ein anständiges Gleichgewicht kommen.

Wenn Sie sich einfach einmal ansehen, dass nach Schätzungen unterschiedlichster Institutionen Jahr für Jahr rund 30 Milliarden € durch Steuerhinterziehungen am Fiskus vorbeigehen, dann können Sie sich ausrechnen – die Hälfte davon ist für den Bund –, dass das die Kreditaufnahme des Bundes erheblich decken würde. Wenn ein Zehntel, wie es üblich ist, für das Land Nordrhein-Westfalen wäre, dann wären es 3 Milliarden €, die unsere Finanzplanung erheblich verändern würden. Dass das nicht erreicht wird, dafür zahlen die Ehrlichen. Deswegen geht es darum, dass wir an dieser Stelle alles unternehmen, um diese Lücken zu schließen.

Wenn man das Land Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang immer wieder als ein Land hinstellt, das im Länderfinanzausgleich zu den Bittstellern gehört, dann bin ich einmal gespannt, wie auf dem Weg zur Erreichung der Schuldenbremse im Jahre 2020 die Diskussion vonstattengeht, was wirklich von einem in ein anderes Land fließt.

Wenn am Ende des Jahrzehnts die Rechnungen aufgemacht werden müssen, nachdem alle Verträge, die wir eingegangen sind, auch einzuhalten sind, wird sich deutlich zeigen, an wie vielen Stellen das Land jetzt mit seiner Wirtschaftskraft dazu beiträgt, dass sich andere entwickeln können – andere, die sich zum Teil heute hinstellen und sagen: Guckt mal, wie viel wir schon in der Haushaltskonsolidierung erreicht haben! Das haben sie mit Mitteln erreicht, zu denen auch wir beigetragen haben! – Es geht darum, den Gesamtstaat Bundesrepublik Deutschland ins Gleichgewicht zu bringen. Daran werden wir uns beteiligen.

Dieser Haushalt ist gemessen an den derzeitigen Rahmenbedingungen ein großer Schritt in die richtige Richtung. Darüber sollten wir in den nächsten Monaten heftig, sachlich, aber auch ergebnisorientiert debattieren. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung. – Ich eröffne nun die Aussprache und erteile für die CDU Herrn Fraktionsvorsitzendem Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Sehr geehrter Herr Finanzminister! Meine Damen und

Herren! Ich war auf diesen Haushaltsentwurf 2013 sehr gespannt – und zwar deswegen, weil es Ihr erster Haushaltsentwurf ist, den Sie im Kabinett und in den Ministerien mit der sicheren Gewissheit aufstellen konnten, für diesen Haushalt eine eigenständige Mehrheit zu haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Sie brauchten bei der Erstellung des Haushalts nicht ganz weit nach links zu schauen – zu einer Fraktion, die es jetzt im Landtag nicht mehr gibt.

(Zuruf von der SPD: Wir brauchen aber auch nicht nach rechts zu schauen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie brauchten auch nicht darauf zu hoffen, dass die FDP zustimmt, sondern Sie konnten vorschlagen, was Sie wollten. Deswegen müssen Sie sich sagen lassen, dass dieser, von ihnen vorgeschlagene Haushalt eins zu eins Ihr haushaltspolitisches Gesicht darstellt.

(Beifall von der CDU)

Es zeigt, wie Sie mit Blick auf die nächste Generation die Gegenwart gestalten wollen.

Ich muss Ihnen leider sagen: Bei der Lektüre des Haushalts wurde ich immer enttäuscht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Ich bin mit Blick auf die Zukunftschancen der nächsten Generation entsetzt,

(Beifall von der CDU)

und ich bin, was Ihre Treue zu unserer Verfassung angeht, ratlos.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Schließlich, Frau Kraft, haben unsere beiden Parteien 2009 die Schuldenbremse im Deutschen Bundestag beschlossen. Wir beide gehörten damals schon den jeweiligen Gremien unserer Bundespartei an. Solide Politik hat auch damit zu tun, dass man dann, wenn man regiert, zu dem steht, was damals abgemacht wurde.

Dieser Haushalt erinnert mich an eine kleine Episode im vergangenen Landtagswahlkampf. Da gab es ein Plakat mit einem Slogan: „Currywurst ist SPD“. Ich kann nur sagen: Zu diesem Haushalt passt: „Durchwursteln ist Ihr Programm“.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Wie Sie Ihren Haushaltsentwurf einbringen, werden Sie die Zukunftschancen der jungen Generation verspielen und die Schuldenbremse niemals erreichen.

Jetzt zu den Fakten:

(Zuruf von der SPD: Was war das denn bisher?)

2011, im ersten Jahr Ihrer Regierung, hat dieses Land 3 Milliarden € neue Schulden gemacht. 2012 sind es 3,3 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD: Und davor?)

2013 werden es 3,5 Milliarden € sein.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sagen Sie doch mal, wie viele Schulden es 2010 waren!)

Wie wollen Sie denn mit einer steigenden Linie der Neuverschuldung jemals die Schuldenbremse einhalten? Wie wollen Sie mit einer steigenden Linie der Neuverschuldung die Interessen der jungen Generation wahren?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Die Zahlen in Ihrem Haushaltsentwurf beruhen auf Hoffnungswerten. Immerhin weisen Sie 160 Millionen € globale Mehreinnahmen und 800 Millionen € globale Minderausgaben aus. Das heißt: Bei einer Milliarde, die in diesem Haushalt steckt, kann man dem Haushalt nicht entnehmen, woher sie kommen soll oder wo sie eingespart werden soll.

Was das für das Parlament und für die Seriosität der Haushaltsberatungen heißt, darüber will ich jetzt gar nicht reden. Wenn Sie einen Haushaltsplan vorlegen, in dem eine Milliarde steht, von der man nicht weiß, wo sie eingespart werden soll oder woher sie kommt, sage ich: Das kann kein solider Haushalt sein. Und wenn es diese Milliarde nicht gäbe, hätten Sie eine Neuverschuldung von 4,5 Milliarden € in diesem Haushaltsentwurf stehen!

(Beifall von der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: „Hätte“, „wäre“, „wenn“ und „aber“! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich will Ihnen auch sagen, warum Sie das gemacht haben: Die Investitionsgrenze dieses Haushalts liegt bei 4,3 Milliarden €. Damit liegt auch die Verfassungsgrenze bei 4,3 Milliarden €. Das heißt: Sie halten die Verfassungsgrenze unseres Landes nur, weil Sie letztlich mit globalen Mehreinnahmen und globalen Minderausgaben tricksen.

(Beifall von der CDU)

Wenn das weitsichtige Politik und die Weitsicht, Frau Kraft, Ihres Kabinetts ist, dann waren, würde ich sagen, die Menschen im Tal der Ahnungslosen sehr weitsichtige Menschen.

Ein Vorteil, den unsere föderale Grundordnung hat, besteht darin, dass man im Föderalismus Vergleiche machen kann. In diesem Jahr schreiben sechs Länder bei den gleichen bundespolitischen Bedingungen eine schwarze Null:

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie viel bekommen die denn von uns?)

und Baden-Württemberg. Und auch andere Länder haben einen konkreten Plan und abfallende Schuldenlinien, um das Ziel 2020 zu erreichen. Nur bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es eine steigende Schuldenlinie. Vor wenigen Tagen fand ich auf einem Kalender einen schönen Spruch, der heißt:

„Der Willige sucht Wege, um das Unmögliche zu erreichen. Der Unwillige sucht Gründe, um das Mögliche zu verhindern.“

SPD und Grüne können sich aussuchen, zu wem sie gehören.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Trotz der vielen Schulden und höchster Steuereinnahmen werden im kommenden Jahr gerade unsere Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu Tausenden im Stich gelassen.

Nach dem, was wir heute wissen – Sie wissen es genauso gut wie ich –, fehlen für den doppelten Abiturjahrgang rund 18.000 Studienplätze. Um ein Beispiel zu nennen: alleine in Köln 1.000. Es fehlen gute Rahmenbedingungen für diesen doppelten Abiturjahrgang und für ein gutes Studium. Ich sage nur: Wenn Sie die Studienbeiträge nicht abgeschafft hätten, hätten die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen rund 50 Millionen € mehr zur Verfügung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Röttgen!)

Ich möchte einen weiteren Punkt nennen. Mit Stand heute fehlen uns in Nordrhein-Westfalen mindestens 27.000 U3-Plätze, um im August die 32 % zu erreichen. Sie wissen ganz genau, dass der Bedarf vielerorts höher liegt. Es ist doch schon jetzt klar, dass unter Ihnen der weitere Ausbau und das Ziel nur zu erreichen sind, wenn Sie schlicht und ergreifend die Gruppen vergrößern und damit die Qualität vermindern.

(Beifall von der CDU und Christian Lindner [FDP])

Ihr Fehler war: Baustopp nach der Regierungsübernahme. Aber Ihr Fehler war auch: Sie haben das Vorziehen der Einschulung wieder rückgängig gemacht und hierbei nicht für ausreichend Erzieherinnen und Plätze gesorgt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Derzeit gibt es eine Debatte, die viele Menschen in unseren Schulen, viele Eltern und viele Kommunalpolitiker beunruhigt, nämlich die Debatte über die Pläne zur Inklusion. Bislang kann niemand den genauen Weg erkennen, wie die Unterstützung der besonders förderbedürftigen Kinder im Regelschulwerk verlässlich gestaltet wird.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Mit diesem Thema sollten wir alle sehr vorsichtig umgehen. Ich möchte die Inklusion. Aber sie muss auch gelingen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deswegen rate ich, dass wir in kleineren Schritten vorangehen sollten

(Zuruf von der SPD: Wie bei G8?)

und dass wir Inklusion aufbauend begreifen sollten. Wir machen heute schon eine Menge in unseren Kindergärten. Da können wir noch mehr machen. Wir sollten es dann in den Grundschulen fortsetzen und anschließend sehen, was im Regelschulsystem geht. Aber das jetzt mit der Brechstange durchzuziehen,

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Wer macht das denn?)

da habe ich große Bedenken. Die ganze Landschaft ist deswegen in tiefer Sorge.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn ich diese Situation bei unseren jungen Menschen, von den U3-Plätzen über die Studienplätze bis hin zur Inklusion, betrachte, dann finde ich, dass Rot-Grün das Gerede von präventiver Politik sein lassen sollte. Sie haben höchste Steuereinnahmen, machen die höchste Neuverschuldung und haben trotzdem für unsere jungen Leute keine optimalen Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen geschaffen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn ich auf unseren Haushalt blicke, dann bewegt mich eine zweite Frage sehr: Was bedeutet eigentlich die Demografie für die Entwicklung unserer Haushalte und die Fähigkeit der nachfolgenden Generation, unsere Schulden abzubezahlen und gleichzeitig ihre Gegenwart zu gestalten?

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, dass die Anzahl der Menschen, die in Deutschland und Nordrhein-Westfalen leben und zwischen 50 und 60 Jahre alt sind, doppelt so groß ist wie die Anzahl unserer Kinder zwischen fünf und 15 Jahren. Das heißt, dass die Anzahl der Erwerbspersonen und damit auch die Anzahl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abnehmen wird, denn 80 % der Menschen, die in Ruhestand gehen, erhalten ihre Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, und diese Menschen sind aufgrund der Rentenhöhe und der Besteuerung der Renten in der Regel keine Steuerzahler mehr.

Es werden mehr Menschen als heute für die Gesundheitsversorgung, für Pflegedienstleistungen und für haushaltsnahe Dienstleistungen gebraucht. Ganz viele, auch konservative Wissenschaftler sa-

gen, dass das jährliche Wachstum kleiner sein wird als in den vergangenen Jahrzehnten. Um es ganz einfach zu sagen: Die Gefahr ist groß, dass aufgrund der Demografie die nachfolgende Generation nicht mit den Wachstumsraten rechnen kann wie unsere Generation.

Das heißt doch auf der anderen Seite, dass wir die Schulden, die wir heute machen, um unsere Gegenwart zu finanzieren, und deren Zurückzahlung wir in die Zukunft verlegen, einer Generation zumuten, die vielleicht nicht einmal die Wachstumsraten unserer Generation hat. Die Wachstumsraten der nachfolgenden Generation werden wahrscheinlich nicht ausreichen, um die aufgrund dieser unsoliden Finanzpolitik gemachten Schulden zurückzuzahlen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es tut mir leid, dass ich es so ausdrücken muss. Ich empfinde das als eine Politik mit einem gestörten Verhältnis zur Verantwortung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn man in Ihrer Finanzplanung liest und blättert, findet man eine interessante Passage, die ich zitieren möchte:

„Die Rückführung des Defizits bis zum Jahr 2020 lässt sich nicht nur durch Einsparungen auf der Ausgabenseite erreichen. Große Ausgabenpositionen wie die Personalausgaben, die mit rund 40 % den größten Ausgabenblock auf der Ausgabenseite darstellen, sind bereits festgelegt und stehen damit kurzfristig nicht zur Disposition.

Für eine Haushaltskonsolidierung, die ohne Lastenverschiebung auf Dritte auskommen soll, ist es daher auch notwendig, die Einnahmehasis des Landes zu stabilisieren und strukturell zu stärken.“

So weit das Zitat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenig später sagen Sie, dass Sie auf Bundesebene den Spitzensteuersatz erhöhen, die Vermögensteuer einführen und die Erbschaftsteuer reformieren wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich fasse diese Auffassung von Politik einmal folgendermaßen zusammen:

Konsolidieren geht nur, wenn sie ohne Lastenverschiebung auf Dritte auskommt. Auf der Ausgabenseite ist in Nordrhein-Westfalen so gut wie nichts mehr zu machen, vor allen Dingen nicht beim Personal. Die Schuldenbremse lässt sich in Nordrhein-Westfalen also nur durch Einnahmeverbesserungen erreichen. Und das ist nicht die Sache des Landes, sondern ausschließlich Sache des Bundes.

Meine Damen und Herren, man könnte sagen, das ist Politik nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“

(Beifall von der CDU)

Noch viel schlimmer ist aber die Aussage, dass Sie haushaltspolitisch in Nordrhein-Westfalen nichts unternehmen und alles auf den Bund schieben wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sollten einmal eine Debatte ohne ideologische Scheuklappen führen, uns in allen Fraktionen folgende Fragen stellen und in dieser Haushaltsberatung ehrliche Antworten darauf finden:

Wollen Sie den Studenten einen sozial ausgewogenen Beitrag zur Verbesserung der Studienbedingungen zumuten, ja oder nein? Sie haben anscheinend Nein gesagt. Glauben Sie nicht, dass es diesen Beitrag des Landes geben könnte, um zum Beispiel eine Schuldenbremse zu erreichen? – Meine Fraktion wird diese Frage in den Haushaltsberatungen beantworten und dementsprechende Anträge stellen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wollen Sie von den Eltern einen sozial ausgewogenen Beitrag zu den Kindergärten? Jeder weiß, dass Sie bei der Abschaffung des Kindergartenbeitrages die höchsten Einkommen am meisten entlastet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wollen Sie Demografiegewinne? Unsere Bevölkerung wird aufgrund der demografischen Entwicklung kleiner. Wollen Sie die Verwaltung unseres Landes an diese kleinere Bevölkerung anpassen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wollen Sie darüber hinaus Stellen abbauen und entsprechende kw-Vermerke ausbringen? Wollen Sie Förderprogramme kürzen? Denken Sie überhaupt noch über Effizienzgewinne bei den Landesbehörden und Landeseinrichtungen nach?

Ich habe Ihren Parteitag zum Teil in den Medien verfolgt. Wenn ich diese Aussagen und Ihre Reden im Landtag höre, gibt es für Sie eine Gruppe, die Sie einfach als die „Reichen“ bezeichnen. Die sollen für Mehreinnahmen des Staates sorgen, damit alles gut geht.

Ich muss Ihnen jetzt aber einfach diese Frage stellen: Wo fängt für Sie der Reiche an, um das alles zu erreichen? Fängt er bei Steinbrück an oder weit vorher? Wo müssen Sie die Einkommensgrenzen des Reichen ansetzen, wenn Sie alle Ihre Haushalte dadurch sanieren wollen?

Wie wollen Sie mit den Familienunternehmen umgehen? Wie wollen Sie mit Betriebsvermögen umgehen? Wie wollen Sie eine Vermögensteuer in

Deutschland einführen, die vor der Verfassung standhält, wenn man alle Probleme kennt, die mit Stichworten wie Einheitswert und Verkehrswert zusammenhängen? Mit welcher Behörde wollen Sie das machen?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch mit der Grundsteuer und mit der Erbschaftsteuer genauso!)

Ich bin auf eine Bundesratsinitiative von Ihnen gespannt, die in all diesen Fragen Aufklärung bringt. Sie haben sie schon oft angekündigt, aber sie ist ja bis heute nicht da.

Die SPD hat auf ihrem vorletzten Parteitag unter Federführung der nordrhein-westfälischen SPD, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ein Rentenreformprogramm beschlossen. Da hört sich für viele Menschen vielleicht gut an.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist gut!)

Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums kostet das fast 70 Milliarden €. Dann sagen Sie bitte auch, woher dieses Geld kommen soll und wo für Sie der Reiche anfangen muss, um das alles zu finanzieren!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will Ihnen sagen, wo das endet. Am Ende sind Sie mit Abgaben und Steuererhöhungen im Bereich unserer Angestellten und Facharbeiter angelangt, um das alles zu finanzieren. Dann kann ich meinen Kolleginnen und Kollegen nur zurufen: Jungs, haltet euer Portemonnaie fest! Frau Kraft ist politisch zu teuer für unsere Schicht!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was mich in dieser Auseinandersetzung traurig macht, Herr Kollege Priggen, ist, dass Sie und Ihre Fraktion diese Politik verteidigen und mitmachen. Bei den Grünen war mir der Gedanke der Nachhaltigkeit immer ein sympathischer Ansatz.

(Zurufe: Och! Oh!)

Früher hat man das auch einmal Sparsamkeit genannt. Ich komme eher aus einem Milieu, in dem man das Sparsamkeit nannte.

Noch 2006 hat Ihre Fraktion ein mutiges Papier zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt und wollte 1,7 Milliarden € einsparen, Stellen abbauen. Was ist nur daraus geworden? Aber vielleicht haben Sie all dies aufgegeben, weil auch die Häuser, die von Ihren Parteifreunden geleitet werden, in den letzten Jahren einen teilweise drastischen Personalaufbau bekommen haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Diese Haushaltsberatung im nordrhein-westfälischen Landtag findet in einer Situation statt, in der uns schlechte Nachrichten aus unserer Industrie er-

reichen. Wir hoffen sicherlich alle, dass möglichst viel Opel in Bochum bleibt. Aber ob da noch Autos gebaut werden? Zurzeit sieht es so aus, dass Rüsselsheim, Kaiserslautern, Eisenach die Nase vorn haben und vor uns liegen. Man könnte auch sagen: Wir haben verloren.

Ich will das gar nicht personalisieren – das hätten Sie wahrscheinlich gemacht, wenn Sie noch in der Opposition wären –, aber das macht wieder einmal deutlich, dass wir alle guten Arbeitsplätze, die wir in der nordrhein-westfälischen Industrie haben, täglich neu verteidigen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gestern haben wir in den Nachrichten von den Verlusten bei Thyssen gehört. Ich will auch nicht darüber reden, dass der Weltökonom Steinbrück im Aufsichtsrat von Thyssen sitzt.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

– Auf jeden Fall sind die Verluste entstanden, als er da war.

(Lachen von der SPD)

Auch das macht deutlich, dass wir allen Grund zur Sorge haben und unsere industriellen Arbeitsplätze im Auge behalten müssen, obwohl wir stark sind.

Ich will die Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen nicht gegeneinander ausspielen.

(Zuruf von der SPD: Aber?)

Aber für uns Arbeitnehmer sind industrielle Arbeitsplätze auch deswegen gute Arbeitsplätze, weil es gute Löhne gibt, die Wertschöpfung hoch ist und die Arbeitsbedingungen in der Regel sehr gut sind.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Unser Land Nordrhein-Westfalen hat seine Stärke durch seine industriellen Arbeitsplätze erlangt. Deswegen müssen wir doch eigentlich als Land alles tun, damit die Stimmung und die Situation für die Industrie in Nordrhein-Westfalen gut sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich glaube auch, dass uns das über das unterschiedliche politische Spektrum im Landtag hinweg einen könnte. Dann muss man aber auch dafür stehen, dass die Rahmenbedingungen nicht zu unterschiedlich sind. Deshalb: Klimaschutzpolitik muss man weltweit machen. Man kann sie zwar auch europäisch machen und vielleicht auf Bundesebene den einen oder anderen Akzent setzen, um Vorreiter zu sein. Aber Klimaschutzpolitik auf Bundesländer herunterzubrechen mit der Folge, dass unsere Industrie dann schlechtere Voraussetzungen hat als die in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz oder Hessen, ist keine Industriepolitik, sondern schlechte Politik, wenn Sie an industrielle Arbeitsplätze denken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb, Frau Kraft, wäre es gut, wenn Sie in dieser Frage Herrn Remmel stoppen könnten. Ich schlage Ihnen vor, der Mann soll sich einfach mal darum kümmern, dass Weihnachten die Weihnachtsbäume grün sind. Da hat er Erfolg,

(Zuruf von der SPD: Oh!)

und dann kann er sich nach Weihnachten mit deren thermischer Verwertung beschäftigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Er soll jedoch unbedingt unsere Industrie in Ruhe lassen. Ich möchte nicht, dass unsere Industrie schlechtere Rahmenbedingungen hat als die in anderen Bundesländern.

Noch einmal: Bochum und die Zahlen von Thyssen machen deutlich, wie wichtig es ist, diese Frage ständig im Blick zu haben.

Als zweitletzte Bemerkung möchte ich gerne einen weiteren Punkt ansprechen. Wir haben hier im Landtag in der letzten Sitzungswoche den Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung debattiert. In den Medien wurde der aus Berlin diskutiert. Diese Berichte zeigen, dass es in unserem Land sehr viel Licht, sehr viel Gutes gibt, aber sie zeigen auch, dass es Schatten gibt. Da darf Politik nicht wegsehen.

Zu Ihrer Haushaltspolitik. – Mit dem demografischen Wandel vor Augen, der jetzt einfach da ist, mit der Veränderung, dass wir niedrigere Wachstumsraten bekommen, sage ich Ihnen: Wenn wir nicht die Kraft besitzen, diese Politik in den nächsten Jahren zu durchbrechen, werden die Armutsberichte der Zukunft wesentlich mehr Schatten als Licht aufweisen. Dafür tragen die die Verantwortung, die jetzt Schulden machen, obwohl es uns wirtschaftlich verdammt gut geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich fasse zusammen: Die Neuverschuldung steigt von 3,3 Milliarden in 2012 auf 3,5 Milliarden in 2013. Bis Ende 2016 steigt der Schuldenstand in Nordrhein-Westfalen auf über 146 Milliarden €. Nennenswerte Einsparungen sind in Ihrem Haushalt nicht erkennbar, insbesondere keine Einsparungen beim Personal. Der Stellenbestand sinkt in der Summe um ganze zehn Stellen.

(Zuruf von der CDU: Oi!)

Das sind 0,03 Promille. Das entspricht etwa der Auswirkung des Essens einer Mon-Chéri-Praline auf meinen Körper.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der CDU und der FDP)

Ihr Haushalt enthält Hoffnungswerte von knapp 1 Milliarde €. Ich kann Ihnen heute schon sagen, dass dieses Haushaltswerk ein Haushaltswerk ist, das seiner Verantwortung nicht gerecht wird. Die Haushaltsberatungen werden vielleicht dadurch

spannend, dass man Vorschläge macht, die nicht immer populär sein werden,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wann kommen die denn, Herr Laumann?)

wie man Schritt für Schritt etwas tun kann – auch als Land Nordrhein-Westfalen und nicht, indem man immer nur auf den Bund schießt –, mit dieser Situation fertig zu werden. – Schönen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht Herr Kollege Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Laumann, ich war wirklich gespannt auf Ihre erste Haushaltsrede als wiedergewählter Oppositionsführer nach der grandiosen Wahlniederlage Ihrer Partei, und ich habe auch sehr genau zugehört. Ich war vor allem deshalb gespannt, Herr Kollege Laumann, weil das heute Ihre fünfte Haushaltsrede in der Opposition gewesen ist, und bin trotz aller Ankündigungen, die Sie vorher gemacht haben, wiederum enttäuscht worden: Kein einziger Vorschlag, wo in diesem Haushalt, wo in der Landespolitik tatsächlich eingespart werden sollte!

(Beifall von der SPD)

Sie bleiben Ankündigungsoppositionsführer; nichts kommt von Ihnen.

(Zuruf von der SPD: Nur Mon-Chérie-Pralinen!)

Weil Sie, Herr Kollege Laumann, darauf hingewiesen haben, dass Konsolidieren nur geht, wenn sie ohne Lastenverschiebung auf andere auskommt, will ich Ihnen sagen: Ja, genau das machen wir. Wir haben, nachdem wir die Landesregierung im Jahr 2010 übernommen haben, aufgehört, eine Lastenverschiebung zulasten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen vorzunehmen, wie Sie es gemacht haben. Das passiert auch in Zukunft nicht mehr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Ihnen noch einen Hinweis geben. Weil Sie meinen, wir würden alles auf den Bund schieben und darauf warten wollen, dass der Bund dafür sorgt, dass es notwendige strukturelle Einnahmeverbesserungen auf allen Ebenen staatlichen Handelns gibt, sage ich Ihnen mit aller Ruhe dazu: 2013 ist das Ende von Schwarz-Gelb in Berlin, und dann sehen wir weiter. Dann wird es vernünftig weitergehen, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will mich auf den Haushalt konzentrieren und das aufnehmen, was der Finanzminister zu Recht herausgestellt hat: Dieser Haushalt 2013 ist eine wichtige Weichenstellung, ein Meilenstein auf dem Weg, 2020 die schwarze Null bei der Nettoneuverschuldung zu erreichen. Wir haben uns auf diesem Weg viel vorgenommen. Wir werden das hier noch miteinander zu bereden haben.

Herr Kollege Laumann, die Auswirkungen einer gezielten, mit Augenmaß vorgenommenen Sparpolitik sind auch in diesen Tagen schon sichtbar und hörbar geworden. Wir werden es noch erleben, wenn es darum geht, dass wir auf dem Weg zu einer Nettoneuverschuldung null im Jahr 2020 auch in dieser Legislaturperiode bereits strukturelle Ausgabenminderungen in der Größenordnung von aufwachsend 1 Milliarde € vornehmen wollen. Das bleibt unser Ziel.

Da werden wir folgendermaßen vorgehen, Herr Kollege Laumann, und zwar ganz anders, als Sie das beispielsweise mit Blick auf das Personal vorgeschlagen haben:

Wir werden das gezielt tun. Wir schauen uns die Aufgaben genau an. Wir werden darüber zu reden haben: Welche Aufgaben können effizienter gestaltet werden? Von welchen Aufgaben können wir uns möglicherweise als Land lösen? Das werden wir hier bereden.

Sie sind mit dem Rasenmäher über die Personalkosten hinweggefahren, haben jedoch verschwiegen, dass die 1,5 % Personalkostenreduktion, die Sie vorgenommen haben, nur auf einen kleinen Teil der Beschäftigten konzentriert war, nämlich auf 10 % der Landesbeschäftigten. Damit waren das nur 0,15 %, die Sie eingespart haben, Herr Kollege Laumann, und das mit dem Ergebnis, dass wir in den Bezirksregierungen Personalmangel an wichtigen Stellen hatten. Denken Sie an Envio, denken Sie an die Lebensmittelkontrolle.

Das mussten wir korrigieren, und das tun wir vernünftig, weil wir einen vernünftigen zukunftsfesten öffentlichen Dienst brauchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, es geht nicht ohne Sparen, aber Sparen ist kein Selbstzweck. Das muss sogar diese Bundesregierung, das muss sogar diese Kanzlerin mit Blick auf Griechenland inzwischen zur Kenntnis nehmen und sich selbst korrigieren.

Meine Damen und Herren, deshalb bleibt es bei unserer Linie: Wir sorgen vor, um zu sparen, und wir sparen, um vorzusorgen. Das ist die Linie, die wir in Nordrhein-Westfalen fahren, und die ist verantwortungsbewusst.

Deshalb verlangt ein solcher Weg der weiteren Haushaltskonsolidierung, bei der Verteilung von Haushaltsmitteln auch klare Prioritäten zu setzen, weil wir die noch knapper werdenden finanziellen

Mittel auf die wichtigsten Zukunftsinvestitionen konzentrieren wollen und konzentrieren werden: auf die Zukunftsinvestitionen in die frühkindliche, die schulische und die wissenschaftliche Bildung, in Ausbildung und Qualifizierung, in Förderung von Kindern vor der Schule, in der Schule und nach der Schule. Das ist die wichtigste Zukunftsinvestition in diesem Land. Darauf bauen wir auch zukünftig Wohlstand, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu gehört auch, sich ehrlich zu machen. Ja, immer noch gibt es in Nordrhein-Westfalen zu viele Kinder, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Im Jahre 2011 waren das immer noch gut 11.000 Kinder, die ohne Hauptschulabschluss aus den Schulen kamen. Deshalb ist doch unser gemeinsames Ziel, dafür zu sorgen, dass kein Kind in Nordrhein-Westfalen zukünftig ohne Abschluss bleibt und dass es für jeden Abschluss auch einen Anschluss gibt.

Eine vernünftige Zielsetzung, meine Damen und Herren, für die es lohnt, Herr Kollege Laumann, auch das nötige Geld in die Hand zu nehmen, für die es lohnt, diese wichtige Zukunftsinvestition zu machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen vor allen Dingen an den Schnittstellen, an den Übergängen einzelner Lebensabschnitte eine vernünftige Investition. Wir brauchen sie in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, auch in die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Infrastruktur und in die Unterstützung unserer Städte und Gemeinden.

Herr Kollege Laumann, weil Sie das gerade noch einmal mit Blick auf den notwendigen Klimaschutz gesagt haben und immer noch nicht kapiert haben,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ach!)

sage ich es Ihnen noch einmal: Der Klimaschutz und die damit verbundenen Herausforderungen sind auch nach Meinung der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Antrieb, ein Fortschrittsmotor und kein Hemmnis auf dem Weg in wirtschaftliche Modernisierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Was sagt die IG BCE dazu?)

Ich habe ja mit Interesse vernommen, Herr Kollege Laumann, dass Ihre andere Spitze in der CDU – er ist gerade nicht da, der Kollege Laschet – inzwischen Lehren daraus ziehen will, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen nach Einschätzung der Bürger in der Wirtschaftskompetenz dramatisch nach unten gegangen ist.

Ich sage Ihnen mit viel Stolz auf unsere eigenen hart erarbeiteten Leistungen in dieser Frage: Dass die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen nach

der Meinung der Mehrheit der Menschen in der Wirtschaftskompetenz klar vor der CDU liegt, das haben wir uns erarbeitet. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden nicht nachlassen, Industrie, Handwerk, Handel und Mittelstand hier in Nordrhein-Westfalen mit unseren Möglichkeiten fit zu machen für die Zukunft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu gehört auch ein vernünftiger, mit denen zusammen erarbeiteter Klimaschutzplan, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, mit der Ministerpräsidentin, mit dieser Landesregierung wird aufs Engste verbunden: Kein Kind zurücklassen! – Das ist der entscheidende Punkt in Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Laumann, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht. Wir schönen keine Armutsberichte, wie das in Berlin der Fall ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sagen, was Sache ist. Und wir setzen da an.

Dass das funktionieren kann, zeigen viele gute Beispiele in Nordrhein-Westfalen. Gehen Sie einmal nach Monheim. Reden Sie dort mit der Arbeiterwohlfahrt, die dort ein inzwischen zehn Jahre laufendes Programm „Monheim für Kinder“ angestoßen hat. Das Ergebnis heißt: Es ist nicht nur eine Frage von Finanzen, sondern von Umorganisation auch in vielen Strukturen. Das Ergebnis dort heißt: Es muss weniger ausgegeben werden an Geld für Reparaturen, weil viel mehr in die frühe Förderung gesteckt worden ist. – Das ist entscheidend, Herr Kollege Laumann. Das ist vorsorgende Politik!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir uns auf die Priorisierung unserer politischen Inhalte konzentrieren, dann ist neben der Förderung von Kindern, neben der frühkindlichen Bildung, neben der schulischen Bildung auch und besonders wichtig, die kommunalen Finanzen wieder zu stabilisieren. Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg, alles zu tun, was das Land verantwortbar machen kann.

In dem Zusammenhang will ich Ihnen zwei Zahlen nennen. Sie haben in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung – Sie müssen sich das wieder anhören – die kommunalen Kassen um mehr als 3 Milliarden € beraubt. Wir haben seit 2010 zusätzlich zu dem, was den Kommunen zusteht, 2,5 Milliarden € draufgesetzt für die Kommunen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weil Sie betreffend den Bund einige Hinweise gegeben haben, Herr Kollege Laumann, die ein bisschen dasjenige schönen, was Sie eigentlich denken, will ich Ihnen auch noch einmal in Erinnerung

rufen – ich hätte mir gewünscht, Sie hätten das heute hier auch in diesem Hohen Hause gesagt –, dass Sie doch selbst mit Blick auf die Bilanz dieser Bundesregierung zu dem Ergebnis gekommen sind – ich zitiere Sie aus einem Interview mit dem „Pfalz-Express“ vom 6. Oktober 2012, Originalton Karl-Josef Laumann –: „Es ist bitter, aber wahr: Diese Wahlperiode war sozialpolitisch eine verlorene Wahlperiode.“

(Beifall von der SPD)

Sie haben völlig recht: Das, was in Berlin sozialpolitisch zu verantworten ist, spottet jeder Beschreibung

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

einer sozialpolitischen Kompetenz, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen.

Und das belastet uns doch auch in Nordrhein-Westfalen, in den Ländern insgesamt. Anstatt dafür zu sorgen, Herr Kollege Laumann, dass es jedem Kind – inzwischen wird jedes zweite Kind in Armut hineingeboren –, gelingt, aus der Armutspirale herauszukommen, macht der Bundesfinanzminister genau das Gegenteil. Er greift, um seinen eigenen Haushalt schönzurechnen, in Töpfe, die ihn normalerweise nichts angingen: bei der Bundesanstalt für Arbeit, bei sozialpolitischen Taten. Das ist doch die Bilanz. Sie haben doch völlig recht: Sozialpolitische Kompetenz gibt es in dieser Bundesregierung nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, Sparen ist ein Baustein im Rahmen einer verantwortungsvollen Haushalts- und Finanzpolitik, ein Baustein, meine Damen und Herren, weil wir – das hat der Finanzminister vorhin noch einmal herausgestellt – auf den Dreiklang von Sparen, von effektiven Zukunftsinvestitionen und von Einnahmeverbesserungen setzen.

In diesem Sinne will ich mit Blick auf den Haushalt darauf hinweisen, Herr Kollege Laumann, dass man Zahlen und damit verbundene Entwicklungen zur Kenntnis nehmen sollte. Man muss das aussprechen, was ist. Es geht um wichtige Kennzahlen des Haushalts 2013.

Gesamtausgaben für Kinder- und Jugendhilfe, Herr Kollege Laumann: 2,227 Milliarden €. Das sind 638,89 Millionen € und damit 40 % mehr als 2010, als Sie die Verantwortung abgeben mussten. Das ist gut angelegtes Geld für die Förderung von Kindern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir bauen den Ganzttag immer weiter aus. Offene Ganzttagsschule im Primarbereich: jetzt 334,11 Millionen €, also 40,4 Millionen € mehr als 2010. Das ist eine Steigerung um 14 % und gut angelegtes Geld für die Förderung von Kindern in der Schule. Sie sollten es wenigstens zur Kenntnis nehmen,

Herr Kollege Laumann, loben müssen Sie uns dafür nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herrn Laschet sehe ich immer noch nicht.

(Christian Lindner [FDP]: Wen sehen wir denn alles nicht? Wo ist denn das Kabinett? – Weitere Zurufe von der CDU)

Weil er die Verantwortung als Integrationsminister hatte, will ich ihn darauf hinweisen, dass für die gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter 27,3 Millionen € im Haushalt 2013 stehen. Das sind mit 8,4 Millionen € 45 % mehr als 2010.

Anhand dieser Eckdaten aus dem Haushalt 2013 wird deutlich: Wir machen vernünftige Zukunftsinvestitionen. Wir legen das Geld gut an. Es wird auch Rendite bringen, meine Damen und Herren. Diese Investitionen sind gut angelegt für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für die Kommunen – die dritte Priorität, die wir uns gesetzt haben – gilt selbstverständlich, dass wir sie weiterhin unterstützen. Rund 30 % der bereinigten Gesamtausgaben des Landes, also fast jeder dritte Euro der staatlichen Ausgaben, kommt inzwischen den Kommunen zugute. Nachdem bereits – darüber wird gleich noch zu reden sein, meine Damen und Herren – das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 mit rund 8,4 Milliarden € die historisch höchste Summe aufwies, unterstützt das Land die Kommunen 2013 mit rund 8,7 Milliarden €.

Ich wiederhole noch einmal das, was ich vorhin schon angedeutet habe: Seit Bildung der rot-grünen Landesregierung 2010 werden die Kommunen wieder voll an den Steuermehreinnahmen des Landes beteiligt. Das Land, Herr Kollege Laumann, hat den Kommunen in Nordrhein-Westfalen in nur drei Jahren rund 2,5 Milliarden € zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt – versprochen, gehalten, Markenzeichen der Koalition. Auch das hat mit dem vernünftigen Wahlergebnis im Mai dieses Jahres zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir wissen um das strukturelle Defizit im Landeshaushalt, das ein Kernproblem ist und bleibt. Welche Schlüsse ziehen wir daraus? – Wir haben immer herausgestellt – das will ich deutlich sagen –, dass wir bei der Haushaltskonsolidierung einen anderen Weg gehen werden als Schwarz-Gelb: kein Verschweigen, kein Verstecken von Schulden, nicht Augen zu beim Abwälzen konnexitätsrelevanter Aufgaben – das Verfassungsgericht lässt grüßen, meine Damen und Herren von CDU und FDP –, kein milliardenschwerer Raubbau bei den Kommunen zur Haushaltskonsolidierung. Wir machen es anders, das zeigen die von mir vorhin genannten Investitionen. Wir setzen Prioritäten, wir wollen eine

nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik für unser Land.

Ich gebe gerne zu: Wir investieren in die Zukunft der Menschen und gehen dabei bis an die Grenze dessen, was wir verantworten können, bis an die Grenze der staatlichen Leistungsfähigkeit.

(Zurufe von der CDU)

Allein im Bereich der frühkindlichen Bildung setzen wir 2013 gut 1,4 Milliarden € ein. Zur Erinnerung: 2008, in Ihrer Verantwortungszeit, waren es noch 880 Millionen €. Ich erinnere mich im Übrigen auch noch gut, Stichwort „U3-Betreuung“, an die Debatten hier im Landtag, als der Kollege Laschet – ich muss den Namen wieder nennen, es tut mir leid –

(Christian Lindner [FDP]: Wie viel Bundesmittel gibt es für das beitragsfreie Kindergartenjahr?)

die Chuzpe hatte, zu erklären, im Rahmen seiner Verantwortung kein Landesgeld in die Hand genommen zu haben. Das macht es doch deutlich – Sie haben es immer noch nicht verstanden –: Nur wer am Anfang mit Mitteleinsatz auch langfristige Prozesse steuert, kann am Ende erfolgreich sein. Wir merken heute, was wir in dem Punkt nachzuholen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nicht ersparen will ich Ihnen, da Sie im Bund immer noch Verantwortung tragen, auch wenn der Kollege Lindner versucht hat, sich davon ein bisschen zu distanzieren: Das unsägliche Betreuungsgeld

(Zuruf von der CDU: Och ja!)

ist doch ein Beweis dafür, dass Ihnen jeder Funke an sozialpolitischer Kompetenz fehlt. Sonst würden Sie so etwas nicht machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weil wir in dem Zusammenhang auch über die Frage des Familienbildes diskutiert haben, füge ich hinzu: Die Kombination von Betreuungsgeld und Putzhilfenbonus macht deutlich, dass die CDU nicht auf der Höhe der Zeit ist.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Mit Blick auf die Zukunft werden wir selbstverständlich dafür sorgen müssen, Herr Kollege Laumann – dazu lade ich Sie ein –, dass es keine Lastenschiebung beispielsweise hin zu den Kommunen gibt, wenn es um die Einhaltung der Schuldenbremse geht. Sie haben alle Chancen. Die Verfassungskommission will einen Weg aufzeigen, wie wir das in die Landesverfassung schreiben, damit die Kommunen sicher sind, dass sie nicht Ausfallbürge für andere werden. Machen Sie mit, Herr Kollege Laumann. Das ist ein guter Weg, um Ihre Kommunalfreundlichkeit zu beweisen.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen
[GRÜNE])

Wir werden uns selbstverständlich auch für nachhaltige Einnahmeverbesserungen einsetzen. Das ist in unserer Partei entschieden.

(Christian Lindner [FDP]: Selbstverständlich!)

Herr Kollege Lindner, Sie werden mit Ihrer Partei keine Chance mehr haben, in Berlin auch nur einen Funken daran zu ändern; denn Sie werden nicht mehr in Regierungsverantwortung sein.

(Christian Lindner [FDP]: Warten wir doch einfach einmal das Wählervotum ab!)

Alles, was wir wissen, macht doch deutlich: Die Regierungszeit der Regierung Merkel/Rösler ist beendet – ein für alle Mal.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Möglicherweise trennen Sie sich vorher von Ihrem Parteivorsitzenden. Das kann ja noch sein.

Ja, wir gehen einen schweren Weg. Wir gehen einen Weg der Haushaltskonsolidierung, der noch viel Schweiß kosten wird. Er wird viele Gespräche erforderlich machen und auch viel Überzeugungskraft von uns abverlangen, um mit den Betroffenen darüber zu reden, wenn wir Wünschenswertes, manchmal auch Notwendiges, nicht finanzieren oder nicht sofort finanzieren können. Wir werden diesen Weg gehen – in engen Gesprächen mit denen, die betroffen sind.

Mein Hinweis an uns lautet: Es ist ganz ehrgeizig, bis 2017 die Nettoneuverschuldung unter 2 Milliarden € zu drücken. Meine Damen und Herren, das geht nicht – das muss auch die Öffentlichkeit wissen –, ohne dass es zu einer gerechteren Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kommt; denn mit strukturellen Einsparungen allein im Landeshaushalt kommen wir dabei nicht aus. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen und in den anderen Ländern wieder stärker auf den Bund zugehen.

Wir haben einiges geschafft. Lassen Sie mich ein Stichwort nennen. Bei der Grundsicherung muss der Bund sich demnächst bewegen. Herr Kollege Laumann, wir waren uns doch einig – auch bei einer Sondersitzung hier im Landtag –, dass der Bund endlich mindestens 50 % der Soziallasten, die die Kommunen ansonsten erdrücken, übernehmen muss.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Mit aller Klarheit halte ich fest – da unterscheiden wir uns möglicherweise –: Ja, wir wollen und wir brauchen einen leistungsstarken, einen leistungsfähigen Staat. Da muss man den Menschen auch sagen: Wenn der Staat seine Aufgaben erfüllen will – wenn er für Bildung, für Chancengerechtigkeit, für

eine vernünftige Infrastruktur, für Zukunftschancen sorgen soll –, geht das nicht, wenn der Staat nicht auch in der Lage ist, aus den Einnahmen solche Aufgaben zu finanzieren.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Deshalb sage ich in aller Offenheit: Ja, wir werden auch öffentlich dafür werben, dass diejenigen, die stärker sind, auch stärker belastet werden, damit wir mit mehr Steuereinnahmen, die wir daraus erzielen wollen – über die Vermögensteuer, über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, über diejenigen, die viel erben –, dann solche Leistungen erbringen können. Die sind doch bereit, das zu machen, meine Damen und Herren. Deshalb werden wir sie an diesem entscheidenden Punkt auch ansprechen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Schritt für Schritt den Weg der Haushaltskonsolidierung weiterzugehen – das ist die Botschaft, die der Finanzminister heute hier auch an das Hohe Haus gegeben hat. Wir werden ihn dabei tatkräftig unterstützen.

Selbstverständlich werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen – dieses Recht wird sich meine Fraktion auch herausnehmen – noch genau schauen, wo es zu Veränderungen kommen muss. Wir werden alles genau prüfen. Wir werden viele Gespräche zu führen haben.

An einem Punkt sind und bleiben wir aber eindeutig. Dieser Haushalt ist deshalb der erste Meilenstein, Herr Kollege Laumann, weil er beispielsweise im Bereich der Förderprogramme 120 Millionen € direkt einspart. Das wird gemerkt werden. Die Menschen spüren das, weil Sparen nicht so funktioniert, wie der nicht gewählte Spitzenkandidat der CDU das suggerieren wollte. Sparen tue nicht weh, hat Herr Röttgen gesagt. Nein, dummes Zeug! Natürlich tut Sparen weh. Deshalb werden die 120 Millionen € auch bemerkt werden, meine Damen und Herren. Da werden noch viele Gespräche zu führen sein, um für einen solchen wichtigen Prozess auch Akzeptanz herbeizuführen.

Wir werden diesen Weg gehen, meine Damen und Herren – auch konsequent weiter. Deshalb ziehe ich in dieser ersten wichtigen Haushaltsdebatte einen Strich darunter. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben nach gut 20 Monaten Regierungszeit unter der Führung von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann gemerkt und gespürt, dass es in Nordrhein-Westfalen nach fünf Jahren schwarzgelbem Mehltau wieder aufwärts geht. Wir haben dafür auch die Unterstützung der Mehrheit der Menschen bekommen. Die Menschen können sich deshalb darauf verlassen: Für diese Koalition gilt „versprochen – gehalten“, auch in der Haushalts- und Finanzpolitik. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht der Abgeordnete Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Herr Finanzminister, seit einigen Tagen begleitet mich Ihre Finanzplanung für 2012 bis 2016 mit dem Finanzbericht.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Sie liegt auf meinem Schreibtisch. Ich habe jetzt immer wieder draufgeschaut.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Haben Sie auch mal reingeguckt?)

Deshalb ist mir natürlich auch besonders das Titelbild aufgefallen, für das Sie sich entschieden haben.

(Zurufe von der SPD: Ah! – Martin Börschel [SPD]: Entscheidend ist die Mitte!)

Sie haben sich für zwei Kinder entschieden, die ganz niedlich ihre Sparschweine mit einer Münze und mit einem Schein füllen.

(Ingrid Hack [SPD]: Aber drinnen geht es weiter!)

Herr Finanzminister, Sigmund Freud hätte an Ihrer Entscheidung für diese Bildmetapher seine helle Freude gehabt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das sagt nämlich etwas darüber aus, wie Sie Ihre Finanzpolitik hier anlegen.

Ich sage Ihnen: An dieser Metapher ist alles daneben. Es geht nicht um ein paar Sparschweine. Vielmehr ist es, wie Peer Steinbrück gesagt hat, eine Aufgabe von historischer Dimension, die Schuldenbremse einzuhalten. Wir reden nicht darüber, dass hier etwa Rücklagen gebildet werden müssten, sondern darüber, dass die verantwortungslose Politik auf Pump beendet werden muss.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vor allen Dingen gilt, Herr Finanzminister: Es sind nicht die Kinder, die für Sie sparen sollen, sondern Sie müssen für die Kinder sparen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Metapher ist also daneben.

Im Übrigen kann in diesem Landeshaushalt von Sparen auch nicht die Rede sein. Landläufig bedeutet „Sparen“ ja, weniger Geld auszugeben. Dieses Jahr wird der Landesetat aber erstmals die Marke von 60 Milliarden € passieren. Bis zum Jahr 2016 legen Sie in jedem Jahr noch einen oben drauf. Sie haben es hier als eine Normalität der Finanzpolitik

beschrieben, dass es jedes Jahr mehr gibt und die Etats immer weiter wachsen.

Der Bund formuliert eine andere Politik: Der Bundeshaushalt wird am Ende der Legislaturperiode kleiner als zu Beginn sein. Das ist Konsolidierungspolitik im Unterschied zu dem, was Sie hier machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie planen für das nächste Jahr mit 3,5 Milliarden € Schulden. In diesem Jahr waren es übrigens nur 3,2 Milliarden €, wenn man die Sonderbelastung der WestLB einmal einklammert.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Bis zum Jahr 2016 werden Sie die Neuverschuldung nur auf 2,5 Milliarden € reduzieren. Wie und mit welchen Einschnitten wollen Sie denn in den dann noch verbleibenden drei Jahren die Schuldenbremse bis 2020 erreichen?

Der Bund geht anders vor und wird bereits im Jahr 2014 den strukturellen Haushaltsausgleich schaffen. Wenn Sie vor diesem Hintergrund ihre rot-grüne Politik als Vorbild für den Bund empfehlen, kann ich das nur als eine Drohung verstehen, Herr Finanzminister,

(Beifall von der FDP und der CDU)

zumal uns mittlerweile andere Länder wieder überholen: Bayern tilgt Schulden. Sachsen tilgt Schulden. Sachsen-Anhalt tilgt Schulden. Thüringen tilgt Schulden. Mecklenburg-Vorpommern erreicht immerhin eine schwarze Null. Brandenburg strebt das für 2014 an, Berlin – Berlin! – für 2015, Hamburg für 2019, Baden-Württemberg – leider verzögert durch Grün-Rot – immerhin für 2020!

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Nur Nordrhein-Westfalen fehlt in dieser Liste. Wissen Sie, das markiert einen kulturellen Unterschied! Diesen kulturellen Unterschied hat Ihr Genosse, der Bürgermeister von Hamburg beschrieben. Olaf Scholz hat gesagt: „Wir müssen lernen, mit dem Geld auszukommen, das uns zur Verfügung steht.“ – Diese Lektion steht Ihnen noch bevor, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch durch Zurufe der Koalitionsfraktionen veranlasst, haben Sie in dieser Debatte wieder über den Länderfinanzausgleich gesprochen. Herr Mostofizadeh sagt: Ja, wissen Sie – so hat er Herrn Laumann zugerufen –, wie viel Geld wir an diese oder jene Länder geben? – Herr Finanzminister, Sie haben auch dieses rhetorische Stilmittel, dass Sie in den Debatten immer auf den Länderfinanzausgleich zu sprechen kommen, bei dem Nordrhein-Westfalen so viel abgeben würde.

Was für ein Argument für einen Sozialdemokraten ist es eigentlich, mit der Aufkündigung der Solidarität zwischen den Bundesländern zu spielen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Übrigen: Selbst wenn Sie 1 bis 2 Milliarden € aus dem Umsatzsteuervorgangsausgleich in Ihrem Etat hätten, könnten wir dann sicher sein, dass dieser Betrag in die Konsolidierung fließt? Die 6 Milliarden € Mehreinnahmen bis 2016 nutzen Sie auch nicht überwiegend zur Konsolidierung. Ich sage Ihnen: Selbst wenn es einen anderen Länderfinanzausgleich gäbe, der Ihnen mehr Geld in die Landeskasse spülen würde, gäbe es vielleicht ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr, aber mit Sicherheit nicht einen Euro weniger Staatsverschuldung. In Wahrheit ist es nämlich nicht Ihre Absicht, den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von der SPD)

Immerhin erklären Sie in aller Offenheit, dass Sie ohne Einnahmeverbesserungen nicht in der Lage sein werden, den Landesetat zu konsolidieren. Das schreiben Sie in Ihrem Finanzbericht.

Ich empfinde es allerdings als ein politisches Armutzeugnis, wenn Sie in der zentralen Frage der Landespolitik nur auf den Bund und den Steuerzahler verweisen können. Gerade weil andere Bundesländer – auch die mit schlechteren Ausgangsbedingungen – bessere Ergebnisse erzielen, entziehen Sie sich damit in dramatischer Weise Ihrer politischen Verantwortung, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Grunde haben Sie gar nicht den Willen zur Konsolidierung. Im Landeshaushalt finden sich bemerkenswerte Entscheidungen mit Blick auf das Personal:

Mal eben so werden 442 kw-Stellen abgesetzt! Mal eben so!

Mal eben so werden 76 neue Stellen im Bereich der Ressorts quotal verteilt. – Wir haben's ja!

Sie nutzen also nicht die Möglichkeiten im Bereich des Personalhaushalts zur Konsolidierung, sondern Sie bauen Personal – Stellen und Planstellen – auf.

Demgegenüber sagen Sie: Wir müssen natürlich auch ein Konsolidierungssignal senden. Deshalb müssen die Ressorts eine globale Minderausgabe erbringen. Sie sehen also im Sachhaushalt offensichtlich noch Spielraum.

Herr Finanzminister, richtig wäre es gewesen, die kw-Vermerke zu streichen und beispielsweise auf die 76 Stellen für die Ressorts zu verzichten und bei den Sachausgaben trotzdem zu sparen. Das würde der Dramatik der Haushaltssituation gerecht. Sie aber verzichten darauf.

(Beifall von der FDP)

Der Gewinner dieser Haushaltsberatungen ist einmal mehr Johannes Remmel: 145 Millionen € höhere Ausgaben in seinem Ressort über die letzten drei Jahre. 214 Stellen mehr! – Jetzt erhält er noch das

Wasserentnahmeentgelt, damit er noch mehr Mittel in seine Kasse bekommt, die er für seine Projekte verwenden kann, obwohl damit auch – Herr Duin, hören Sie genau zu – Unternehmen belastet werden, die ökologisch verantwortbar wirtschaften.

Man kann nur sagen: Chapeau, Herr Remmel ist der Gewinner dieser Haushaltsberatungen! Er zeigt, wie man mit grüner Tinte rote Zahlen schreibt. Darin ist er unübertroffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Linie setzt sich auch in der Energiepolitik durch, indem Herr Remmel zusammen mit seiner Fraktion die entscheidenden Fragen diktiert. Minister Duin darf bundesweit einen Masterplan für die Energiewende ankündigen und einfordern. Die Grünen beschließen auf ihrem Landesparteitag eben mal wieder einen Alleingang für Nordrhein-Westfalen.

Das wesentliche Gesetz für unseren Wirtschaftsstandort ist in dieser Legislaturperiode das Klimaschutzgesetz. Es ist ökologisch unwirksam, weil aufgrund des europäischen Emissionshandels jede Tonne zusätzlich eingespartes CO₂ in Nordrhein-Westfalen andernorts verbraucht werden kann. Aber es kommt trotzdem, damit der grüne Umweltminister seine Aversion gegen konventionelle Landwirtschaft und Industrie ausleben kann. Und zu all dem schweigt der Wirtschaftsminister Duin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das bestätigt meine Hypothese aus der Erwiderung zur Regierungserklärung: In dieser Landesregierung hat selbst in wirtschaftspolitischen Fragen der Umweltminister mehr zu sagen als der Wirtschaftsminister. Das macht eine fatale Schiefelage aus, weil Sie damit die wesentlichen Chancen, die in unserem Industrieland Nordrhein-Westfalen liegen, auslagern.

Sie schauen bei Ihrer Politik nur auf die Steuer-schraube, um Einnahmeverbesserungen zu erzielen. Wir würden uns wünschen, dass sich der Wirtschaftsminister darum bemühen würde, die Investitionsbedingungen zu verbessern. Man kann die Einnahmesituation eines Landes nämlich auch durch wirtschaftliches Wachstums verbessern, aber das ist Ihnen offensichtlich noch nicht in den Sinn gekommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Prioritäten im Haushalt verschieben sich also – hin zu Johannes Remmel und weg von den Bereichen Wirtschaft und Verkehr. Auch im Landeshaushalt 2013 setzt sich das fort: minus 88 Stellen bei Groschek, plus 77 Stellen bei Remmel. Tja, kann man dazu nur sagen, der SPD-Generalsekretär Michael Groschek hat im Wahlkampf – Herr Laumann hat daran erinnert – von seiner Currywurst geträumt, und jetzt, Herr Groschek, setzen die Grünen Sie als Minister auf Diät.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

Die Stellen, die Sie abgeben müssen, werden nämlich von Herrn Remmel gebraucht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese politische Prioritätensetzung ist vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen, die wir über den Zustand unserer öffentlichen Infrastruktur führen, bemerkenswert. Herr Groschek hat völlig recht, wenn er sagt, dass wir in der öffentlichen Infrastruktur einen Investitionsbedarf von 3,5 Milliarden € haben; dies gilt gerade auch für den Bereich der Bundesstraßen und Bundesautobahnen. Es ist immerhin ein Signal, dass der Bund jetzt zusätzliche 96 Millionen € bereitstellt, aber das ist sicherlich noch nicht ausreichend, um das jahrzehntelange, historisch gewachsene strukturelle Investitionsdefizit in die nordrhein-westfälische Infrastruktur zu beheben.

In freimütiger Offenheit hat sich allerdings ein Spitzen-Grüner in der „Rheinischen Post“ vom 5. Dezember auch zur Mitverantwortung des Landes bekannt. Dieser wird mit dem Hinweis zitiert: Ja, es sei in den vergangenen Jahren und auch zur Zeit der alten Koalition bis 2005 eben leichter gewesen, bei den Straßen als etwa bei Schule und Polizei zu sparen. Deshalb würden jetzt die Ingenieure fehlen – so führt dieser Spitzen-Grüne aus –, um beispielsweise die Bauvorhaben zu kontrollieren und um zu planen, wie Brücken instand gesetzt werden.

Das setzt sich in Ihrem eigenen Verantwortungsbereich fort, Herr Groschek. Schließlich sind Sie für das Landesstraßennetz mit immerhin 4.000 Brücken zuständig. Für diesen Bereich standen in diesem Jahr noch 162 Millionen € für Investitionen zur Verfügung. Da wird jetzt um 20 Millionen € gekürzt. Gleichzeitig gibt es in Ihrem Etat noch 30 Millionen € für das Sozialticket. Herr Römer hat eben von dem Wünschbaren und Notwendigen gesprochen. An Ihrem Etat sieht man: Bei dieser Koalition siegt gerade im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu oft das Wünschbare über das Notwendige, Herr Groschek.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das bestätigen Sie sogar. Sie nicken. Dann tun Sie doch bitte etwas.

Zum Wünschbaren und Notwendigen. Beispiel „Bildung“: Die zentrale bildungspolitische Herausforderung dieser Legislaturperiode wird die Einbeziehung von Kindern mit Behinderung in den Schulunterricht, also die sogenannte Inklusion, sein. Dies ist eine große Aufgabe, die die volle Aufmerksamkeit der Schulministerin erfordert. Wovon habe ich gerade gesprochen?

(Heiterkeit)

– Von wichtigen Dingen. Gut.

Also, die zentrale bildungspolitische Aufgabe der Koalition ist die Realisierung der Inklusion. Da stelle ich mir die Frage – um mit Ihrem Kanzlerkandidaten Steinbrück zu sprechen –: Wie verhält es sich da mit „gut gewollt“ und „gut gemacht“? Wo ist das klare Konzept? Wo sind die Qualitätsvorgaben? Und vor allen Dingen, Frau Löhrmann: Wie gehen Sie in der Frage mit den Kommunen um?

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Besser als Sie!)

In dieser Frage müssen Sie doch die Sorgen erreichen. Da stehen Millionenbeträge für Investitionen in Barrierefreiheit im Raum. Ich weiß, dass Sie mit dem Gedanken, das einfach als nicht konnexitätsrelevant zurückzuweisen und die Kommune bei dieser entscheidenden Frage allein zu lassen, Probleme haben werden.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben gesagt,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die kommunalfreundliche FDP! Das ist ja legendär!)

Sie wollten niemanden zurücklassen. Gerade bei der Inklusion sieht man, dass Sie in der Frage die Schwächsten zurücklassen, nämlich die Kommunen und damit die Kinder und Jugendlichen mit Handicap.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Den Kurs werden Sie nicht durchhalten können, die Kommunen bei der Frage allein zu lassen. Das werden die Kommunen sonst auf dem Rechtsweg erstreiten. Denn offensichtlich ist die Frage der Inklusion eklatant konnexitätsrelevant.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Stichwort „Kommunen“. Stichwort „Wünschenswertes und Notwendiges“.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die FDP muss uns nicht erzählen, was kommunalfreundlich ist!)

Eine der wichtigsten politischen Frage nicht nur heute, sondern auch der nächsten Jahre wird sein, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene wiederherzustellen. Dafür tragen wir alle Verantwortung.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Herr Jäger, wir haben beispielsweise als Koalition im Bund 1 Milliarde € allein für das Land Nordrhein-Westfalen zur Übernahme der Leistungen aus der Grundsicherung bereitgestellt. Das ist ein Teil Korrektur dessen, was Sie seinerzeit bei Hartz IV zu verantworten hatten.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will das auf dieser Ebene aber gar nicht konfrontativ mit Ihnen diskutieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist der Sozialkasper der FDP!)

Vielmehr möchte ich darauf hinweisen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen – SPD, Grüne und FDP gemeinsam – in Kenntnis dieser Herausforderung einen Stärkungspakt für die Kommunen verabredet haben. Zu diesem Stärkungspakt und seinen Zielen bekennt sich meine Fraktion auch in der neuen Legislaturperiode, wenn die Geschäftsgrundlage erhalten bleibt.

Jetzt haben wir aber erfahren, dass es aufgrund von Koordinationsproblemen im Innenministerium Mittel in einer Größenordnung von 68 Millionen € gibt, die den Kommunen entzogen werden, und zwar mitten in die Haushaltsberatungen und in die Aufstellung der Sanierungspläne hinein. Da müssen sich ehrenamtliche Mandatsträger, die Beteiligten vor Ort und die Kommunalverwaltungen auf einen ganz schwierigen Kurs begeben. Dabei verlangen sie Berechenbarkeit vom Land. Die bis zum Jahr 2021 versprochene Planungssicherheit hält dann aber noch nicht einmal bis zur Aufstellung der Sanierungspläne vor Ort. So kann man auch Vertrauen und die Bereitschaft zur Veränderung vor Ort verspielen.

(Beifall von der FDP)

Dazu sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Römer: Ja, das Problem sei erkannt, es sei auch tatsächlich relevant, und schlägt als Lösung vor, der Zeitpunkt für den pflichtigen Ausgleich könne auf später verschoben werden. Damit, Herr Römer, nehmen Sie dem Ganzen auch noch die innere Legitimation.

(Beifall von der FDP)

Wir sind bereit – ich will das hier ganz konstruktiv sagen –, weil wir die Schwierigkeiten im Landeshaushalt kennen und weil wir auch die Lage vor Ort im Blick haben, mit Ihnen in Gespräche einzutreten, wie man diese schwierige Situation für die Kommunen durch Handlungsalternativen überbrücken kann. Dazu sind wir bereit. Eines müssen Sie aber wissen: Wenn Sie die Kommunen in dieser Frage jetzt allein lassen oder wenn Sie das Stabilisierungsziel aufweichen, dann ist für uns die Geschäftsgrundlage entzogen, dann sind wir nicht mehr mit dabei.

Wenn Sie zum Stärkungspakt stehen, wenn Sie den Kommunen die Hand zu einer fairen Chance reichen, wenn Sie verlässlich sind und wenn Sie das Ziel der schwarzen Null in den kommunalen Haushalten mit uns weiter im Blick behalten wollen, dann sind wir dabei; sonst müssen Sie das alleine machen.

(Beifall von der FDP)

Dann passiert im Übrigen auch das, was die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat: Wenn Sie den Kurs der Verlässlichkeit und der Haushaltskonsolidierung auf kommunaler Ebene gleichermaßen verlassen, dann

wird aus dem Stärkungspakt für die Kommunen, so die „WAZ“, der Schwächungspakt für Rot-Grün. Sie haben den Anfang dazu gemacht.

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat gesagt, Kultur ist kein Luxus. Sie hat recht damit. Kultur gehört zur Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft, Kultur stiftet auch Zusammenhalt. Wir müssen das kulturelle Erbe unserer Gesellschaft bewahren. Deshalb ist die Kulturpolitik eine der wichtigen und zentralen Aufgaben des Landes. Auf dem Gebiet der Kultur ist in den vergangenen Jahren in unserer damaligen Verantwortungszeit bis 2010 und auch danach viel erreicht worden. Es gibt einen beachtlichen Konsens zwischen den Kulturpolitikern dieses Hauses auch mit den Akteuren der freien Szene und anderen Kulturprotagonisten.

Sie haben, weil Kultur kein Luxus ist, in Ihrer Koalitionsvereinbarung beschrieben, dass Sie das Niveau der Kulturförderung erhalten und, wo geboten, ausbauen wollen. Jetzt schauen wir in den Etat und stellen fest, es werden 12 Millionen € gekürzt. Diese Zusage hatte also eine Halbwertszeit von einem halben Jahr. Wenn Sie so anfangen, Herr Finanzminister, dann können Sie mit dem Sparen gleich weitermachen und sich im Grunde das Kulturförderungsgesetz, das jetzt im Gespräch ist, auch sparen. Das ist mit diesem Einstieg nämlich bereits heute vor der Verabschiedung Makulatur.

Meine Damen und Herren, ich will einen dritten und letzten Punkt ansprechen. Nachdem ich über die große Lage des Landeshaushaltes und über einzelne Prioritätensetzungen gesprochen habe, komme ich jetzt zu dem Bereich Ihrer eigentlichen Konsolidierungspolitik, der Teuerpolitik, also zu Ihren Vorstellungen zur Verbesserung der Einnahmen durch eine Reihe von Gesetzgebungsvorhaben. Die Frage ist, ob mit dieser Anlage von Politik die Richtung auf Einhaltung der Schuldenbremse stimmt.

Mit Sicherheit ist es kein einfaches Unterfangen, bis 2020 die Nettoneuverschuldung auf null zu drücken. Durch jedes Jahr, das wir dabei verlieren, werden die Schwierigkeiten später noch größer. Die eigentliche Frage ist also, ob die Entscheidungen, die Sie heute treffen und die Sie in den vergangenen zwei Jahren getroffen haben, dabei helfen, bis 2020 aus den Schulden herauszukommen oder nicht.

Herr Finanzminister, Sie sagen in Ihrem Nachhaltigkeitsbericht, den Sie vorgelegt haben, etwas Bemerkenswertes. Sie schreiben darin nämlich, was ich zitiere:

„Im Vergleich zur zweiten Fortschreibung des Nachhaltigkeitsberichts aus dem Jahr 2010 hat sich der Konsolidierungsbedarf bis zum Jahr 2020 nochmals erhöht.“

Die Richtung stimmt also nicht. Selbst nach dem von Ihnen selbst vorgelegten Nachhaltigkeitsbericht wird der Konsolidierungsbedarf durch Ihre Politik noch größer. Umso schlimmer werden die Ein-

schnitte sein, die nach 2017 erforderlich sind. Der Eisberg ist gewissermaßen schon auf dem Radarschirm zu sehen. Der Steuermann Norbert Walter-Borjans hält aber volle Kraft voraus drauf zu, soll doch der Bund den Berg wegziehen. Währenddessen ist die Kapitänin Hannelore Kraft unten im Casino und gibt eine Saalrunde nach der anderen, um sich beliebt zu machen. So setzt man ein Schiff auf Grund.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Sie die Schuldenbremse ernst nähmen – Konjunktiv! –, dann würden sie jetzt auf alle zusätzlichen staatlichen Leistungen und Ausgaben verzichten. Wenn Sie die Schuldenbremse ernst nähmen, dann würden Sie präzise alle landesgesetzlichen Standards prüfen und am Maßstab der effizienter wirtschaftenden Länder orientieren. Wenn Sie die Schuldenbremse ernst nähmen, dann würden Sie die Beteiligungen des Landes und die Landesbetriebe genau in den Blick nehmen. Wenn Sie die Schuldenbremse ernst nähmen, dann würden Sie eine Politik zur Entfesselung der wirtschaftlichen Dynamik in Nordrhein-Westfalen machen und nicht für neue bürokratische Fesseln von Herrn Rempel.

Da Sie all das nicht machen, gibt es nur einen Schluss: Sie nehmen die Schuldenbremse in Wahrheit nicht ernst. Sie wollen nicht ernsthaft den Haushaltsausgleich bis 2020. Sie setzen darauf, dass der Bund Ihnen die Kastanien aus dem Feuer holt. Das ist verantwortungslos.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Grunde, Herr Finanzminister, ist das eine Art spekulative Finanzpolitik. Sie spekulieren darauf, dass das Zinsniveau so bleibt, wie es heute ist, obwohl die Risiken von Ihnen in Ihren Papieren selbst beschrieben werden. Sie setzen darauf, dass die Konjunktur so bleibt, wie sie ist, obwohl sie auf Ihren Parteitag alles beschließen, damit sie sich abkühlt.

(Lachen von der FDP)

Sie setzen darauf, dass es Steuererhöhungen in Berlin gibt. Das ist eine spekulative Finanzpolitik. Sie sind von der Mentalität her, Herr Finanzminister, verwandt mit den Finanzjongleuren im Kasino, die Sie sonst immer kritisieren.

(Beifall von der FDP)

Die wetten nämlich auf sinkende Kurse. Sie wetten auf steigende Steuern. Wenn die Wette nicht aufgeht, sind wir hier im Land angeschmiert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist spekulative Finanzpolitik und keine seriöse Finanzplanung, wie wir sie für unser Land Nordrhein-Westfalen brauchen.

Kommen Sie jetzt nicht mit Ihrem Effizienzteam. Das belegt gerade die These. Denn wenn Sie eine

Gruppe einsetzen, die ihre Ergebnisse erst nach der Bundestagswahl vorlegt, deren wesentliche Entscheidungen erst nach der Bundestagswahl bekannt werden, kann ich nur sagen: Nachtigall, ich hör dir trapsen. Du kommst mit Elefantentfüßen daher. – Die Intention ist doch offensichtlich eine Verzögerungstaktik.

Stichwort: Finanzspekulantentum. Damit bin ich bei den Steuer-CDs. Das Steuerabkommen mit der Schweiz wird scheitern; das haben Sie schon gesagt. Wissen Sie, man kann über solche Fragen immer unterschiedlicher Meinung sein. Man kann, wie Sie das tun, kritisieren. Man kann auf der anderen Seite sagen, dass der Bundesfinanzminister das, was möglich war, erarbeitet hat.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben doch selbst Nachbesserungen gefordert!)

Wir wollen mal sehen, ob es einen neuen Anlauf in absehbarer Zeit für ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz gibt.

Aber, Herr Finanzminister, die Konsequenz ist, dass Sie auch bei der Frage weiter ein Lotteriespiel betreiben, was Sie aus Steuer-CDs, die Ihnen von Hehlern angeboten werden, fiskalisch herausholen können.

(Serdar Yüksel [SPD]: Das sagt auch das Verfassungsgericht!)

Diesen spielerischen Zugang können Sie weiterhin wählen. Aber ich würde mir wünschen, dass Sie ein bisschen bei der moralischen Rigorosität abrüsten, mit der Sie auftreten. Für mich ist irgendwann die Grenze des guten Geschmacks berührt,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das denke ich die ganze Zeit bei Ihrer Rede! Das stimmt!)

wenn Sie Steuerhinterziehung auf eine Stufe mit Mord setzen, also mit Blick auf die Verjährung zu einem Kapitalverbrechen machen wollen. Dabei sind die Grenzen berührt.

Insbesondere stört mich Ihr moralischer Rigorismus, mit dem Sie gegen Steuerflucht vorgehen, weil in Ihrem eigenen Landeskabinett eine Staatssekretärin sitzt, gegen die der Staatsanwalt wegen Sozialbetrugs ermittelt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie messen mit zweierlei Maß. Wenn Sie glaubwürdig sein wollen mit Ihrem moralischen Rigorismus mit Blick auf Steuerhinterziehung, muss diese Staatssekretärin bis zur vollständigen Aufklärung der Vorwürfe suspendiert werden. Sonst entlarvt sich das, was Sie hier tun, als Wahlkampfretorik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, mit der Politik für Steuererhöhungen beginnen Sie bereits am heutigen Abend. Das ist die Einführung für das, was uns in der nächsten Zeit erwartet. Sie beginnen damit, weil

die Beseitigung der kalten Progression – Sie haben das eben angekündigt – an den A-Ländern scheitern wird. Die Konsequenz sind automatische Steuererhöhungen. Denn auch diejenigen, die einen ordentlichen Tarifabschluss erhalten haben, der gerade einmal die Preissteigerungen der letzten Jahre auffängt ...

(Norbert Römer [SPD] schüttelt mit dem Kopf.)

– Sie schütteln mit dem Kopf, Herr Römer, aber gerade die Beschäftigten bei der IG BCE sind betroffen.

(Norbert Römer [SPD]: Bei Ihrer gesamten Rede schüttelte ich mit dem Kopf!)

Diesen Leuten wird ihr fairer Anteil am Aufschwung genommen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist ein Skandal!)

Sie sind dagegen. Sie sind insoweit dagegen, dass Sie noch nicht einmal – das könnte ich aus der Perspektive eines Landesfinanzministers, der Opposition im Bund ist, verstehen – sagen: Wir brauchen eine finanzielle Kompensation. – Sie sind aus Prinzip dagegen. Sie sind aus Prinzip dagegen, dass die Menschen in der Mitte der Gesellschaft, die den Aufschwung miterarbeitet haben, einen fairen Anteil an dem erhalten, was unser Land an Fortschritten erzielt hat.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Sie sind deshalb dagegen, weil Sie wie Herr Mostofizadeh in einer der letzten Debatten sagen: Dann bekommen nicht alle gleich viel. Es gibt einige, die bekommen etwas mehr. – Es ist der Basiseffekt der Prozentrechnung, Herr Mostofizadeh,

(Lebhafter Beifall von der FDP)

dass es unterschiedliche Beträge gibt, mit denen der einzelne profitiert. Dass Sie das aber so vortragen, ist dennoch erstaunlich. Sie sagen: Den Geringverdienern würden wir es gönnen, aber dem Durchschnittsverdiener gönnen wir es schon nicht mehr. – Das ist beachtlich, weil Sie in Nordrhein-Westfalen mit 150 Millionen € im Jahr – die Grünen waren dabei – auf die Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen verzichten. Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener, haben den nie bezahlt.

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Widerspruch von den GRÜNEN)

Das waren immer die Gutverdiener. Die haben Sie entlastet. Dann hören Sie jetzt mit diesen klassenkämpferischen Parolen auf. Die nimmt Ihnen bei der Frage nämlich keiner ab.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Übrigen beneide ich Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, nicht um die Aufga-

be, vor den Werkstoren den Beschäftigten in der Industrie zu erklären,

(Zuruf von der SPD: Damit kennen Sie sich ja aus!)

was hier für eine Blockadepolitik im Bundesrat gemacht wird.

Das zweite große Thema, das auf der Tagesordnung steht, von dem Sie sich viel versprechen, ist die Erhebung einer Vermögensteuer. In der Frage sind wir nicht orthodox. Sie können gerne mit uns über das Für und Wider sprechen. Sie müssen dann aber bitte Fragen beantworten. – Sie sind überrascht, Frau Kraft, aber ich komme noch zum Punkt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Sie müssen Fragen beantworten. Sie müssen die Frage beantworten, wie Sie Betriebs- und Privatvermögen trennen – insbesondere nach dem Urteil zur Erbschaftsteuer. Sie müssen uns erklären, wie Sie die Deutsche Steuer-Gewerkschaft beruhigen, die ein bürokratisches Gesetzgebungsmonster fürchtet.

(Zuruf)

Sie müssen uns erklären, Herr Priggen, wie Sie mit der Vermögensteuer 10 Milliarden € im Jahr erzielen wollen – so Ihr Parteitagbeschluss –, ohne dass das Auswirkungen auf Mittelstand und Konjunktur haben soll. Sie müssen uns erklären, Herr Priggen, wie Sie mit diesen 10 Milliarden € die Haushalte konsolidieren und die Bildung verbessern wollen, wenn von den 10 Milliarden € schon 7,4 Milliarden € jedes Jahr für die Erhöhung von Hartz IV auf 420 € gebraucht werden.

Sprechen Sie über diese Fragen eigentlich auch mit dem Mittelstand, Frau Kraft? Ihre Regierung wird in dieser Woche ja ein Mittelstandsgesetz vorlegen. Werden die Steuerpläne in dem Gremium, das Sie da einrichten, der Clearingstelle, auch vorgetragen? Wird das ein Gegenstand der Beratungen mit dem Mittelstand sein? Falls ja, dann haben Sie einen Vorgeschmack in der Anhörung zu diesem Thema bekommen, die wir im Landtag von Nordrhein-Westfalen hatten: unisono Bedenken und Warnungen!

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist falsch!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gesagt, Sie hätten ein offenes Ohr für die Sorgen des Mittelstandes. Ich glaube, Sie waren zu bescheiden. Sie haben zwei offene Ohren, nämlich da rein, da raus.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und wenn Sie, Frau Ministerpräsidentin, mir, der Opposition nicht glauben, welche verheerenden Auswirkungen eine Politik der Verstaatlichung, der Erhöhung der Steuern, der massiven Umverteilung hat, welche nachteilige Wirkung auf Deutschland

und Nordrhein-Westfalen die Politik, die Sie auch in diesem Bericht hier niedergelegt haben – das ist nicht Bundespolitik, sondern es ist das zentrale Element Ihrer Haushaltspolitik –, auf diese Gesellschaft, auf die Mitte, die unser Land ausmacht, hat, dann schauen Sie doch einmal über die Grenze nach Frankreich.

In Frankreich wird genau die Politik gemacht, die Sie auch in Ihren Programmen haben, die Sie in Ihrem Finanzbericht für Nordrhein-Westfalen vorschlagen. Genau das, was Sie fordern, macht Françoise Hollandes. Deshalb haben Sie die Wahl von Herrn Hollandes auch seinerzeit mit frenetischem Beifall aufgenommen.

Jetzt sehen wir in Frankreich die Folgen: Die Wirtschaft ist auf Talfahrt, die Zustimmungswerte zu Herrn Hollandes genauso.

Französische Leitartikler schreiben jetzt: „Mach's wie Schröder!“ – Und was machen Sie? Leider allzu oft wie Lafontaine!

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist immer ein Vergnügen, Herrn Lindner zuzuhören und auch nach ihm zu reden. Ich habe das auch am Wochenende gemacht, habe mir Ihre Parteitage Rede angehört: Sie sind „der Messias der FDP“.

Aber das ist ein neues Geschäftsmodell – das kann auch nur die FDP machen: ein Messias mit beschränkter Haftung!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich gehe gleich noch auf ein paar konkrete Punkte ein. Ich finde es schon faszinierend. Wir beide sind im Jahre 2000 in den Landtag gekommen. Sie waren bis 2009 hier, davon vier Jahre in Regierungsverantwortung, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Da hatten Sie Verantwortung. 2009 sind Sie nach Berlin in den Bundestag gegangen, sind wenige Monate später Generalsekretär geworden und haben das Amt zwei Jahre später aufgegeben.

Über die Umstände, unter denen Sie das gemacht haben – à la bonne heure! – habe ich im Fernsehen auch etwas gesehen. Sie werden Ihre Gründe gehabt haben. Aber Sie sind da rausgegangen. Dann sind Sie hierhin zurückgekommen und haben einen spektakulären Wahlkampf gemacht, die Fraktion in den Landtag gebracht.

Immer wenn Sie hier reden, wenn Sie hier auftreten, tun Sie so, als ob Sie für das, was Sie gemacht haben, nicht verantwortlich sind. Sie waren in führen-

der Position dabei, Sie sind der starke Mann der FDP, auch wenn Sie nur – „nur“ in Anführungsstrichen – bei uns in der Landesliga sind. Niemand wird demnächst Bundesvorsitzender ohne, dass Sie ja sagen. Also haben Sie Verantwortung, Sie hatten sie auch in der Vergangenheit.

Das meine ich mit „Messias mit beschränkter Haftung“. Die Verantwortung – das ist die Haftung – ist nie da. Ich werde Ihnen ein paar Beispiele, die Sie eben aufgezählt haben, nennen. Es ist immer herausfordernd, nach Ihnen zu reden. Es waren einfach zu viele zu schöne Sachen.

Sie haben gesagt, 1 Milliarde € Grundsicherung stellen Sie jetzt im Bund zur Verfügung als Konsequenz aus Fehlern bei Hartz IV. Ich kann mich dunkel daran erinnern: Wir haben mit der Minderheitsregierung angefangen. Wir haben den Schritt gemacht. Dadurch war die Bundesratsmehrheit für CDU und FDP nicht mehr vorhanden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann mussten Sie tatsächlich Kompromisse eingehen. Zu der Art, das hier als generöses Geschenk darzustellen: Den Teufel hätten Sie getan, wenn wir das nicht gemacht hätten und im Bundesrat die Mehrheit geknackt hätten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich Folgendes noch sagen: Es war eine tolle Rede eben. Zum Schluss waren Sie bei Hollande und sind in Europa gelandet. Es hätte nur noch die Reise über den Teich gefehlt. Aber es war nicht ein konkreter Vorschlag dabei, wie das, was uns beschäftigt, im Landeshaushalt gemacht werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Sigrid Beer [GRÜNE]: Lindner for President!)

Das war die ganz große Tour.

Dann haben Sie die Frage der Stellen bei Minister Rimmel angesprochen. Das ist – das war auch in Ihrer Parteitage Rede so – ein Dauerbrenner. Kollege Laumann hat es auch angesprochen. Ich habe hier – das vergessen Sie immer gerne, weil Sie da noch in Verantwortung waren – zwei Schriftstücke, die ich Ihnen im Sinne der Transparenz – die Kollegen der Piraten waren nicht dabei – gerne zur Verfügung stelle. Wenn sie jemand haben möchte, möge er sich melden, er bekommt sie. Es sind interne Briefe, Schriftwechsel aus der Regierung Rüttgers/Pinkwart damals gewesen.

Das eine war ein Brandbrief des damaligen Regierungspräsidenten in Arnsberg an Umweltminister Uhlenberg, datiert vom 9. Juli 2010, in dem er sich bitterlich darüber beklagt, dass er in der Umweltverwaltung nicht mehr das technische Personal hat, um die notwendigen Untersuchungen, die Überprüfungen laufender wichtiger industrieller Betriebe machen zu können – 9. Juli 2010.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Dann gibt es einen Brief des damaligen Umweltministers Uhlenberg an den Innenminister Ingo Wolf vom Dezember 2009, in dem er sich der Umweltminister beim Innenminister darüber beklagt, dass er nicht das Personal hat, um existenzielle Sicherungsaufgaben durchzuführen, und dass er darin die Risiken sieht.

Auf insgesamt 23 Seiten wird im Detail erläutert, wo Stellen in Bezirksregierungen notwendig sind, technische Stellen – man braucht Ingenieure –, es kommt eine Auflistung der Firmen, um die es geht, u. a. Envio in Dortmund, wobei wir hinterher erlebt haben, dass Beschäftigte mit ihrer Gesundheit dafür bezahlen, dass das technische Personal da nicht zur Verfügung stand.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind genau die Stellen, um die es geht. Beide Dokumente stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung – so viel zu der Legende: Rimmel ist der Gewinner. Rimmel wird hier beschenkt. Die Grünen tanzen den Sozialdemokraten auf der Nase herum und Ähnliches. Das ist alles Quatsch.

Der Arbeitsstil hier ist ein anderer. Das, was Ihre eigenen Bettelbriefe – Ihre Bittbriefe, Entschuldigung – belegen ...

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Entschuldigung, ich gucke Herrn Uhlenberg an. Ich nehme das zurück. Das ist ein Brief des Umweltministers an den Innenminister, der heute auch noch Mitglied des Parlaments ist, in dem er in deutlicher Einmütigkeit schildert, dass er diese Stellen braucht. Das ist kein Bettelbrief, sondern er schildert es sehr sachlich. Das haben wir genau umgesetzt. Das ist eine ganz andere Situation, die Herr Lindner, der damals noch hier war und es wissen müsste, eigentlich selbst beurteilen könnte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Noch einige Worte – das ist eine neue Nummer, die Sie immer auflegen – zum angeblichen Konflikt Rimmel/Duin:

(Heiterkeit von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Christian Lindner [FDP]: Da gibt es keinen Konflikt!)

Zu dieser Darstellung kann man nur kommen, wenn man Rösler und Altmaier vor Augen hat – und vorher Röttgen und Rösler.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt entschuldige ich mich präventiv bei Herrn Altmaier und bei Herrn Rösler. Meine Oma hat immer gesagt: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.“

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Das würde ich zu beiden Kollegen nicht sagen. Die folgende Nummer wird in Berlin gegeben: Herr Alt-

maier macht den im Kern sinnvollen Vorschlag, Bürger mit Einlagen an der Erstellung der Stromnetze zu beteiligen. Dieser Vorschlag ist gut, aber zuständig ist Rösler. Rösler dementiert ungefähr 30 Sekunden später. Damit ist der Vorschlag im Orkus gelandet. – Dieses Politikmuster ist hier nicht der Fall.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Diese beiden Kollegen – das haben wir mehrfach erlebt – arbeiten vernünftig miteinander.

(Christian Lindner [FDP]: Duin ist harmloser als Rösler!)

Sie werden an dieser Stelle ganz bestimmt nicht den Keil hineintreiben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann haben Sie und der Kollege Laumann angesprochen, dass es eine Reihe von Bundesländern gebe, die jetzt zum Glück tilgungs- oder schuldenfrei sind. Ich nehme an, dass das so stimmt; das unterstelle ich einfach. Sie haben Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg angeführt.

Ich sage Ihnen: Wir in Aachen bezahlen das mit 16 Millionen € pro Jahr über den Soli Ost. Mir hat ein brandenburgischer Fraktionskollege gesagt: „Wir überlegen, wie wir Festgeld anlegen können.“ Ich sage Ihnen: Sie in der Bundesregierung – dort haben Sie Verantwortung – müssen doch irgendwann erkennen, dass man, auch wenn man Verträge einhält, an anderen Stellen nachjustieren und ausgleichen muss, aber stattdessen bezahlen wir das aus einer solchen Situation heraus.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage noch einmal ganz klar, dass der Soli Ost notwendig war. Denn nach 1989 war es notwendig, im Osten aufzubauen. Aber wenn ich jetzt zu Parteitagen nach Dresden, Leipzig, Erfurt oder Rostock fahre und mir demgegenüber den Kampf um die Wiedereinführung einer Straßenbahn bei uns in Aachen anschau, kann ich nur staunen und bewundern, dass da etwas Hervorragendes geschaffen wurde. Wenn ich mir manche Städte im Ruhrgebiet dagegen ansehe, halte ich es für an der Zeit, auszutarieren. Da sind Sie in der Verantwortung.

Wenn man akzeptiert, dass Verträge einzuhalten sind, ist das nicht das Einzige. Wir haben zeitgleich eine Verteilung zwischen den Ländern, die strukturell in ganz wichtigen Bereichen seit Jahrzehnten zum Nachteil von Nordrhein-Westfalen ist. Da haben wir keine Unterstützung bei Ihnen. Das ist zum Beispiel im Verkehrsbereich der Fall. Wir haben nachgerechnet: Über den Daumen fehlen Nordrhein-Westfalen, wenn wir den Königsteiner Schlüssel anlegen, also die Verteilung auf die Länder nach

Einwohnerzahl, etwa 500 Millionen € pro Jahr für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

An dieser Stelle haben Verkehrsminister aus Süddeutschland immer und ohne jede Hemmung Gelder für Bayern oder für Baden-Württemberg organisiert. Für Nordrhein-Westfalen war das nicht der Fall.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Monika Pieper [PIRATEN])

Ich akzeptiere den Nachholbedarf in den fünf neuen Ländern völlig. Aber wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, an dem wir wirklich sagen können: Da muss anders justiert werden.

Ähnlich ist es im Hochschulbereich. Gemessen an der Zahl der Studierenden und der Zahl der Hochschulen gibt es Ungleichgewichte, die man korrigieren müsste.

Ich will Ihnen noch etwas sagen: Das Tollste für mich war, dass bei den Kosten der Unterbringung Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einen höheren Anteil als Nordrhein-Westfalen bekommen. Diese Punkte sind nachzujustieren, weil gar nicht einzusehen ist, dass bei uns die Kommunen weniger bekommen.

Dazu hören wir von Ihnen nichts, obwohl Sie Einfluss und Verantwortung haben. Auch Herr Laumann hält sich an dieser Stelle heraus.

Herr Lindner, das war insgesamt eine Fortsetzung dessen, was Sie auf dem Parteitag gemacht haben. Da haben Sie gejammert, man hätte Ihnen Currywurst versprochen, und jetzt bekämen Sie Tofu.

(Zustimmung von Christian Lindner [FDP] – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen in Ihrer Sprache: Wenn man daran gewöhnt ist, dass Mövenpick der Partei die Kanapees auf den Tisch stellt, sind natürlich Currywurst oder Tofu etwas ganz Hartes.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Lindner [FDP]: Oh!)

– Das ist Ihr billiges Muster.

(Christian Lindner [FDP]: Stumpfe Waffen!)

Sie haben die SPD wegen der Beteiligung an einem Kreuzfahrtschiff kritisiert, das – so habe ich es verstanden – zum Partydampfer umgebaut worden wäre. Mir ist egal, was die SPD mit ihrem Eigentum macht. Aber dass Sie die wirtschaftliche Betätigung der SPD kritisieren,

(Christian Lindner [FDP]: Nö!)

während Sie gleichzeitig in der FDP diese hochgradig dubiosen Druckereigeschäfte mit Gauselmann haben, bei denen man nicht weiß, was da ist, und von denen ich finde, dass auf Bundesebene unter-

sucht werden sollte, ob das illegale Parteienfinanzierung ist oder nicht ...

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Lindner [FDP]: Schon erledigt! Schon entschieden! – Weitere Zurufe von der FDP)

– Ganz ruhig! – Es gibt einen uralten Spruch von Guido Westerwelle:

„Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt es einen, der die Sache regelt ...“

(Zuruf von Kai Abruszat [FDP])

Ich wäre mit allen Vergleichen aus der Seefahrt vorsichtig.

Dann haben Sie gesagt: Die NRW-FDP sei der Stabilitätsanker der Bundes-FDP. Aber ich entgegnete Ihnen: Bei der Titanic hat der Anker auch nichts genützt.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit von den PIRATEN – Christian Lindner [FDP]: Trara! Trara! Trara!)

– Sehen Sie: Er hat es verstanden; das ist angekommen. Mehr sollte es nicht sein. Kollege Lindner, guter Reflex!

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Richtig ist: Wir haben unterschiedliche Auffassungen. Wir haben registriert, dass Sie in der Fraktion Veränderungen vorgenommen haben, bei denen man gedacht hat: Da kann man miteinander reden.

Für mich als Grüner, der lange dabei ist, war nicht gut nachzuvollziehen, dass man zwar mit den Kollegen der CDU gut in den Diskurs kommen kann, ebenso mit den Kollegen von der SPD – auch mit den Linken konnte man reden –, es aber länger als zehn Jahre eine Eiseskälte zur FDP gab. Das war in der Entstehungsgeschichte der Fraktion begründet. Der Herr Möllemann hat sie da sehr klar aufgestellt.

Ich dachte: Das sind ein paar Signale, die das aufbrechen. – Aber irgendwie taumeln Sie. Es ist nicht ganz klar, was Sie wollen. Wollen Sie jetzt mit einem neuen Aufbruch in Richtung sozial-liberal oder Ampel? Oder wollen Sie von Frau Merkel noch schnell 3 % abzocken, um in Berlin zu überleben und dann irgendwann den Wechsel zu machen?

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ihr Vorgehen ist nicht klar. Das müssten Sie irgendwann einmal austarieren.

Lassen Sie mich zum Kollegen Laumann kommen. Denn bei beiden Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen war die deutliche Erleichterung zu merken, dass andere jetzt die Mehrheit haben und die Arbeit machen müssen.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Da habe ich mich gewundert. Aber das ist in Ordnung, das kann man so machen.

Herr Kollege Laumann, Sie haben eine Rede gehalten. Ich weiß, dass Sie Probleme mit der Doppelspitze haben.

(Karl-Josef Laumann [CDU] winkt ab.)

Ich will auf die Bilder gar nicht eingehen. Ich sage es Ihnen nett: Wir alle haben Weihnachtsbäume vor den Fraktionsbüros im Landtag. Die einzige Fraktion, die einen Weihnachtsbaum mit Doppelspitze hat, ist die CDU.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe es mir gestern noch einmal angeschaut. Also, das muss ein Geschenk der Partei sein. Der Laschet ist an dieser Stelle wirklich raffiniert.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Laumann, wir als Sozialdemokraten und Grüne haben in diesem Jahr drei Haushalte eingebracht und behandelt. In den letzten zweieinhalb Jahren haben wir hier über insgesamt fünf Haushalte debattiert. Sie haben jedes Mal konkrete Einsparvorschläge angekündigt. Heute Morgen habe ich in der Zeitung gelesen, Mitte Januar machten Sie eine Klausur und dann kämen die konkreten Einsparvorschläge. Anschließend war wieder von den 200 Stellen von Rimmel die Rede. Ich habe Ihnen das schon eben gesagt. Über die Stellen können wir gerne weiter diskutieren. Ich bin wirklich auf Ihre konkreten Einsparvorschläge gespannt.

Man muss doch ehrlich sagen: Es gibt jetzt einen Haushalt, der in einer klaren Linie ist. Wir haben die Neuverschuldung 2010 mit 6,5 Milliarden €, 2011 mit 4,8 Milliarden €, 2012 mit 3,6 Milliarden € plus 1 Milliarde € WestLB und jetzt 3,5 Milliarden € etatisiert. Darin gibt es noch einmal 1 Milliarde € Einsparungen, 150 Millionen € davon titelscharf. Vorhin haben wir ja bereits Rückmeldungen bekommen: Herr Lindner akzeptiert einen Einsparvorschlag im Kulturbereich nicht. Prof. Sternberg und andere haben sich ähnlich geäußert. Es gibt aber auch andere Rückmeldungen. Wir wissen ganz genau, es müssen zusätzlich 350 Millionen € über die Ressorts und 500 Millionen € ausgebracht werden. Das wird 1 Milliarde € sein. Dies wird auch nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Die Strecke der Einsparungen ist nicht zu Ende. Sie wird in den nächsten Jahren weitergehen müssen. Der Haushalt ist ehrlich. Er beinhaltet keine aufgesetzten Zahlen, wie das in der Vergangenheit oft der Fall war. Und er ist solide ausgearbeitet. Die Kollegen haben drei Haushalte in einem Jahr bearbeitet. Aber, es ist nicht schön, einen Haushalt vorstellen zu müssen, in dem drei 3,5 Milliarden € Schulden aufgenommen werden. Das will ich ganz klar sagen. Insofern werden die Anstrengungen an der Stelle weitergehen. Ich möchte Ihnen aber einmal die

Planzahlen für die Schuldenaufnahme von Finanzminister Linssen für diese Jahre nennen:

(Christian Lindner [FDP]: Welches Jahr?)

2010 6,7 Milliarden €, 2011 6,7 Milliarden €, 2012 6,6 Milliarden €, 2013 6,5 Milliarden €.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Lassen Sie mich doch ausreden! Ich bin ja noch gar nicht fertig! – Ich gestehe ja zu, dass die Einnahmesituation heute besser ist.

(Christof Rasche [FDP]: Aha!)

Ich sage Ihnen aber, was bei Linssen immer schön war: Die zu erwartenden Kosten hat er nicht sauber eingestellt. Die Dimension war jedoch deutlich höher als heute.

Ich möchte noch Einiges zum Haushalt sagen. Es stellt sich natürlich die Frage, wenn die Einnahmesituation besser ist, woher die Aufwüchse, die Mehrausgaben kommen. An dieser Stelle können wir drei große Bereiche festmachen:

Der erste Bereich ist das, was wir zusätzlich aufwenden müssen für Versorgung, für Beihilfe, für Tarifierhöhungen. Das sind ungefähr 860 Millionen €. Ich möchte sehen, wie Sie da herauskämen. Ich warte auf die Vorschläge der CDU Mitte Januar, ob an dem Block etwas geändert wird.

Der zweite große Block sind Zuweisungen an Kommunen, Einheitslastenausgleich und Stärkungspakt Stadtfinanzen, in toto 413 Millionen €. Da kann man wirklich bilanzieren: Sie haben unter Federführung der FDP in Ihrer Koalition den Kommunen Milliardenbeträge weggenommen. Und wir zahlen doch jetzt alleine aufgrund der zwei Verfassungsklagen, die gegen die Regierung Rüttgers eingereicht und zu der Zeit unserer Minderheitsregierung abgeschlossen wurden, 270 Millionen €, Einheitslastenausgleichsgesetz und KiföG. Das sind Rechnungen, die wir für Sachen bezahlen, die Sie angerichtet haben, weil Sie den Kommunen etwas weggenommen haben.

Der dritte große Bereich betrifft Bildung und Hochschulen. Wir haben im Vergleich zu 2012 175 Millionen € Mehraufwendungen für die Hochschulen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, davon allein BAföG 66 Millionen €, und 530 Millionen € für zusätzliche Studienplätze. Davon kommen – fairerweise gesagt – 50 % vom Bund. In toto sind es 2013 705 Millionen € mehr für die Hochschulen als 2012. Dies ist auch eine Reaktion auf die steigenden Studierendenzahlen. Das ist eine Leistung.

Wenn ich alles zusammen nehme, also mit den Mitteln in Höhe von 112 Millionen € für die frühkindliche Bildung bei U3, dann komme ich für die Blöcke Personal, Kommunen, Bildung auf 2,1 Milliarden € Mehrausgaben. Im Prinzip ist alles gesetzlich vorgeschrieben, gesetzlich notwendig, in Teilen vom

Bund refinanziert. Was werfen Sie uns vor? Was wollen Sie an der Stelle einsparen?

Ich habe bisher keine Einsparvorschläge von Ihnen gehört. Ich bin wirklich gespannt darauf. Wir werden die weiteren Beratungen ja in den einzelnen Ausschüssen fortsetzen. Den Haushalt 2014 werden wir fast parallel vorbereiten müssen.

Aber die Bilanz dieser Debatte ist für mich: Zwei Fraktionen sind im Prinzip froh, dass andere die Arbeit machen, da sie aus unterschiedlichsten Gründen aus der Diskussion aus steigen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zu den Piraten sage ich mit Nachsicht, um auch fair zu bleiben: Sie sind gerade in den Landtag gekommen. Es ist immer spannend, Ihre Debattenbeiträge zu erleben. Sie müssen eine Partei neu aufbauen. Von daher gebe ich Ihnen – das ist nicht gönnerhaft – ein Jahr. Das ist für mich normal. Ich weiß, wie es ist, eine Partei aufzubauen. Sie haben zwei Ratsmitglieder. Ihnen fehlt der ganze Unterbau. Sie müssen die Programmatik diskutieren. Das haben die anderen in Jahrzehnten erarbeitet. Da ist mein Anspruch nicht, dass Sie uns sagen, wo im Haushalt gespart werden muss. Wenn etwas kommt, dann ist es gut. Aber das ist nicht mein Anspruch. Aber die anderen beiden Fraktionen, die hier Verantwortung hatten und in Berlin Verantwortung tragen, die zum Teil das Desaster mitverursachen, dass den Kommunen und dem Land immer wieder das Geld weggenommen wird, die müssen die Verantwortung wahrnehmen. Und das haben sie erkennbar nicht gemacht. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Piratenfraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Dr. Paul das Wort. Bitte schön.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger auf der Tribüne und zu Hause! Meine Damen und Herren von der Landesregierung, sehr geehrter Herr Finanzminister, machen wir uns nichts vor: Die Regierungen sind zu Getriebenen der Finanzmärkte geworden. Das formulierte völlig unumwunden als Mahnung der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, beim 3. Weltwirtschaftsforum im Februar 1996 in Davos an die versammelten Staatschefs der Erde Folgendermaßen – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –: „Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte.“

Die weltweite Krise der Finanzmärkte hat die Europäische Währungsunion an den Rand des Ab-

grunds geführt. Als Retter in der Not musste die Staatengemeinschaft milliardenschwere kreditfinanzierte Staatsausgaben tätigen und Bürgschaften für Banken übernehmen bzw. Rettungsschirme aufspannen, ja sogar Banken verstaatlichen.

Dass die Gesellschaft in der heutigen Zeit von ihren Märkten und deren immer schneller abgewickelten Börsengeschäften, Bonitätsrankings, Terminhandel etc. abhängig ist, registrieren noch viele Menschen. Das Verstehen dieser Abhängigkeiten aber fällt den meisten schwer. Das wiederum ist verständlich; denn die globalen und komplexen Zusammenhänge des Marktes sind für den einzelnen Menschen nicht greifbar. Die Zusammenhänge und die Auswirkungen auf das alltägliche Leben stellen sich wenig transparent und reichlich undurchsichtig dar.

Ich verrate sicher kein Geheimnis, wenn ich feststelle, dass Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürger unter den Auswirkungen der Finanzmarktkrise ganz bitter leiden müssen. Ich erspare Ihnen dazu nähere Ausführungen.

Herr Finanzminister, Sie sprechen sehr gern davon, dass die öffentlichen Haushalte nicht nur ein Ausgabenproblem, sondern auch ein Einnahmenproblem haben. Da sind wir als Piratenfraktion im Großen und Ganzen auf Ihrer Seite. Sie müssen aber dann auch einmal ein glaubwürdiges und realistisches Konzept auf den Tisch legen, wie Sie die notwendigen Investitionen in die Zukunft unserer Bürger, in die Zukunft unserer Kinder und in die Zukunft unserer Infrastruktur finanzieren wollen.

(Beifall von den PIRATEN)

„Es ist einfach, darüber zu reden, wie man eine bessere Welt schafft, aber es ist schwieriger, das umzusetzen.“ – Mit Verlaub, Herr Präsident, ein Zitat von Noam Chomsky.

Haushaltsberatungen sind für die Landesregierung eine zentrale Möglichkeit, sich mit eigenen Initiativen politisch zu präsentieren und zu profilieren. Bienenfleißig hat die Landesregierung ein umfangreiches Zahlenwerk vorgelegt. Das soll hier auch durchaus gewürdigt werden.

Herr Finanzminister, der vorgelegte Haushaltsplan 2013 ist zwar etwas mehr als eine schlichte saldenmechanische Anstrengung, aber leider auch weniger als ein gelungener finanzpolitischer Wurf. Sie können keine systematischen Lösungswege für die Bewältigung der enormen Probleme in unserem schönen Land aufzeigen.

Ohne politische Ambitionen verwaltet die Landesregierung den Status quo. Für echte Reformen und die gewaltigen politischen Herausforderungen sehen Sie auf Sicht offensichtlich keinen finanziellen Handlungsspielraum. Ratlosigkeit und Hilflosigkeit greifen angesichts der im Grunde nicht mehr vorhandenen politischen Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene um sich.

Statt sich weiter zur Förderung von Sozialem und Kultur zu bekennen, kürzen Sie kleinmütig die Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände um 64 %. Mit solchen kurzfristigen Kürzungsmaßnahmen erschüttern Sie das Vertrauen der Bürger und der Zuwendungsempfänger von Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie, die, wie Sie alle wissen, eine hervorragende soziale Arbeit in unserem Lande leisten.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch der ohnehin schon kleine Kulturhaushalt wird geschröpft.

Es bestehen umfangreiche und zum Teil über Jahre aufgelaufene Investitionsbedarfe im öffentlichen Personennahverkehr und im Bereich zahlreicher Verkehrsinfrastrukturen. Wirft man einen Blick in den Einzelplan 09 – Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr –, so besteht ein wesentlicher Teil des dortigen Haushalts aus der Durchleitung von Bundesmitteln.

Es besteht dringender Bedarf in der Innovations- und Qualifizierungsförderung der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel im Rahmen der durch den Europäischen Strukturfonds bereitgestellten EFRE-Mittel. Nordrhein-Westfalen ist das Land des Mittelstandes. Sie kürzen stattdessen die landesseitigen Fördermittel um 9,8 Millionen €. Vielleicht haben Sie gedacht, dieser Tatbestand würde uns im Gedränge nicht so auffallen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ stellen Sie gerade einmal 27 Millionen € an komplementären Landesmitteln bereit. Das ist angesichts der strukturpolitischen Herausforderungen in NRW geradezu die Verkündung der öffentlichen Armut.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn wir den Staat, die Landesregierung und das Parlament, als aktiv handelnden Teil im Gesamtgefüge einer Wirtschafts- und Finanzpolitik verstehen wollen, müssen wir auch die mittelfristigen und nachhaltigen Wirkungen nicht nur der Ausgabenseite, sondern der Einnahmenseite in den Fokus nehmen. Die Länder müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet werden.

Herr Finanzminister Walter-Borjans, Sie sagten in der 8. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert angesichts dessen, was sie zu leisten haben, um Bildung und Wachstum, öffentliche Sicherheit, Nachhaltigkeit, Zusammenhalt und Chancenentfaltung für jede und jeden Einzelnen zu gewährleisten.“

Vollmundig haben Sie uns noch vor ein paar Wochen von den immensen Demografiegewinnen er-

zählt, die Sie zur Konsolidierung des Haushaltes einsetzen wollen. Mittlerweile haben Sie auf unseren Druck das Gutachten von PricewaterhouseCoopers veröffentlicht. Die utopische Zahl von 1,4 Milliarden € taucht in der Tat in diesem Dokument auf. In der Zusammenfassung am Ende heißt es aber – ich zitiere wieder mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

„Insgesamt können hier Einsparpotentiale aufgrund der demografischen Entwicklung von 620 Millionen € ausgewiesen werden. Dem stehen jedoch 196 Millionen € Mehrausgaben im Bereich der Vormundschaften, Pflugschaften und Betreuungen gegenüber.“

Also sind es nur noch 424 Millionen €. Die Kosten für den U3-Ausbau sind noch gar nicht hineingerechnet. – Weiterhin kann man dort lesen:

„Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die prognostizierten demografischen Konsolidierungspotentiale auch tatsächlich realisiert werden können und welche Konsequenzen dies für die Haushaltsplanung hätte.“

Der Deutsche Beamtenbund hält das in seiner Stellungnahme für nicht machbar. Stellenpläne über die Demografie zu steuern würde seiner Ansicht nach bedeuten, eine Personalpolitik fortzusetzen, die wie in der Vergangenheit bei pauschalen Stellenkürzungen das Gießkannenprinzip realisiert. Wie soll – laut Beamtenbund – zum Beispiel Personal aus demografischen Gründen abgebaut werden, das für den Straßenbau und die Pflege von Straßen zuständig ist, wenn gleichzeitig der Verkehr ständig zunimmt?

(Beifall von den PIRATEN)

Die Anzahl der Betriebe hat bisher von Jahr zu Jahr zugenommen. Das ist eine positive Entwicklung. Diese müssen jedoch steuerlich geprüft werden. Der Rückgang der Bevölkerung kann doch noch nicht zu einem Personalabbau in der Betriebsprüfung führen!

Gleiches gilt für den Bereich der Justiz. Die Anzahl der Verfahren steigt ständig. Beim Beratungsbedarf speziell älterer Mitbürger ist das ebenso der Fall. Hier sorgt die Demografie nicht für weniger Mittelbedarf, sondern für mehr Mittelbedarf im Personalhaushalt.

(Beifall von den PIRATEN)

Stattdessen bekräftigt der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen seine Forderung nach einer Politik der ehrlichen Aufgabenkritik. Das ist immer gut. Hierzu gehören bei jeder Gesetzesvorlage eindeutige Aussagen zur Arbeitsbelastung der betroffenen öffentlichen Dienste. Nur so kann der Landtag Personalentwicklung und -bedarfe – gleich welcher Richtung – präventiv erkennen.

Zur Umsetzung Ihrer Haushaltspolitik schweigt das Gutachten. Warum wohl? In diesem Zusammenhang muss ich an ein Zitat des US-amerikanischen Politikers Maurice Stans denken: „Das Aufstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.“ – Demnach können Sie mit diesem Haushalt noch nicht einmal richtig enttäuschen.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie geben leider nicht an, welche Aufgaben Sie mit Ihren Kürzungen zurückführen wollen. Tatsächlich aber haben Sie die globale Minderausgabe weiter erhöht, und zwar auf über 789 Millionen €. So wird verhindert, dass das Parlament und die Öffentlichkeit genau feststellen können, an welchen Stellen Sie weiter kürzen wollen. Herr Finanzminister, mit der Ausbringung einer globalen Minderausgabe von einer dreiviertel Milliarde Euro beschreiten Sie erneut einen reichlich intransparenten Weg, um Einsparungen im Haushalt 2013 vorzunehmen. Bei allem Respekt, das können wir als Piratenfraktion nicht gutheißen. Das ist mit unseren Transparenzgrundsätzen nicht vereinbar.

(Beifall von den PIRATEN)

In diversen Anhörungen von Sachverständigen und in den Ausschusssitzungen sind die Haushaltsprobleme des Landes explizit benannt worden, so zum Beispiel

1. die sich immer weiter erhöhenden Überstunden und der hohe Krankenstand bei Lehrkräften und Polizisten,
2. der Sanierungsstau PCB-belasteter öffentlicher Gebäude,
3. das strukturelle Defizit bei den Kommunen und
4. die soziale Schieflage beim Wohnen.

Aus einer Antwort der Landesregierung geht hervor, dass allein in den vergangenen acht Jahren bei der Polizei Mehrarbeit im Umfang von mehr als 1,4 Millionen Stunden geleistet wurde, die weder in Freizeit ausgeglichen noch vergütet wurden.

Gleichzeitig liegt laut des Gutachtens von PwC, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hat, die Aufklärungsquote von Gewalt- und Sexualverbrechen in Nordrhein-Westfalen um mehr als 10 % unter dem Durchschnitt der anderen Flächenländer Westdeutschlands.

Das zeigt, wie wichtig die Polizeiarbeit und wie hoch die Belastung der Polizei in unserem Land ist. Aufgrund der ständig hohen Belastungen können Überstunden nicht abgebaut werden. Immer mehr Polizeikräfte werden durch den Stress krank. Hier liegen Gefahren für diesen, vor allem aber auch für künftige Haushalte.

PCB ist ein schlimmes Thema in Deutschland und vor allem in Nordrhein-Westfalen. Trotz langer Be-

kanntheit des Problems liegen immer noch keine verlässlichen Zahlen und Fakten auf dem Tisch, wie viele von den infrage kommenden Gebäuden tatsächlich belastet sind. Egal ob Rot-Grün, Schwarz-Gelb, oder meinetwegen Lila-Blassblau, wie so oft fehlt einfach der Mut zum Handeln. Die Landesregierungen schieben das Thema vor sich her wie ein Schneemobil die Schneemassen bei plötzlichen Wintereinbrüchen. Nur leider werden die Schneemassen dadurch nicht kleiner, sondern der Berg wird immer größer, ebenso wie der Berg an Folgekosten, die auf das Gesundheitswesen zukommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Beratung im Fachausschuss muss dazu erneut geführt werden. Wir haben die Initiative ergriffen und fordern eine flächendeckende Überprüfung und Feststellung von PCB-belasteten öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Schulen und Kitagebäuden.

Ein weiteres Problem ist das strukturelle Defizit der Kommunen des Landes. Das Gutachten von Junkerheinrich und Lenk hat ergeben: Viele Kommunen in unserem Land leiden eben nicht nur an selbstverschuldeten Haushaltsproblemen. Vielmehr haben insbesondere Ruhrgebietsstädte strukturelle Haushaltsprobleme, die aus den schlechten Einkommensverhältnissen der Menschen in diesen Städten resultieren. Der Stärkungspakt bestraft nun die Menschen in diesen Kommunen zusätzlich. Die Kommunen müssen die Grundsteuer B erhöhen, die auf die Mieter umgelegt wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir stehen für eine Finanzierung der Kommunen, sodass nicht die Menschen in den reichen Kommunen geringe Steuern und die in den armen Kommunen hohe Steuern zahlen müssen. Regierungshandeln darf nicht zu solchen kommunalen Kollateralschäden führen.

(Beifall von den PIRATEN)

Da hilft es auch nicht, Herr Römer, dass Sie den Kommunen, denen Sie Geld aus dem Stärkungspakt versprochen haben, lediglich mehr Zeit geben wollen. Sie brauchen weiterhin stärkere finanzielle Unterstützung.

An dieser Stelle verweise ich auf unsere Forderung zum Haushalt 2012, die Verbundquote, also die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, zu erhöhen. Sämtliche Medienberichte nach der Verabschiedung des GFG zeigen eindeutig, dass die Landesregierung jetzt handeln muss. Nachzulesen ist dies explizit auch in der Studie von Ernst & Young. Darin wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die finanzielle Situation der NRW-Kommunen im bundesweiten Vergleich miserabel ist.

Die finanziellen Handlungsspielräume sind auch durch den hier im Land zu verantworteten Schuldenaufbau in den vergangenen Legislaturperioden

enger geworden. Das Suchen nach den Schuldigen ist nicht so der Bringer. Aus Sicht der Piratenfraktion geht es schlicht darum, wie man es langfristig besser machen und wie man vor allem systematisch und nachhaltig die Zukunft für die Menschen in unserem Land verbessern kann.

(Beifall von den PIRATEN)

Warum liegt der Bund bei einer Gesamtverschuldungsquote von etwa 80 % im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt? Aus Verschwendungssucht? Wer hat diese Schulden verursacht? Ist deren Höhe im Verhältnis zur jährlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich überhaupt vertretbar? Viele Politiker, die heute vehement und in der ersten Reihe den Abbau der Schulden fordern, haben in der Vergangenheit oft in Abstimmungen immer wieder für eine Kreditfinanzierung der Länder- und Bundeshaushalte gestimmt – auch hier in Nordrhein-Westfalen. Haben diese Politiker das leichtfertig und ohne triftigen Grund gemacht? Nein, sicher nicht. Aber gut gemeint ist nicht gut gemacht.

Bevor ich gleich zu den Schwerpunkten unserer Haushaltspolitik komme, möchte ich noch einige wichtige Aspekte unserer Politik insgesamt beleuchten:

Kreditklemme für kleine Unternehmen, Geldflut auf den Finanzmärkten, zweistellige Strafzinsen für Verbraucher bei Kontoüberziehung, astronomische Zinsen für Staatsanleihen, ständig neue Ratings für ganze Staaten – der normale Mensch und ebenso wir Politiker sind ohne Zweifel Getriebene der Märkte. Nie ist genug Zeit da, um zu verstehen und zu entscheiden. Nie ist genug Transparenz vorhanden, um Einblick zu bekommen. Verstehen benötigt nämlich Zeit, und das ist nicht gewollt. Die Finanzmärkte kennen keine Geduld; denn die kostet Geld. Es drohen Kursverluste. Intransparente Entscheidungszyklen und schnelles Handeln sichern Gewinn. Sogar jede Dopingkontrolle ist wirksamer als unsere Finanzregeln.

Wir als Piraten wollen die etablierten und in weiten Teilen gescheiterten Mechanismen der klassischen Entscheidungsträger im etablierten Wirtschaftssystem überwinden. Gerne greife ich auf die zentrale Kritik der sogenannten Freiburger Schule zurück, zu der ordoliberalen Ökonomen wie Müller-Armack, Eucken, Rüstow, Miksch und Röpke gehörten. Sie alle warnten vor einer freien, unkontrollierten marktwirtschaftlichen Ordnung.

In einem von Eucken im Jahre 1946 verfassten Gutachten, das erst 1999 veröffentlicht wurde, warnte er vor einer vermeintlich freien Marktwirtschaft. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

„Woran krankte die ‚Freie Wirtschaft‘?

Die sogenannte Freie Wirtschaft war eine vermachtete Wirtschaft. ... Die Bildung zahlreicher

Monopole, Teilmonopole und Oligopole war die Folge der Freien Wirtschaft. ...

Und als die Wirtschaft immer mehr von solchen Machtgebilden durchsetzt wurde, musste sie krisenanfällig und unstabil werden; Arbeitslosigkeit musste entstehen und soziale Kämpfe brachen aus.“

Auch Wilhelm Röpke schrieb 1958 im Hinblick auf eine freie marktwirtschaftliche Ordnung:

Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden. Mit anderen Worten, fuhr er fort: Die Marktwirtschaft ist nicht alles.

Ebenso stellte Alfred Müller-Armack, der geistige Vater der sozialen Marktwirtschaft, unmissverständlich klar:

„Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hat sich den Wirtschaftskrisen gegenüber nicht behaupten lassen. ... Die Fehler und Unterlassungen der liberalen Marktwirtschaft liegen so letztlich in der Enge der ökonomischen Weltanschauung beschlossen, die der Liberalismus vertrat.“

Ganz schlicht zusammengefasst ist die ökonomische Botschaft dieser Aussagen: Marktwirtschaft braucht ein übergeordnetes Regulativ. Dies kann aber nur ein aktiver und vor allem ein präventiv handelnder Staat sein. Müller-Armack sah dabei die Rolle des Staates in einem Ausgleich zwischen ökonomischem Wettbewerb und sozialen Ansprüchen.

Die Piratenfraktion ist mit ihrer kritischen Haltung also in ziemlich guter Gesellschaft. Wir halten nichts von den marktwirtschaftlichen Glücksphilosophen nach dem Motto: Der Markt ist gut, und der Staat ist schlecht. – Das ist uns schlicht zu eindimensional. Die Moral und Ethik der Märkte beginnt bei uns selbst und in unserem sozialen Handeln. Das ist die Position der Piratenfraktion in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

„I Have a Dream“, sagte einst Martin Luther King und führte dann aus, was er damit meinte: Hoffnung auf solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft ohne Diskriminierung nach Hautfarbe, Einkommen und Bildung – und natürlich religiöser Überzeugung.

Seit Wochen wird in der Presse der Umstand debattiert, dass das Wohnen in unseren Städten immer teurer und für einen wachsenden Teil der Bevölkerung zunehmend unbezahlbar ist. Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass einkommensschwache Familien, von denen es immer mehr gibt, mehr als 45 % ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufbringen müssen.

Das überfordert nicht nur die finanzielle Leistungsfähigkeit dieser Menschen, sondern ist auch Gift für eine sozial nachhaltige Stadtentwicklung. Segrega-

tion ist die Folge. Denn hohe und steigende Mieten führen zu fortschreitender Ghettoisierung, zu einem Auseinanderfallen der Stadtgesellschaft. Gerade für das städtische Nordrhein-Westfalen ist das eine echte Bedrohung, eine Bedrohung für uns als Solidargemeinschaft insgesamt. Schon jetzt fehlen Hunderttausende Wohnungen bundesweit, Zehntausende in Nordrhein-Westfalen, und der Fehlbestand wird angesichts unzureichender Neubauaktivitäten weiter wachsen.

Daraus ergibt sich aufgrund der vom Angebot nicht bedienten Nachfrage die evidente Gefahr einer weiteren Preisspirale zulasten all derjenigen, die zur Miete wohnen.

Der Haushalt trägt diesem doppelten Problem, dass es nicht genügend viele und nicht genügend bezahlbare Wohnungen gibt, nur unzureichend Rechnung. Das Wohngeld für einkommensschwache Haushalte verharrt bei 330 Millionen €; die Hälfte davon kommt vom Bund. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2010 bedeutet dies einen Rückgang um über 86 Millionen €, also um über 20 %. Vor dem Hintergrund der skizzierten dramatischen Situation ist das schlicht nicht nachvollziehbar.

Die Landesregierung ist über diese Entwicklung sehr gut informiert. Sie selbst erwartet in ihrem aktuellen Sozialbericht 2012 eine Verschlechterung der Chancen wohnberechtigter Haushalte auf eine Sozialmietwohnung. Angesichts des laufend zurückgehenden Bestands solcher Wohnungen und des faktisch nicht mehr stattfindenden Neubaus in diesem Bereich ist das keine besonders gewagte Aussage.

Doch was folgert man daraus? Außer frommen Aufrufen, die nichts kosten, und gegenseitigen Schuldzuweisungen nicht besonders viel. Seit 1990 ist dieser Bestand an Wohnraum mit Mietpreis- bzw. Belegungsbindung um über 50 % auf aktuell unter 600.000 Wohnungen zurückgegangen. Nur noch jede zwölfte Wohnung ist öffentlich gefördert.

Insgesamt werden so 800 Millionen € im Jahr 2013 für die Förderung des sozialen Wohnraums zur Verfügung gestellt, fürwahr eine gewaltige Summe. Allerdings sind es schon bei allgemeiner Betrachtung 50 Millionen weniger als im Haushaltsjahr 2012. Und immerhin 170 Millionen € sollen gar nicht für den Kernbereich der sozialen Wohnraumförderung ausgegeben werden, sondern für quartiersbezogene Maßnahmen und die Förderung studentischen Wohnraums. Das heißt, dass binnen Jahresfrist das Budget für die soziale Wohnraumförderung um 220 Millionen € gekürzt werden soll, also ein Minus von über einem Viertel.

Obwohl wir sehr wohl einsehen, dass studentisches Wohnen und stabile Quartiere unbedingt förderungswürdig sind und dafür auch Geld bereitzustellen ist, kann es doch nicht sein, dass dieses Geld gerade dort eingespart werden soll, wo es am dring-

lichsten gebraucht wird, nämlich bei der Förderung von Wohnraum für die Menschen, die sonst kaum eine Chance haben, sich am Markt adäquat mit Wohnraum zu versorgen.

(Beifall von den PIRATEN)

Natürlich wollen wir funktionierende Quartiere, natürlich wollen wir bezahlbaren studentischen Wohnraum. Beide Aspekte tragen zudem zur Stabilisierung städtischen Zusammenlebens bei, machen unsere Städte attraktiv. Aber wenn das Geld, das die Landesregierung dafür bereitstellt, bei denen weggenommen wird, die auf Unterstützung angewiesen sind, dann wird der Name „Soziale Wohnraumförderung“ geradezu auf den Kopf gestellt. Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware.

(Beifall von den PIRATEN)

Kommen wir nun in den Bereich der haushalterischen Teilchenphysik. Der Kulturetat ist das Elementarteilchen des Landeshaushalts. Dieses ist denkbar klein, gleichwohl hält es uns zusammen. Jedoch wollen einige dieses Bindeglied der Gesellschaft nur noch weiter schrumpfen, bis es so winzig ist, dass es selbst am CERN nicht mehr gefunden werden kann. Das ist jedenfalls unser Eindruck.

Lassen Sie bitte die Finger von der Kulturförderung!

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Lassen Sie die Finger von den Musikschulen, den Künstlern, die sich für das Landesprogramm „Kultur und Schule“ zu oft zu erbärmlichen Löhnen mit Herzblut engagieren! Lassen Sie bitte die Finger von den Museen, Opern und Theatern, den Archiven und Bibliotheken! Und geben Sie den Bereichen, in denen Neues oder Andersartiges entsteht, entsprechend Raum zur Entwicklung!

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Nur so können wir, vielleicht auch rückblickend, feststellen, dass es uns gar nicht so schlecht geht, Herr Körfges.

(Heiterkeit von Hans-Willi Körfges [SPD] und Martin Börschel [SPD])

Ich appelliere an alle hier, dieses hohe Gut der Kultur in die Zukunft mitzunehmen. Wir brauchen sie jetzt und werden sie in Zukunft noch viel, viel nötiger haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Leider ist Nordrhein-Westfalen, was nachhaltige Landwirtschaft betrifft, kein gutes Vorbild. Deutschlandweit belegen wir einen der hinteren Plätze in Sachen ökologische Landwirtschaft.

In unserem Bundesprogramm haben wir Piraten uns ganz deutlich zu einer nachhaltigen umwelt- und ressourcenschonenden Landwirtschaft bekannt. Die von uns geforderte Studie zum Medikamenteneinsatz in der industriellen Landwirtschaft ist

daher nur als kleiner Anfang zu sehen. Da es in diesem Punkt offensichtlich Missverständnisse gab, sage ich es noch einmal ganz klar und deutlich: Antibiotika sind da bei Weitem nicht das einzige Problem.

Dass es zu der großen Palette weiterer Medikamente in der Tieraufzucht keine Daten gibt, ist für uns ein untragbarer Zustand. Hier ist es unvermeidlich, dass die Landesregierung zu ihrem Wort steht und die hundert versprochenen Stellen in der Umweltüberwachung auch wirklich schafft. Wir werden Sie da in den nächsten Jahren kritisch begleiten und auch immer wieder nachhaken. Nur wenn die diesbezüglichen schwarzen Schafe wirklich auffliegen, können sich die Bürger unseres Landes darauf verlassen, dass sie sichere und gesunde Lebensmittel bekommen.

Allerdings kann es bei der Umweltüberwachung allein nicht bleiben. Was ist mit der Hygiene- und Lebensmittelkontrolle? Die jüngsten Geschehnisse mit kontaminierten Früchten aus China zeigen, dass wir hier mit unseren Bemühungen nicht nachlassen dürfen. Das eigentliche Ziel aber muss es sein, in Nordrhein-Westfalen den Weg weg von der industriellen Intensivtierhaltung hin zu einer ökologischen und damit auch ethisch vertretbaren Landwirtschaft zu schaffen.

(Beifall von den PIRATEN)

Verbunden mit einer umfassenden Verbraucherbildung und mündigen informierten Bürgern kann der schwierige Weg zu gesunder und vernünftiger Ernährung gelingen. Davon sind wir fest überzeugt.

Wir selbst wollen für 2013 folgende Schwerpunkte setzen: Bus und Bahn/ÖPNV, Bildung, Hochschulpolitik und freier Zugang zu Wissen, Kommunen und Open Government. Das erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Schließlich muss der Haushaltsplan erst noch beraten werden.

Mobilität ist nicht nur teuer, sie wird immer noch teurer – für sich gesehen und im Vergleich zu den sonstigen Kosten des Lebens. Das heißt, dass die Gefahr besteht, dass ein zunehmender Teil der Menschen in unserem Land von der Mobilität ausgeschlossen wird, schlicht weil sie es sich nicht mehr leisten können. Aber Mobilität in einer modernen Gesellschaft muss ein Grundrecht sein. Nicht mobil zu sein, bedeutet, schnell von den gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen zu sein.

Gesellschaftliche Aktivitäten sind mitnichten nur Freizeitunternehmungen. Ganz im Gegenteil sind Erwerbstätigkeit und Konsum zentral an Mobilität gebunden. Die Zahl der Pendler ist gerade im vernetzten Nordrhein-Westfalen besonders hoch. Es sieht auch nicht so aus, als ob sie absehbar sinken könnte. Das Gegenteil dürfte eher der Fall sein. Auch künftig ist ein großer und wachsender Teil der Menschen in diesem Land auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen.

Investitionen in diese Infrastruktur sind Investitionen auch in die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wer hier spart, spart falsch, weil er langfristig Kosten produziert, die mit Sicherheit weit höher liegen. Deshalb ist auch die Kürzung der Investitionsmittel im ÖPNV im novellierten ÖPNV-Gesetz von 150 Millionen auf 120 Millionen € falsch und kurzsichtig.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn aber CDU und FDP fordern, den Betrag bei 150 Millionen € zu belassen und dafür das Sozialticket, das genau mit dem Fehlbetrag im Haushalt steht, wieder abzuschaffen, dann ist das schlicht zynisch. Wir wollen beides: einen ticketlosen ÖPNV, der zudem zuverlässig und leistungsstark ist, wofür die bestandserhaltenden Investitionen eher noch erhöht werden müssten. Der ÖPNV muss das zentrale Rückgrat einer leistungsfähigen und zeitgemäßen Mobilität sein. Dafür ist Geld im Haushalt vorzusehen, auch wenn es schwerfällt, dieses Geld zu mobilisieren. Wir stehen zu der Aussage, dass ein zukunftsfähiges NRW ohne einen leistungsstarken ÖPNV nicht möglich ist.

Die Kosten des motorisierten Individualverkehrs hingegen werden nicht im Ansatz in den monetären Bilanzen abgebildet. Wenn Minister Groschek die Kosten eines ticketlosen ÖPNV mit 7,5 Milliarden € pro Jahr für die Bundesrepublik Deutschland annimmt und mit dieser überschlägigen Kalkulation ziemlich genau den Wert trifft, den wir selber kommunizieren, dann zeigt das, dass wir es zwar mit einem teuren, aber nicht unbezahlbaren Vorhaben zu tun haben.

Aber diese Zahl ist sowieso alt und muss dringend neu begründet werden. Daher haben wir schon im Haushalt 2012 einen Posten für die Beauftragung eines Gutachtens zur Finanzierung von Bussen und Bahnen in Nordrhein-Westfalen gefordert.

Zum Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung! An dieser Stelle möchte ich – anders, als das sonst üblich ist – von der Opposition aus die Regierung einmal loben. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die rot-grüne Koalition beabsichtigt, angesichts des doppelten Abiturjahrgangs die Ausgaben für die Hochschulen um 600 Millionen € gegenüber 2012 zu erhöhen. Natürlich darf aber nicht verschwiegen werden, dass dies zur Hälfte die Gelder für das Jahr 2014 sind. Verantwortungsvolle Politik sähe da auch ein wenig anders aus.

Der Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung beträgt erstmals mehr als 15 Milliarden €, eine beeindruckende Summe. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis wird wieder etwas günstiger. Es liegt zurzeit bei etwa 15,53. Wir erkennen dies an als einen Schritt in die richtige Richtung. Ob hier noch mehr zu tun ist, muss geprüft werden.

Allerdings ist mitnichten alles rosig. Auch im Bildungsbereich gibt es unangenehme Wahrheiten,

die gesagt werden müssen. Die Landesregierung verweist immer wieder auf sogenannte Demografiegewinne, also auf Minderkosten infolge der schrumpfenden Schülerschaft. Weniger Schüler brauchen weniger Lehrer. So weit, so gut.

Aber den Demografiegewinnen steht eine gewaltige demografische Hypothek entgegen. Die stärksten Jahrgänge in der Lehrerschaft erreichen das Pensionsalter. Schaut man sich die aktuelle Altersverteilung der Lehrkräfte an den verschiedenen Schulformen an, kann einem leicht schwindelig werden. In den nächsten fünf Jahren werden in manchen Schulformen mehr als 20 % der Lehrer in den wohlverdienten Ruhestand wechseln. Jetzt schon ist die Versorgung der Lehrer der öffentlichen Schulen sowie ihrer Hinterbliebenen mit über 4 Milliarden € das Kapitel im Haushalt mit den höchsten Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahr wird hier ein Plus von über 200 Millionen € veranschlagt. Während die Gesamtsumme für den Einzelplan um gerade einmal um 1,3 % steigt, werden bei den Versorgungsleistungen rund 5 % mehr eingeplant.

Wie will die Landesregierung mit dieser Demografiehypothek umgehen? Wie will sie dabei Gestaltungsspielräume für qualitative Verbesserungen in der Bildung erhalten? Wir meinen, in dieser Situation muss als Erstes das unselige Kooperationsverbot abgeschafft werden. Wir werden uns ja noch darüber unterhalten.

Im Haushaltsplan des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sehen wir aber auch Posten, bei denen mit zeitgemäßen Lösungen viel Geld gespart werden kann. Für Schulbücher wird pro Schüler mit 36 bis 78 € pro Schuljahr geplant. Bei rund 2,7 Millionen Schülern kommt da einiges zusammen. Die öffentliche Hand übernimmt zwei Drittel der Kosten. Mit Lernmitteln unter freien Lizenzen könnte man ein Gutteil dieser Ausgaben vermeiden. In anderen Ländern wie Polen und Kalifornien gibt es dazu bereits erfolgreich umgesetzte Projekte.

Auf unseren Antrag hin beschäftigt sich jetzt auch unser Landtag mit diesem zukunftsweisenden Thema. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen beim Einsatz freier Lernmaterialien eine Vorreiterrolle in Deutschland übernimmt.

(Beifall von den PIRATEN)

In anderen Bereichen sehen wir Einsparungen, die wir weder guthießen noch nachvollziehen können. Im Bereich der Schulentwicklungsprojekte etwa und der Medienberatung wird der Rotstift angesetzt. Es geht dabei um nicht einmal ein Promille des Landesetats. Doch gerade in diesem Bereich wäre das Geld sehr, sehr gut angelegt.

Hier kann mit vergleichsweise wenig monetärem Einsatz sehr viel erreicht werden. Denn die Kommunen allein werden nicht in der Lage sein, mehr Mittel dafür aufzubringen. So nähern wir uns der paradoxen Situation, dass zum Beispiel mit den Medi-

enportalen learn:line und EDMOND NRW eine vorbildliche und kosteneffiziente Infrastruktur für die Nutzung und Verbreitung didaktischer Medien aufgebaut wurde. Den Content allerdings gilt es auszubauen. Dabei dürfen wir die Kommunen nicht allein lassen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Aus Demografiegewinnen alleine werden die Herausforderungen im Bildungsbereich nicht bewältigt werden können. Die Landesregierung muss hier Antworten finden, wie mit der Demografiehypothek umgegangen werden kann. Das werden wir einfordern und sie gegebenenfalls dabei unterstützen.

Zeitgemäße Lösungen bergen auch Einsparpotenziale. Diese werden wir aufzeigen.

Schaut man sich die Finanzierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen an, so ist es erfreulich, dass erneut ein Rekordeinzelplan vorgelegt wird. Dass die Mittel aus dem Hochschulpakt II, die vorgezogen wurden, uns in den nächsten Jahren eventuell auf die Füße fallen werden, müssen wir in den Haushaltsberatungen sicherlich prüfen. Hier muss die Landesregierung auch berechtigte Kritik ertragen.

Dass allerdings der Bund in der Bildungsfinanzierung wieder ins sprichwörtliche Boot genommen werden muss, steht für uns fest. Sie haben ja auch morgen die Gelegenheit, die Forderung nach Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern zu bekräftigen. Wir finden, das sollte im Interesse aller Fraktionen sein.

Wer staatliche Bildungsangebote nicht gebührenfrei anbietet und Zugang zu Bildung immer noch vom sozialen Status abhängig sein lässt, der versündigt sich an ganzen Generationen.

(Beifall von den PIRATEN)

Bei aller Freude über die vielen Mittel, die an die hiesigen Hochschulen fließen: Wie die Mittel verausgabt werden, ist in großem Umfang unbekannt. Die Hochschulen haben auch gemäß aktueller Gesetzgebung keine Auskunftspflicht dem größten Finanzier gegenüber. Bei der Vorstellung der Eckpunkte zum neuen Hochschulgesetz hat sich Frau Wissenschaftsministerin Schulze für mehr Transparenz ausgesprochen. Das ist loblich, aber wir sind gespannt.

Was allerdings zu einer großen Intransparenz führt, sind die Globalhaushalte der Universitäten. Da wird ein Sack Geld an die Hochschule gebracht, und ab dann verliert sich die Spur hinter den Mauern derselben. – Das kann und darf nicht sein. Das hat nichts mehr mit modernem Management und verantwortlichem Regieren zu tun.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Land trägt die Verantwortung für die Hochschulen und muss zumindest verlässliche Rahmen für

sie setzen. Es fehlt gänzlich die Infragestellung der sogenannten leistungsorientierten Mittelvergabe aus der Grundfinanzierung heraus. Würden die Mittel von top zu 100 % Grundfinanzierung bereitgestellt, wäre der Wettbewerbslogik unter den Hochschulen immer noch Rechnung getragen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Die allgemeine Daseinsvorsorge ist eine zentrale Stelle der Haushaltspolitik des Landes, aber vor allem der Kommunen. Die Bürger leiden unter dem Sparzwang jener Kommunen, die nun am Stärkungspakt teilnehmen, um ihre Haushalte zu konsolidieren.

Aber was heißt „konsolidieren“? – Investitionen in die Zukunft abbauen? Grundsteuer B erhöhen und das Wohnen so teuer wie nie zuvor machen? Unseiner Sicht der Probleme beim Wohnraum wurde bereits differenziert ausgeführt.

Das Entgegenkommen von Minister Jäger in Bezug auf die Veröffentlichung von Bilanzdaten der Kommunen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bürger momentan keinen Überblick über die wirkliche finanzielle Lage der Kommunen erhalten geschweige denn durch Vergleiche feststellen kann, ob in der eigenen Kommune Geld verschwendet wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten wollen eine Lösung für die Kommunen, die wieder Handlungsspielraum zur Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung schafft. Alle Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände sprechen eine deutliche Sprache, aber noch viel einhelliger geht die Begründung der Forderung aus einem Gutachten hervor, das die Landesregierung selbst in Auftrag gegeben hat. Die Professoren Junkerheinrich und Lenk haben das sehr eindrucksvoll zu Papier gebracht. Da spielt es auch keine Rolle, wer welche Daten falsch geliefert oder eventuell falsch berechnet hat.

Die Verteilungskämpfe zwischen den Kommunen nähmen zudem ab. Damit würden wir dem im Ländervergleich höchsten Grad der Kommunalisierung Rechnung tragen und eine Konnexität gewährleisten, die es unseren Kommunen endlich wieder ermöglicht, ihr verfassungsmäßiges Recht auf kommunale Selbstverwaltung frei auszugestalten.

(Beifall von den PIRATEN)

Eine höhere Besteuerung derjenigen, die sich finanziell keine großen Sorgen machen müssen, ist nicht nur vertretbar, sondern auch aus Gerechtigkeitsgründen geboten. Für uns als Piratenfraktion geht es deshalb auch darum, die Ungleichheit in unserem Land aktiv zu bekämpfen. Das hätte vor allem steuerrechtliche Konsequenzen, denn über das Steuersystem wurde die Ungleichheit am größten verschärft.

Veränderungen müssen bei der Wiedereinführung der Vermögensteuer ansetzen, einer deutlich höheren Erbschaftsteuer, und natürlich muss endlich eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Konjunkturrell wären diese Veränderungen bei der Besteuerung in keinem Fall schädlich. Auch der Spitzensteuersatz sollte wieder etwas angehoben werden.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland ist, ganz generell gesprochen, nicht auf der Höhe der Zeit. Sie läuft den Krisenentwicklungen hoffnungslos hinterher. Die ethische Grundposition der deutschen Wirtschaftspolitik ist: Man muss hart zu den Menschen sein. Wirtschaftlich vernünftig ist, wer hart zu den Leuten ist.

Das ist eine Herangehensweise, die unserem, dem Piraten-Verständnis von Politik völlig zuwiderläuft. Wir sind ganz ausdrücklich dafür, dass man finanzpolitisch vernünftig agiert. Es geht nicht darum, dass der Staat möglichst viel Geld aus dem Fenster wirft. Wir wären im Gegenteil wesentlich härter, was Steuersenkungen anbelangt, als es die Wirtschaftspolitik der letzten zehn, 15 Jahre war. Wir sind auch gegen unspezifische Ausgabenprogramme.

Die Piratenfraktion ist vor allem dafür, dass die Wirtschaftspolitik endlich eines erkennt: Das Wirtschaftssystem ist aus sich heraus instabil. Es bedarf eines gemeinwohlorientierten politischen Gegenparts, um das System insgesamt stabil halten zu können. Wenn dieser Gegenpart nicht in hinreichender Stärke da ist, dann bleibt es bei den krisenhaften Entwicklungen, wie wir sie heute in Europa und in Nordrhein-Westfalen vorfinden.

Zur Vermögensteuer gab es letzte Woche eine Anhörung von Sachverständigen im Haushalts- und Finanzausschuss. Sie hat uns gezeigt, dass es entgegen der vorgefertigten Meinung mancher hier im Parlament vertretenen Parteien mit relativ geringem Aufwand möglich ist, sie zu erheben.

Herr Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, sagte: In Nordrhein-Westfalen wären zur Erhebung der Vermögensteuer 600 neue Finanzbeamte notwendig. – Das entspricht Ausgaben von weniger als 30 Millionen €. Dem stehen Einnahmen für Nordrhein-Westfalen in Höhe von 3 bis 4 Milliarden € gegenüber, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin errechnet hat. Damit betragen die Verwaltungskosten etwa 1 % des Steueraufkommens. Auch das DIW bestätigt diese Zahlen. Sie sind damit um Größenordnungen kleiner, als von der Industrie- und Handelskammer behauptet, die ohne Beleg von 40 % Verwaltungskosten ausgeht.

Nach Auskunft der Deutschen Steuer-Gewerkschaft in NRW können Mehreinnahmen für Stadt, Land und Bund in Milliardenhöhe erzielt werden, wenn entsprechende Stellen bei den Finanzämtern, insbesondere zu Betriebsprüfungen, geschaffen wür-

den. Leider ist es kurzfristig nicht möglich, entsprechende Experten einzustellen; sie müssen ja erst ausgebildet werden. Die Ausbildung dauert normalerweise Jahre.

Daher fordern wir, dass nicht zulasten der Zukunft an der Ausbildung neuer Finanzbeamter gespart wird, sondern sie im Gegenteil zur Sicherung der finanziellen Basis des Staates ausgebaut wird. Wir als Piraten stehen für den Rechtsstaat. Das bedeutet auch, dass Steuergesetze durchgesetzt werden.

Das durch die Piratenfraktion in Nordrhein-Westfalen geforderte Transparenzgesetz leistet einen entscheidenden Beitrag zur Bereitstellung und Nutzung von Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Unsere beiden Anträge „NRW braucht ein Transparenzgesetz!“ und „Gelebtes Open Government: Öffentliche Debatte zum Landeshaushalt!“ sind ein erster Schritt in Richtung einer umfassenden Strategie des Open Governments.

Die Piratenfraktion beabsichtigt, weitere Initiativen auf den Weg zu bringen, die zu einer Erneuerung der demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse führen sollen. Auf diesem Weg soll die repräsentative Demokratie durch systematische Verfahren der direkten Demokratie ergänzt werden. Dabei ist es unser Ziel, die Anwendung basisdemokratischer Prinzipien bei allen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen auf der lokalen und regionalen bzw. Landesebene in überschaubarer Form sicherzustellen.

Wenn Partizipation eine gesellschaftliche Wirkung entfalten soll, sind qualifiziertes Personal, Sachmittel und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung solch komplexer Verfahren und die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger macht nur Sinn, wenn eine wirkungsvolle Beteiligung prozessrelevant ist und an den zentralen Fragen der Haushaltspolitik ansetzt. Die Haushalte auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sind die wichtigsten Instrumente für die politischen Richtungsentscheidungen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Open-Government-Strategie führt zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft und erstreckt sich in ihren Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen auf alle Politikfelder, um auf diese Weise eine Verbesserung der öffentlichen Leistungen und der Lebensqualität zu erreichen. Gleichzeitig werden Lobbyismus und Korruption zurückgedrängt.

Es geht hier keineswegs nur um Informationsveranstaltungen oder konsultative Maßnahmen. Wir als Piratenfraktion stehen für mitbestimmende und eigenständige Bürgerbeteiligung. Die öffentlichen Finanzressourcen als zentraler Gestaltungsansatz stehen dabei im Mittelpunkt der Betrachtungen. Der Open-Government-Anspruch ist nur einlösbar durch eine ganzheitliche Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen, die die Verteilung, Aufbringung

und Verwendung der finanziellen Ressourcen betreffen.

(Beifall von den PIRATEN)

Gegenstand der Beteiligung sind zum Beispiel die Investitionspolitik, der öffentliche Nahverkehr, infrastrukturelle Maßnahmen sowie die inhaltliche Ausrichtung der Wohn-, Bildungs- und Umweltpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger sollen deshalb an der Erarbeitung, Entscheidung und Kontrolle der Haushalte in den Gemeinden, Städten und Landkreisen sowie auf Landesebene beteiligt werden.

Es soll schrittweise eine demokratische Einflussnahme ermöglicht werden, die sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmeseite der Haushaltspolitik einschließt. Das geht nicht von heute auf morgen; das ist uns klar.

(Beifall von den PIRATEN)

Auf unserer Homepage www.piratenfraktion-nrw.de kann ab sofort jeder Bürger direkt seine Fragen zu einzelnen Haushaltsposten stellen.

(Marc Herter [SPD]: Werden die auch beantwortet? – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Abwarten! Ich bin noch nicht fertig, Herr Körfges. – Wir werden diese Fragen sammeln und an die Landesregierung weitergeben.

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der SPD)

Ein ähnliches Angebot hat übrigens in Schleswig-Holstein dazu geführt, dass sich innerhalb von zwei Wochen mehrere Hundert Bürger bei den Piraten gemeldet haben. Das ist ein Anfang; aber immerhin! Das Interesse in der Bevölkerung scheint also da zu sein. Wir wollen hier wirklich Zeichen setzen und Bürgernähe nicht nur als Phrase in unsere Reden einbauen, sondern aktiv auf die Bevölkerung des Landes zugehen und sie anregen, sich am politischen Prozess aktiv zu beteiligen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun spricht für die Landesregierung die Ministerpräsidentin unseres Landes, Hannelore Kraft. Bitte schön.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten eine lange Debatte über die Einbringung des Haushalts 2013. Ich habe mir erlaubt, mir an einigen Stellen Notizen zu machen, um auf den einen oder anderen Punkt noch einmal eingehen zu können.

Ich würde gerne mit Ihnen beginnen, Herr Dr. Paul. Sie haben in vielen Teilen eine Analyse geliefert. Aus meiner ganz persönlichen Perspektive haben Sie an manchen Stellen auch die richtigen Fragen

gestellt. Sie haben Ihre Grundlage deutlich gemacht. Ich habe mir den Satz notiert: „Die Moral und Ethik der Märkte beginnt bei uns selbst ...“ Sie haben sozusagen einen Parcours-Ritt durch die einzelnen Haushaltspositionen unternommen.

Mich würde – insbesondere nach dem letzten Beitrag – einmal Ihr Selbstverständnis als Fraktion in diesem Landtag interessieren. Das meine ich ganz ernst. Ich finde es gut, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger dazu ermuntern, Fragen zu stellen. Mein Verständnis als Abgeordnete in diesem Landtag ist aber, dass ich zumindest einen Teil dieser Fragen auch selbst beantworten kann

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Sie wissen, dass wir das tun!)

und als Abgeordneter nicht nur Postbote spiele.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe schon in vielen Rollen hier am Rednerpult gestanden. Mein Verständnis als Abgeordnete war es auch immer, dass ich mit daran arbeite, eigene Ideen und Vorschläge zu entwickeln, dass ich also nicht nur Fragen stelle und nicht nur analysiere, sondern auch eigene Lösungsvorschläge einbringe. Davon gab es bei Ihnen in meinen Augen, ehrlich gesagt, ein bisschen zu wenig.

Was die von Ihnen vorgenommenen Analysen angeht, muss man auch noch einige Dinge geraderücken. Ich nehme nur ein paar Punkte heraus.

Sie haben auf der einen Seite das Verschuldungsproblem angesprochen und auf der anderen Seite gesagt, wir würden an vielen Stellen zu wenig Geld ausgeben.

Außerdem haben Sie zum Beispiel erklärt, bei PCB fehle der Landesregierung der Mut zum Handeln. – Ich habe nicht keinen Mut zum Handeln. Sie haben aber in diesem Zusammenhang zum einen über Schulen und Kitas geredet, und die sind in der Verantwortung der Kommunen – und wenn dort jemand gehandelt hat, dann war es diese Landesregierung, um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was andere öffentliche Gebäude angeht, fehlt an manchen Stellen schlicht und einfach das Geld. Es geht nur Schritt für Schritt. Auch wir können zugegebenermaßen nicht hexen.

(Zuruf von den PIRATEN: Wann fangen Sie an?)

– Wir haben schon mit den Konjunkturpaketen I und II angefangen. Auch dafür haben wir die Verantwortung getragen. Wir haben Gutes damit umgesetzt. Das darf man an dieser Stelle auch einmal erwähnen, damit es hier nicht immer verloren geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Dr. Paul, Sie haben zu dem sogenannten Demografie-Gutachten Stellung genommen. – Mein Verständnis ist, dass eine Landesregierung Gutachten in Auftrag gibt, um sich beraten zu lassen. Ich erwarte von Gutachtern nicht, dass sie uns unsere Politik aufschreiben. Das ist dann eine Frage der politischen Bewertung. Diese Aufgabe übernehmen wir.

An dieser Stelle sagen wir vor dem Hintergrund der Herausforderungen, vor denen wir stehen, und vor dem Hintergrund unserer Politik der Vorbeugung sehr deutlich, dass wir bis 2015 alle Stellen im Schulsystem belassen und die Demografierendite nicht aus dem System ziehen. Das ist eine glasklare Politik der Prioritätensetzung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eine eindeutige Prioritätensetzung kann ich bei Ihnen übrigens nicht erkennen. Ich warte auf die Vorschläge, die zu diesem Haushaltsentwurf aus Ihrer Fraktion kommen werden. Darauf bin ich sehr gespannt.

Sie haben dann – das haben die anderen Kollegen auch getan – zum Thema „globale Minderausgaben/globale Mehreinnahmen“ Stellung bezogen. Dabei handelt es sich um ein Instrument, das die Bundesregierung nutzt und das alle Regierungen vor uns benutzt haben. Es ist kein wirklich neues Instrument.

Weil immer der Eindruck entsteht, eine globale Minderausgabe sei dann einfach weg, sage ich dazu: Natürlich wird die globale Minderausgabe in den Einzelplänen umgesetzt und konkretisiert. Das ist ein sinnvoller Schritt. Wir werden Ihnen nicht die Antwort schuldig bleiben, an welchen Stellen wir kürzen.

Ich wäre diesem Parlament aber sehr verbunden, wenn man nicht nur gegen jede noch so kleine Kürzung – ob im Kulturbereich, bei den Straßen, wo auch immer –, aufbegehren, sondern auch einmal sagen würde, woher denn das Geld kommen soll, um das alles zu finanzieren. Das wäre einmal eine sinnvolle Ansage.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das werden Sie sehen!)

Damit bin ich bei Herrn Laumann. Herr Laumann, zur Schuldenbremse hat der Finanzminister das gesagt, was erforderlich ist. Sie versuchen immer wieder, den Eindruck zu erwecken, wir wollten die Schuldenbremse nicht einhalten. – Das ist falsch. Unsere mittelfristige Finanzplanung weist auch eindeutig den Weg.

Das hindert uns aber nicht daran, auch weiterhin vehement darauf zu bestehen, dass eine gute Finanzpolitik für die Zukunft unserer Kinder aus einem Dreiklang bestehen muss, nämlich nicht nur einzusparen, sondern auch in Vorbeugung, Kinder und

Kommunen zu investieren – das ist eine gute Politik – sowie die Einnahmen zu erhöhen. Das ist der Dreiklang, den wir brauchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laumann, meine herzliche Bitte an Sie ist, doch die Trickerei sein zu lassen. Wenn Sie hier wie am Anfang Ihres Vortrags Zahlenreihen aufbauen, dann bleiben Sie bitte entweder bei den Planzahlen, oder nehmen Sie die Ist-Zahlen. Aber eine Mischung von Plan- und Ist-Zahlen ist unseriös. Wir haben es hier im Hause nicht nötig, uns mit unseriösen Zahlen zu beschäftigen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Werter Kollege Laumann, Sie haben auf das verwiesen, was die anderen Bundesländer tun. Auch der Kollege Lindner hat das getan. – Ich muss das ein bisschen ins rechte Licht rücken: Nordrhein-Westfalen hat in den Jahren 2011 und 2012 folgende Pro-Kopf-Ausgaben getätigt: 3.139 € beziehungsweise 3.287 € pro Einwohner. Damit geben wir weniger Geld aus als der Durchschnitt aller Länder.

Jetzt könnten Sie mit allem Recht fragen, mit wem wir uns vergleichen. – Deswegen liefere ich Ihnen auch noch die Tatsache nach, dass das weniger als der Durchschnitt in den westlichen Flächenländern ist. Das bedeutet: So katastrophal kann unsere Finanzpolitik doch gar nicht sein, wenn wir uns in diesem Konzert mit anderen vergleichen. Wir haben ja auch sehr viel mehr Bürgerinnen und Bürger als manch anderes Land. Deshalb muss man sich seriöserweise auf die die Pro-Kopf-Verschuldung und die Pro-Kopf-Ausgaben beziehen. Das gehört zur Seriosität einer solchen Debatte dazu, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Dazu gehört auch, dass man sich anschaut, wie die entsprechenden Kerndaten lauten: In unserer Landesverwaltung sind mit nur 16,08 Stellen pro 1.000 Einwohner prozentual weniger Menschen beschäftigt als in allen westlichen Flächenländern. Unsere Neuverschuldung pro Kopf war 2011 niedriger als die in Bremen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Berlin, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Hessen und niedriger als die des Bundes.

2012 sind wir besser als Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Schleswig-Holstein, Berlin und Bremen gewesen. 2013 sind wir besser als Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Bremen.

Da es sich dabei um Zahlen handelt, die man durch den Raum wirft, machen wir es noch in bisschen konkreter: Ich bin vor einigen Wochen auf eine dpa-Meldung aufmerksam geworden, in der stand, dass Sachsen-Anhalt Anfang November angekündigt hat,

in den nächsten Jahren jede fünfte Stelle einsparen zu wollen. – Sie fordern ja personelle Maßnahmen.

Von jetzt 50.000 Stellen sollen nur noch 40.000 Stellen übrig bleiben, um so eine Quote von 18 Stellen pro 1.000 Einwohner zu erreichen. In Sachsen-Anhalt geht es um einen Prozess, der über mehrere Jahre läuft und bei dem am Ende das Ergebnis von 18 Stellen pro 1.000 Einwohner stehen wird. Wir sind heute mit 16,08 schon besser. Das ist gelebte Realität in Deutschland, werter Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Dann haben Sie noch erwähnt, wir wären mit unserer Politik für Kinder unglaublich, dass wir kein Kind mehr zurücklassen wollen.

(Lebhafter Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Bitte? Herr Kollege Laumann, Sie haben gleich noch einmal die Gelegenheit.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie können doch nicht Länder, die keine Landschaftsverbände haben, mit Ländern vergleichen, die Landschaftsverbände haben!)

– Entschuldigung, aber Sachsen-Anhalt hat auch nicht die Größe, dass man dort eine Zwischenebene bräuchte. Bei Nordrhein-Westfalen ist das sehr wohl so. Eigentlich müssten wir dann teurer sein, werter Herr Kollege. Das, was Sie hier einwerfen, entbehrt jeder Logik. Ein großes Flächenland braucht Zwischeninstitutionen, die ein kleineres Land nun wahrlich nicht braucht.

(Lebhafter Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Sie können ja gleich noch einmal reingehen.

Wir sind beim Thema „Kinder“! Herr Kollege Laumann, Sie haben Ihre Auffassung deutlich gemacht, unsere Politik sei in diesem Feld nicht glaubwürdig. – Sie kennen die Zahlen: Wir haben mehr als 1 Milliarde € in Vorbeugung investiert, als wir 2010 ins Amt gekommen sind. Wir finanzieren das durch.

Ich habe gerade darauf hingewiesen: Wir haben klare Beschlüsse, dass wir die Demografiegewinne bei der Schule im System lassen. Dazu stehen wir. Ich mache den Rücken gegen alle Kritik, die von Ihnen kommt, breit, damit diese Stellen im System verbleiben, weil wir Qualität brauchen und Inklusion und vieles andere mehr umsetzen müssen.

Sie führen die U3-Betreuung an. – Lieber Herr Kollege Laumann, meine Oma hat immer gesagt: Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Deswegen sollten Sie gar nichts sagen!)

Weil auf der Tribüne und im Netz immer wieder auch andere zuschauen, die das nicht jedes Mal verfolgen: 2007 gab es den sogenannten Krippengipfel, auf dem sich Bund, Länder und Kommunen darauf geeinigt haben, den Kita-Ausbau voranzubringen. Nordrhein-Westfalen hat damals unter der CDU/FDP-Regierung Rüttgers kein eigenes Programm aufgelegt, sondern lediglich das Bundesgeld durchgeleitet. Das ist der Grund, warum wir in der U3-Betreuung so stark hinterherhinken.

Es kommt noch etwas hinzu: Sie haben darüber hinaus keinerlei Absicherung in Sachen „Konnexität“ und den anstehenden Klagen der Kommunen vorgesehen. Wir mussten das hinterher drauflegen! Wir haben uns in diesen Positionen ehrlich gemacht! Das ist die Wahrheit der Politik Ihrer Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn nicht schon das ein Grund wäre, dieses Thema in einer solchen Generaldebatte besser auszuklammern, so gilt das zumindest für das Thema „Betreuungsgeld“. Ab 2015 geht es um 1,2 Milliarden €. In Nordrhein-Westfalen könnten wir damit für das, was Sie in Berlin an Schwachsinn auf den Weg gebracht haben, 27.000 Plätze finanzieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Beim Thema „Betreuungsgeld“ habe ich ganz laut aufgelacht, als uns die Kollegen von der FDP erklärt haben, wie sie dort für den Bundeshaushalt gespart haben. Die Argumentationskette war wie folgt: Wir haben dafür gesorgt, dass das Betreuungsgeld erst ein paar Monate später kommt. Dieses Geld haben wir eingespart!

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

So spart diese Landesregierung in diesem Land nicht, meine Damen und Herren von der FDP. So sparen wir nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laumann, Sie von der CDU haben gesagt, es kämen dieses Mal – entgegen allen Erfahrungen – konkrete Einsparvorschläge. Meine Kollegin Sylvia Löhrmann und ich haben kurz resümiert: Sie haben von fünf Vorschlägen gesprochen. Wir kommen auf vier:

Erstens wollen Sie die Studiengebühren wieder einführen. – Im Wahlkampf haben Sie sich noch anders positioniert. Die Wende von der Wende kennen wir schon von der Energiewende.

Das Zweite ist das kostenfreie Kita-Jahr. Dafür werden Ihnen die Eltern ein Dankeschön sagen.

Das Dritte sind Förderprogramme und das Vierte ist das Personal.

Ich sage Ihnen jetzt schon voraus: Sie werden in beiden Bereichen auch dieses Mal wieder nicht konkret angeben, wo und wie Sie sparen würden. Das ist eine unredliche Oppositionspolitik, die Sie hier betreiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und wirklich offen blieb – wir haben ein bisschen hin und her überlegt – der fünfte Punkt. Auf den sind wir noch nicht gekommen.

(Christian Lindner [FDP]: Sozianticket!)

Also ist in dem Prozess durchaus noch ein bisschen Spannung drin.

Insgesamt bezogen sich die Debattenbeiträge weniger auf den Haushalt Nordrhein-Westfalen. Vielmehr ging es bei Herrn Laumann und auch bei Herrn Lindner relativ schnell um Bundespolitik.

(Christian Lindner [FDP]: Das stimmt nicht!)

– Doch, Sie haben über den Bundesrat gesprochen. Ich nehme gleich Stellung dazu. Keine Bange!

Herr Laumann hat einen relativ langen Exkurs in die Bundespolitik gemacht. Ich glaube, Nordrhein-Westfalen bietet beim Haushalt zu wenige Angriffsflächen.

Dann hat er direkt die Frage gestellt: Was ist eine gerechte Steuerpolitik? – Sie versuchen, dazu die nächste Kampagne zu starten, nachdem wir für Sie schon diejenigen sind, die den Müttern die Kinder abnehmen wollen, um sie zwangsweise in die Kita zu stecken, und diejenigen, die die Schuldenbremse nicht einhalten wollen; Sie malen immer Bilder, die mit der Realität gar nichts zu tun haben.

Nun kommt Ihre neue Nummer: Sie behaupten, wir würden Angestellte und Arbeitnehmer – insbesondere Facharbeiter – schröpfen, und stellen in der von Ihnen angezettelten steuerpolitischen Diskussion dann die Frage: Wo fängt Reichtum an?

(Zuruf von der CDU: Bei Steinbrück!)

Daraufhin habe ich Kollegin Löhrmann angeguckt und gesagt: Ich gehöre dazu. Herr Laumann gehört dazu. Aber mit Sicherheit gehört auch Herr Hege- mann dazu.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Rainer Deppe [CDU]: Herr Steinbrück!)

Zur Abkürzung der Debatte empfehle ich einen Blick auf unsere Beschlüsse, die wir, das heißt jeweils Rot und Grün, auf Bundesebene gefällt haben. Wir sagen klar, dass und ab wann und in welcher Größenordnung wir den Spitzensteuersatz erhöhen würden.

Wir sagen auch glasklar – Herr Lindner, Sie bringen immer diesen Punkt –, dass wir eine Vermögenssteuer wollen; das haben wir auch schon im Landtagswahlkampf deutlich gemacht. Wir sagen in un-

seren Beschlüssen allerdings auch sehr genau, dass wir das nicht in Form der Substanzbesteuerung von kleinen und mittleren Unternehmen machen werden, weil ...

(Christian Lindner [FDP]: Aber wie Sie das machen, das sagen Sie nicht!)

– Das werden wir. Das bereiten wir vor. Wir werden die Konzepte vorstellen. Es gibt verschiedene Varianten, die wir im Augenblick im Kreise ...

(Christian Lindner [FDP]: Wir sind da sehr gespannt!)

– Na ja, im Moment können wir das noch nicht umsetzen. Als Bundesregierung werden wir das schnellstmöglich umsetzen. Sie lassen das unter den Tisch fallen, obwohl das Einnahmen für den Landesetat wären, die wir gut gebrauchen könnten, werter Herr Kollege Lindner! Die könnten wir wirklich gut gebrauchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich war bei Herrn Laumann stecken geblieben. Er ging noch auf die Rente ein und kam mit der Schreckenszahl; das würde 70 Milliarden € kosten. – Das ist alles Unsinn.

Aber, Herr Kollege Laumann, ich muss, zumal Sie der Sprecher der Sozialen sind, die es in der CDU auch noch gibt, deutlich sagen: Wir sind immerhin die einzige Partei, die ein komplettes Rentenkonzept durchgerechnet auf den Tisch gelegt hat. Sie hingegen machen eine angebliche Lebensleistungsrente, die 10 € mehr bringt als die Grundsicherung.

Das ist keine gute Politik gegen Altersarmut in diesem Land! Das ist Augenwischerei, was Sie beim Thema „Rente“ betreiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der nächste Punkt, den Sie aufgegriffen haben, betrifft die Frage des Industriestandorts. Da bin ich in vielen Teilen bei Ihnen. Bei Opel allerdings ein Fass in Richtung „Jetzt hat Bochum gegenüber Rüsselsheim, Kaiserslautern und Eisenach verloren“ aufzumachen, ist unredlich. Wir haben es immer so gehalten, dass wir eng beieinander blieben, was die Opel-Standorte anbelangte, und dass wir es auch nicht zuließen, dass die einzelnen Standorte aufgrund von Fördermaßnahmen gegeneinander ausgespielt wurden. Insofern ist es unredlich, in dieser Debatte einen solchen Punkt zu bringen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ganz verstiegen haben Sie sich – Sie versuchen, sich so auf den Bundestagswahlkampf vorzubereiten, und man merkt, wie viel Angst Sie vor Peer Steinbrück haben – mit Ihrer

(Lachen von der CDU)

– ja, ja – Einlassung zu ThyssenKrupp. – Man könnte an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt eine

Menge zu ThyssenKrupp sagen – übrigens auch in Richtung FDP, die immer verlaublich, die Wirtschaft mache alles besser und der Staat könne alles nur sehr viel schlechter regeln. Das lasse ich jetzt aber beiseite. Sie ziehen eine Verbindung zwischen den Milliardenverlusten von ThyssenKrupp und der Tatsache, dass Peer Steinbrück im Aufsichtsrat von ThyssenKrupp sitzt. Dabei wissen Sie doch ganz genau, Herr Laumann, – dafür sind Sie lange genug im Geschäft –, dass

(Zuruf von der CDU)

– lassen Sie mich doch einmal ausreden – solche Investitionsentscheidungen vor vielen Jahren getroffen wurden. Sie wissen auch ganz genau, dass sich Ihr ehemaliger Ministerpräsident – er wurde dabei von vielen Fotografen und Journalisten begleitet – den Stahlwerksbau von ThyssenKrupp Steel in Brasilien angesehen und bejubelt hat, wie Sie so schön gesagt haben. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Einig sind wir uns aber, was die Risiken, aber auch die Chancen für den Industriestandort angeht. Insofern möchte ich das, was der Kollege Römer gesagt hat, unterschreiben: Wenn wir über Klimaschutz sprechen, reden wir nicht nur über Risiken und über Bedrohungen, werter Kollege Lindner, sondern auch über riesige Chancen gerade für den Standort Nordrhein-Westfalen. Wir werden diese Chancen nutzen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

17.000 neue industrielle Arbeitsplätze im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen sprechen eine deutliche Sprache, und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich gibt es aber auch Risiken. Natürlich machen wir uns Sorgen, und eine der größten Bedrohungen für die Zukunft dieses Standortes ist der zu verzeichnende Investitionsattentismus. Das ist so. Dann müssen wir aber auch einmal auf die Ursachen schauen. Wer einen Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg generiert, kein Management rechtzeitig in Gang setzt und glaubt, mit der Verabschiedung von Gesetzen sei die Energiewende vollzogen, der sorgt dafür, dass Unternehmen keine Planungssicherheit haben und der Standort gefährdet wird. Das ist die Politik der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP in Berlin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie – das ist jetzt ganz aktuell – den Industriestandort Nordrhein-Westfalen in eine sichere Zukunft führen wollen, dann kann ich Ihnen nur raten, für die nächsten Sitzungen Ihrer Gremien in Berlin ein Thema mitzunehmen, das eine große Bedrohung ist: Gerade läuft in Brüssel der Generalangriff auf das EEG mit dem Argument „Beihilfen“. Gelingt

dieser Angriff, werden unsere energieintensiven Unternehmen die Befreiung vom EEG verlieren, und was das für die Wettbewerbsfähigkeit am Standort und auch für die sich daran anschließenden Wertschöpfungsketten bedeutet, kann ich Ihnen gerne noch einmal im Detail erläutern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass es nicht zu diesem Wahnsinn kommt, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Immer die anderen!)

Der Kollege Lindner hat zum wiederholten Male versucht ...

(Zuruf von der CDU: Immer die anderen!)

Kollege Lindner ...

– Entschuldigung, aber bei Herrn Almunia ist die Bundesregierung am Zuge. Ich war dort. Ich habe die Gespräche mit ihm geführt.

(Christian Lindner [FDP]: Ich habe keinen Zwischenruf gemacht!)

– Da kam gerade ein Zwischenruf.

(Christian Lindner [FDP]: Aber nicht von mir!)

– Ich habe nicht mit Ihnen geredet. Vielleicht schiele ich, aber ich habe den Kollegen angesprochen, der den Zwischenruf getätigt hat.

Aber bleiben wir beim Thema „Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr“. Kollege Lindner hat zum wiederholten Male versucht, den Spaltpilz zwischen Wirtschaft und Umwelt und womöglich noch Verkehr in der Landesregierung zu setzen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Ich möchte gern etwas aufgreifen, weil das vielleicht im Protokoll auftaucht. Ich fand Ihren Zwischenruf wirklich bemerkenswert, als Sie der Kollege Priggen darauf aufmerksam gemacht hatte, worauf Sie dann gesagt haben, der Duin sei ja auch harmloser als der Rösler. Ich meine, das spricht auch Bände über die FDP.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Das wollte ich nur zum Besten geben.

Bei der Infrastruktur haben Sie sich, Herr Lindner, darüber gefreut, dass wir 96 Millionen € mehr bekommen. Ja, aber ehrlich gesagt hat das mit dem Königsteiner Schlüssel – das ist der Wert, mit dem wir sonst solche Mittel in Deutschland verteilen – aber auch gar nichts zu tun. Das heißt, wir sind wieder einmal unterproportional beteiligt.

Entschuldigen Sie, dass ich dazu wieder die Bundesregierung bemühe. Aber sie gibt gerade das Geld und verteilt es. Ich würde mich freuen, wenn Sie einmal Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin die Frage stellten, warum das jedes Mal so ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Frage können Sie doch einmal in den Gremiensitzungen zum Besten geben.

Dann stellen Sie die Kürzungen im Straßenbau gegen die 30 Millionen € für das Sozialticket. Dass für Sie das Sozialticket politisch eine Maßnahme ist, die Sie für wenig sinnvoll halten, das ist bekannt. Aber dass Sie sich dann gleichzeitig in eine Position begeben, bei der Sie sagen, bei der Inklusion gehe es nicht sozial genug zu, das passt nicht zusammen. Die Aussage, wir ließen die Kommunen beim Thema „Inklusion“ allein,

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

ist an sich schon eine merkwürdige Wahrnehmung, wenn man einmal überlegt, wer denn die UN-Konvention unterschrieben hat. Das war die Bundesrepublik Deutschland. Damit ist es eine gemeinsame Aufgabe aller, die in diesem Staat Verantwortung tragen. Wir werden unsere Verantwortung wahrnehmen.

Wir haben alles getan, um die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, nachdem Sie ihnen 3 Milliarden € in den Jahren von 2005 bis 2010 abgenommen haben, wieder handlungsfähig zu machen. Uns jetzt aber so hinzustellen, als wären wir die bösen Buben, die die armen Kommunen bei der Inklusion alleine ließen, das passt nicht zusammen, Herr Kollege Lindner.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Kollege Jäger wird bei der Behandlung des GFG auf den Stärkungspakt eingehen. Ich sage an dieser Stelle nur: Es handelt sich nicht um einen Rechenfehler des Innenministeriums,

(Zuruf von der CDU: Immer die anderen!)

sondern wir haben das Problem, dass die Kommunen offensichtlich nur schwer in der Lage sind, gesicherte Daten zu liefern und diese dann sozusagen testiert und mit einiger Wahrscheinlichkeit versehen dem Innenministerium mitzuteilen. Das hat sehr lange gedauert, und es hat viele Korrekturen gegeben. Niemand bedauert das mehr als wir. Aber das Gesamtkonstrukt des Stärkungspaktes lassen wir uns darüber nicht diffamieren. 5,3 Milliarden € in den nächsten Jahren – das ist die Antwort dieser Landesregierung auf das, was Sie an den Kommunen in der Vergangenheit verbrochen haben. Dabei bleibe ich!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann waren auch Sie bei der Bundespolitik und beim Bundesrat und der kalten Progression. Der Finanzminister muss gleich in den Vermittlungsausschuss, wo zum Jahresende noch wichtige Themen anstehen. In der Tat geht es um die Frage, die die Bundesregierung mit der kalten Progression aufgeworfen hat.

Vorweg: Die SPD-Länder und auch die Länder mit grüner Regierungsbeteiligung werden den Grund-

freibetrag anheben. Alles andere halte ich moralisch auch nicht für vertretbar. Das habe ich auch in allen Kreisen immer deutlich gemacht. Wir haben auch nie darüber nachgedacht, das mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes oder sonstigen steuerlichen Maßnahmen zu koppeln. Das war nie unsere Position. Dazu läuft gerade auch eine Legendenbildung, die ich schon interessant finde.

Aber dass wir uns dagegen wehren – auch vor dem Hintergrund des Haushaltes, den wir heute vorgelegt haben –, dass uns über Maßnahmen des Bundes dauernd die Einnahmehasis zerschossen wird, dafür bitte ich einfach um Verständnis. Wir machen keine Blockadepolitik im Bundesrat um der Blockade willen, aber wir können nicht über eine Planung auf gesicherter Grundlage eine Null-Schuldengrenze erreichen, wenn wir dauernd Hunderte von Millionen an Einnahmen weniger zu verbuchen hätten. Das funktioniert nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bevor Sie sich scheinbar auf die Seite der sogenannten kleinen Leute stellen – die müssen dabei immer vorsichtig sein, aber diese Erfahrung haben sie mit der FDP schon gemacht –, sage ich Ihnen, dass man an diesen Punkten genau hinschauen muss. Wer den Grundfreibetrag anhebt, der sorgt dafür, dass alle, die darüber liegen, davon profitieren. Dadurch wird eine enorme Erleichterung ausgebracht. Ich wäre vielleicht gerne bei Ihnen, die Kurve abzufachen, damit jemand, der eine Einkommenserhöhung bekommt, mehr davon hat. Aber Sie können sich hier nicht hinstellen und sagen, wir müssten Schulden abbauen, aber gleichzeitig in Berlin dafür sorgen, dass unsere Einnahmen wegbrechen. Das funktioniert nicht, und das ist keine vernünftige Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern genau, was wir wollen. Wir sagen auch, warum wir es wollen. Inzwischen haben ja längst viele begriffen, dass sie, wenn es Steuergeschenke von der FDP und von anderen gibt, an anderer Stelle dann umso mehr bezahlen müssen. Wenn nämlich finanzielle Basis bei den Ländern wegbricht und damit dann auch in den Kommunen, dann müssen die wieder ihre Gebühren erhöhen, dann fallen wieder Leistungen weg. Ich bleibe bei dem Kernsatz: Ein Staat, der nicht handlungsfähig ist, den können sich nur die Reichen leisten. Das haben alle anderen inzwischen auch begriffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zur Vermögensteuer und wie wir damit umgehen werden habe ich schon etwas gesagt.

Ein Wort noch zu Frankreich: Ich empfehle, doch einmal dort hinzufahren und sich auch die Zahlen der letzten Jahre anzuschauen. Ob Francois Hollandes Politik gelingt oder nicht, kann ich im Mo-

ment noch nicht beurteilen. Er hat gerade die ersten Maßnahmen auf den Weg gebracht. Eines kann ich Ihnen aber sagen: Die Situation, wie sie dort zurzeit besteht, hat sicher die Vorgängerregierung verursacht.

(Zuruf von der CDU: Ja, immer die anderen!)

Schönen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin Kraft. – Für die Oppositionsfraktion der CDU hat nun Herr Dr. Optendrenk das Wort. Bitte schön.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei der Rede der Ministerpräsidentin stellt man sich die Frage, warum sie so geredet hat. Die Antwort lautet: Sie hat ihren Fraktionsvorsitzenden gehört und hielt es für erforderlich, die Position der SPD darzustellen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Bei dem, was Herr Römer am Anfang seiner Rede erzählt hat – das ist nun auch schon zweieinhalb Stunden her –, habe ich gedacht: Am Rednerpult muss ein Plattenspieler aufgestellt sein. Es war nämlich die alte Schallplatte zu hören, die schon vor Jahrzehnten im Landtag tönte,

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

die Opposition habe wieder keine Sparvorschläge vorgelegt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Herr Römer, Sie haben die falsche Platte aufgelegt.

(Beifall von der CDU)

Heute hat Ihr Finanzminister einen Haushaltsentwurf eingebracht, den wir bis März beraten werden. Gehen Sie davon aus, dass wir Vorschläge machen werden, wie es besser geht, als Sie es verteidigt haben.

(Beifall von der CDU)

Herr Römer, dieses Beratungsverfahren hat schon seinen guten Zweck: Ein Parlament sollte sich mit einem Entwurf ernsthaft befassen. Der Minister hat auch einen Anspruch darauf, dass wir uns ernsthaft damit befassen und nicht direkt in der Erwidern, ohne dass wir groß darüber nachdenken konnten,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Darüber haben Sie noch nie nachgedacht! Das ist für Sie alles ganz neu!)

herumsalbadern, wie das andere hier manchmal tun.

Frau Ministerpräsidentin, ich muss schon sagen: Ich fand Ihre Prokopffzahlvergleiche sehr interessant. Wenn man sich nämlich die Unterschiede anschaut, stellt man fest, dass wir in Deutschland kein Bundesland haben, das einen höheren Kommunalisierungsgrad hat als Nordrhein-Westfalen. Dass andere Länder in ihren Institutionen auf Landesebene möglicherweise höhere Prokopffaufwendungen beim Personal haben, verwundert nicht, denn wir haben es gerade kommunalisiert. Deshalb haben wir weniger Personal. Äpfel mit Birnen zu vergleichen, ist an dieser Stelle wenig hilfreich.

(Beifall von der CDU)

Es wäre sehr traurig, wenn wir immer nur an Prokopffzahlen festmachen könnten, dass wir das größte Bundesland sind, wenn es die ökonomischen Skaleneffekte gar nicht gäbe. Ich habe einmal gelernt, dass man doch bestimmte Größenvorteile hat, wenn man Aufgaben komprimiert wahrnehmen kann. Das ist jedenfalls in der Betriebswirtschaft so. Ich hatte gedacht, dass das im Land Nordrhein-Westfalen auch so gesehen wird. Also müssen wir eigentlich pro Kopf immer günstiger sein als andere kleinere Bundesländer.

Ich habe wahrgenommen, dass sich die SPD mit ihrem Fraktionsvorsitzenden jetzt auch an der fortgesetzten Mattenflucht des Ministers in die Bundespolitik beteiligt. Eben kam der Vorwurf an die Adresse der Opposition, man habe zu viel über Bundespolitik gesprochen. Ich habe mitverfolgt, dass sich der Finanzminister bei seiner Einbringungsrede zum Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen gut die Hälfte der Zeit mit Bundespolitik beschäftigt hat.

Es mag schön sein, dass man sich mit Bundespolitik beschäftigt. Sie beschäftigen sich ja auch gerne mit Dingen in Tokio, in Washington und anderswo. Aber das ist nicht das strukturelle Problem dieses Haushalts. Sie finden nämlich keine Antwort auf die innere Dynamik dieses Haushalts. Sie haben keine Antwort auf die Frage nach den demografischen Herausforderungen für den Landeshaushalt vorgebracht. Sie haben keine Antwort darauf vorgebracht, warum Sie die historisch niedrigen Zinssätze, die gegenüber einer alten mittelfristigen Finanzplanung 400 bis 500 Millionen € an Einsparungen allein in diesem Jahr bringen, nicht zur Absenkung der Nettoneuverschuldung einsetzen können.

Die Antwort ist ganz einfach: Sie müssen Ihre Wahlgeschenke bezahlen. Das heißt, die Zinseinsparungen finanzieren Ihre Wahlgeschenke.

(Beifall von der CDU)

Sie sind damit Profiteur der internationalen Finanzkrise, denn sonst wären die Zinsen nicht so niedrig. Sie sollten deshalb darüber nachdenken, ob Sie immer auf die Kapitalmärkte schimpfen sollen, die Sie anschließend gerne für Ihre verminderten Zinsausgaben in Anspruch nehmen.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Krise ist gut?)

– Nein, aber sie ist nicht als Argument geeignet, Herr Kollege Mostofizadeh, um zu sagen, dass das alles nur böse ist.

Wir profitieren genau wie der Bund – das haben wir schon an anderer Stelle diskutiert – von den historisch niedrigen Zinsen. Aber das ist kein dauerhafter Zustand und auch kein Zustand, den wir uns dauerhaft wünschen können, denn niedrige Zinsen sagen etwas über ein gestörtes volkswirtschaftliches Gleichgewicht aus. Sie sagen etwas darüber aus, dass etwas nicht stimmt. Deshalb können wir uns darauf auch in Zukunft nicht verlassen. Wir müssen damit rechnen, dass wir irgendwann für die ganzen Schulden, die wir jetzt aufnehmen, mehr bezahlen müssen.

Herr Priggen hat darauf hingewiesen, dass in der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 2010 des alten Finanzministers eine höhere Nettoneuverschuldung angesetzt war. Er hatte im Gegenzug auch deutlich niedrigere Steuereinnahmen. Es waren mehr als 3 Milliarden € in den Jahren 2011, 2012 und 2013 weniger angesetzt. Entsprechend fällt auch die Neuverschuldung jetzt niedriger aus, weil Sie die Steuermehreinnahmen einfach einbuchten können. Es ist gut, dass es so ist. Aber das sollte man auch sagen. 2011 waren es gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung von damals 3,4 Milliarden €, 2012 waren es 3,2 Milliarden €, und 2013 sind es 3,1 Milliarden €.

Der Unterschied ist nur: Sie haben eine globale Minderausgabe von 820 Millionen € und eine globale nicht spezifizierte Mehrausgabe von 160 Millionen € drin. Diese knappe Milliarde ist die Finanzierung Ihrer Wahlgeschenke, denn sonst wären Sie bei den von unserem Fraktionsvorsitzenden dargestellten 4,5 Milliarden € Nettoneuverschuldung. Die wollten Sie dem Parlament nicht vorlegen, sondern sie lieber ohne parlamentarische Begleitung irgendwo einsparen und kürzen. Das ist eigentlich ein Verstoß gegen das Transparenzgebot.

Wenn man sich diese Milliarde anschaut, ist auch klar: Herr Lindner hat auf dieses Bild hingewiesen.

(Der Redner hält die mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2016 des Landes hoch.)

Herr Minister, ich habe mir die Freude gemacht, mir die alte MFP von 2010 herauszusuchen.

(Der Redner hält die mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2012 des Landes hoch.)

Darin ist ein anderes Foto, nämlich eine Dame, die sagt: Es ist wirklich wichtig, dass wir auf jeden einzelnen Cent achten. Wir müssen nämlich in der Zukunft all das bezahlen, was wir heute mehr ausgeben. – Dieses Bild ist dasjenige, das eigentlich Ihre Philosophie sein sollte. Aber das ist es, wie sie tat-

sächlich ist. Sie konsumieren auf Kosten der zukünftigen Generationen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auf der Bundesebene, auf die ich auch noch einmal kommen möchte, weil die Steuerdiskussion hier die ganze Zeit wabert, gibt es eine ganz tolle „Peer“-spektive, nämlich folgende: Die SPD wird als Partei der Steuererhöhungen und Schuldenmachelei in den Wahlkampf gehen. Leitbild ist und bleibt der gefräßige Staat. Man nimmt das Geld entweder auf Pump auf, oder man zieht es dem Bürger aus der Tasche, damit man mit gutem Gewissen das Geld auf der anderen Seite wieder ausgeben kann.

Das Ergebnis ist völlig absehbar: weniger Wohlstand, weniger Wachstum, weniger Geld in den Portemonnaies der Menschen, weniger Entfaltungschancen, weniger sozialer Aufstieg, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Bevormundung, mehr Schulden und anschließend mehr Steuern, um diese Schulden zu bezahlen. Das ist eine fatale Abwärtsspirale. Für die steht Ihre Politik. Ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger das verstehen werden.

Warum steht Deutschland heute besser da als alle anderen Staaten in Europa? Nicht, weil wir mehr umverteilt haben, sondern weil wir die Rahmenbedingungen geschaffen haben, dass Wachstum und Beschäftigung erfolgreich entstanden sind. Jetzt kommt Ihr Kanzlerkandidat und erklärt: Wir werden die Steuern erhöhen – nicht verzagt, nicht verschämt. – Man könnte auch sagen: Das ist ziemlich unverschämt gegenüber den Lebenschancen der Menschen in Deutschland.

Lernen Sie doch bitte endlich aus der Geschichte! Die beste Garantie für mehr Wohlstand und Beschäftigung ist nicht mehr Bevormundung durch Bürokratie und mehr Staat, sondern es ist ein starker Staat, der in der Lage ist, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Menschen auch gerne arbeiten möchten, dass sie Chancen haben. Und das ist das, was uns unterscheidet.

(Beifall von der CDU)

Uns unterscheidet: Wir wollen nicht mehr Staat und mehr Bevormundung – sonst hätten wir in Deutschland auch nicht zwei Jahrzehnte Aufbau Ost zum Reparieren von mehr Staat und mehr Bevormundung hinter uns. Wenn mehr Staat wirklich ein Erfolgsmodell wäre, dann müssten wir nicht in Europa für Frieden und Freiheit arbeiten, sondern dann müssten wir eigentlich eine strategische Partnerschaft mit Kuba aufbauen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Meine Güte!)

– Ich habe Nordkorea extra nicht genannt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie werden feststellen: Die Menschen wollen Sicherheit und Chancen auf Entfaltung, eben keine Bevormundung.

Wenn ich das Thema „kalte Progression“ noch kurz streifen darf: Dann ist auch das, was die Ministerpräsidentin heute wiederholt hat – es wurde jetzt mehrfach gesagt –, immer noch falsch: Die kalte Progression hat nämlich zur Folge, dass gerade die Menschen mit mittleren Einkommen kaum noch einen Anreiz haben, mehr zu verdienen, mehr zu leisten, weil sie wissen, es bleibt wenig davon in ihrem Portemonnaie übrig.

(Zuruf der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Warum sollen Menschen mehr arbeiten, wenn sie wissen, dass sie das Ergebnis der Mehrarbeit beim Finanzamt abliefern müssen? Was ist denn die Logik dieses Argumentes? Das hat dann auch nichts damit zu tun, dass man Steuermehreinnahmen nicht haben will. Die Frage ist, ob Steuereinnahmen dadurch entstehen, dass wir Wachstumsimpulse setzen, oder ob man ein statisches Verständnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft hat. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen uns. Wir glauben, dass man Wachstum stimulieren kann, und zwar indem man den Menschen Anreize gibt.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wie schließen Sie denn die Einnahmelücke?)

Sie vertreten lieber ein statisches Verständnis, weil Sie meinen, dass ein veredelter Staats-Euro ein besserer Euro ist als der Euro in den Portemonnaies unserer Bürgerinnen und Bürger. Das ist der Unterschied zwischen unserer und Ihrer Politik. Dafür werden Sie auf Dauer keine Zustimmung bekommen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Nun hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Optendrenk, wenn Sie tatsächlich das Staatsverständnis, das Sie heute noch einmal für die CDU deutlich gemacht haben, gegen das der Sozialdemokratie und der rot-grünen Koalition stellen wollen, dann werden Sie in der Tat erleben, dass sie auf Dauer keine Zustimmung ernten.

(Günter Garbrecht [SPD]: Sehr richtig!)

Zu sagen, dass der Staat ein gefräßiges Monster sei, das die Einnahmen nur dazu verwende, um sie irgendwie zu verschlingen und zu verdauen, und sich überhaupt nicht vergegenwärtigen, dass die Einnahmen, die der Staat dringend braucht, dazu dienen, die berechtigten Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern an ihren eigenen Staat zu erfüllen: Der Staat ist ja kein Monstrum, das irgendwo herum-schwirrt, er hat vielmehr den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen und gehört ihnen.

Kindertagesstätten, Schulen, Infrastruktur, Hochschule, Justiz, Polizei und viele Dinge mehr: Dafür braucht unser Staat das Geld und nicht für irgendwelche imaginären Luftschlösser. Wenn Sie das tatsächlich als gefräßiges Monster ansehen, dann habe ich keine Bange vor dieser staatspolitischen Auseinandersetzung. Das will ich einmal zuerst sagen.

(Beifall von der SPD)

Ansonsten möchte ich nur noch auf ein paar Punkte eingehen, die die Opposition eben auf die Replik der Ministerpräsidentin entweder nicht zur Kenntnis nehmen wollte oder nicht zur Kenntnis nehmen konnte.

Herr Kollege Laumann und Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, selbstverständlich haben Sie Plan- und Ist-Daten in dem Vorwurf gegen die Regierung durcheinandergeworfen. Das ist Ihnen möglicherweise entgangen. Aber im Jahre 2011 hatten wir – Ist – eine Nettoneuverschuldung von 3 Milliarden €. Im Jahre 2012 werden Ist und Soll ungefähr gleich liegen, bei diesen 3,3 Milliarden €, bereinigt um den Sondereffekt. Aber 2013 ist es eben ein Planwert. Es dürfte Ihnen nichts Neues sein, dass man in dem Fall über einen Planwert redet. Herr Kollege Laumann hat aber genau dieses Herrn Finanzminister Walter-Borjans vorgeworfen.

Er hat ihm ein Weiteres vorgeworfen: dass er in den beiden Jahren, in denen Minister Walter-Borjans mittlerweile für die Finanzen zuständig ist, im Ist stets besser abgeschnitten hat als im Plan. Ein anderer Finanzminister hat sich dafür extra ein neues Etikett ausgedacht. Ich glaube, ehrbarer Kaufmann oder solider Kaufmann oder so ähnlich hieß diese Selbstverständlichkeit. Norbert Walter-Borjans kalkuliert vorsichtig. Und das ist ausdrücklich richtig und in Ordnung so. Dass Sie ihn dafür kritisieren, kann ich beileibe nicht verstehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu Recht haben Sie eingefordert, dass Sie für die eigenen Konsolidierungsvorschläge, die einmal mehr angekündigt worden sind, die Zeit des Haushaltsverfahrens brauchen. So weit, so gut. Es ist selbstverständlich, dass man damit nicht in der ersten Lesung um die Ecke kommt, sondern das bis zur zweiten und dritten Lesung macht.

Aber in der Tat – die Ministerpräsidentin hat es absolut treffend auf den Punkt gebracht –: Was wird von Ihrer Seite denn kommen? Wenn Sie wieder einmal mit den Kindergartengebühren kommen – auch Kollege Lindner hat eben darauf hingewiesen –, dann kommen Sie an einer Botschaft nicht vorbei: Durch Kindergartengebühren am meisten belastet sind, gemessen an ihrem verfügbaren Einkommen, die Eltern mit geringem Einkommen in den ärmsten Städten unseres Landes.

(Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

Und die haben wir entlastet. Das ist doch der eindeutige Punkt. Dort, wo man belasten kann, wo man sagen kann: „Starke Schultern sollen mehr tragen“, dafür sind Steuern da. Das ist jedenfalls unser Konzept. Entlastet wurden der Mittelstand und die Armen in dieser Gesellschaft – und das umso mehr, je ärmer die Kommune ist, in der sie leben. Denn da waren die Kindergartengebühren am höchsten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich bin sehr gespannt, ob Sie tatsächlich vor die Wählerinnen und Wähler treten wollen, um die Wiedereinführung der Kindergartengebühren zu vertreten.

Bei den Studiengebühren gilt Ähnliches. Sie sind hier ja wie die letzten Dinosaurier von Schwarz-Gelb im Land Nordrhein-Westfalen. Sonst gibt es in der Republik keinen mehr. In Bayern fliegt fast eine Koalition auseinander, weil sich Schwarz und Gelb heftig darüber streiten, ob Studiengebühren noch das richtige Element sind. Sei's drum.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dann sagen Sie bitte ganz ehrlich, Sie wollen die Studiengebühren wieder einführen

(Christian Lindner [FDP]: Ja!)

und machen die Wende von der Wende. Das müssen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen aber auch sagen – und nicht auf der einen Seite die Abschaffung begrüßen, wie es Herr Röttgen tat,

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

um jetzt die Wiedereinführung zu fordern. – Endlich Klarheit an dieser Stelle!

Dasselbe gilt fürs Personal. Wenn Sie es nicht machen wollen wie in den Zeiten Ihrer Regierung – Herr Kollege Römer hat Ihnen das ganz sorgfältig vorgerechnet –, nämlich 90 % des Personals erst einmal auszunehmen, um auf die restlichen 10 % diese Kürzungsquote von 1,5 % zu legen, sondern sagen, das gesamte Personal müsse nach den Vorstellungen von CDU und FDP für Kürzungsquoten herangezogen werden, dann geben Sie auf Heller und Pfennig sowie auf Kopf, Schule und Ort bezogen an: Wie viele Lehrerinnen und Lehrer wollen Sie einsparen?

(Zustimmung von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wie viele Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer wollen Sie einsparen? Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wollen Sie einsparen? Wie viele Menschen in den Justizeinrichtungen wollen Sie einsparen? Bei all diesen Punkten müssen Sie ehrlich und wahrhaftig agieren, aber nicht auf der einen Seite mit großem Munde Einsparungen fordern, um auf der anderen Seite dann doch wieder nichts zu liefern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin sehr gespannt, ob Ihnen das am Ende gelingen wird.

Uns ausgerechnet von Ihnen von der CDU und der FDP einen Vortrag über die Kommunalfreundlichkeit unserer Politik halten zu lassen – da kann ich wirklich nur lachen.

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben den Stärkungspakt mit beschlossen!)

– Herr Kollege Lindner, Sie haben in Zeiten Ihrer Regierung die Kommunen als Fußabtreter Ihrer Politik missbraucht. Die 3 Milliarden €, die Sie den Kommunen allein in Ihrer Regierungszeit entzogen haben, haben eine deutliche Sprache gesprochen. Insofern haben wir es überhaupt nicht nötig, uns beim Thema „Konnexität“ – Sie haben übrigens eine Klage nach der anderen in Münster verloren – Belehrungen gefallen zu lassen. Wenn Sie uns das vorwerfen, sind Sie wirklich völlig fehl am Platze.

In einem Punkt, Herr Kollege Lindner, hatten Sie in der Tat recht. Sie haben gesagt, man könne die Einnahmen eines Landes auch durch wirtschaftliches Wachstum verbessern. Bei diesem einen Element will ich Ihnen selbstverständlich ganz ausdrücklich zustimmen, denn das Spiegelbild von Wirtschaftswachstum sind entsprechende Steuereinnahmen.

Aber wenn man das schon so propagiert, Herr Kollege Lindner, muss man sich an den eigenen Taten messen lassen. Ich kann nur die Fakten und die offiziellen Statistiken sprechen lassen. Die Finanzkraft des Landes Nordrhein-Westfalen, die auch Grundlage des Länderfinanzausgleichs ist, ist in Ihrer Regierungszeit 2005 bis 2010 von einem überdurchschnittlichen auf einen unterdurchschnittlichen Wert gefallen.

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wenn Sie sagen, Wirtschaftswachstum sei die Domäne der FDP, entgegne ich: Ganz im Gegenteil, die rot-grüne Regierung dokumentiert jetzt, welche Kompetenz sie auf diesem Feld hat.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Sie hatten sie jedenfalls ausweislich der Zahlen nicht. Denn die Finanz- und Wirtschaftskraft des Landes ist gefallen. Die Statistik lügt nicht, denn sie ist nicht von mir. Ich würde zwar auch nicht lügen, aber sicherer ist es jedenfalls, wenn sie von offiziellen Stellen und nicht von mir stammt.

(Heiterkeit)

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich bin sehr gespannt, was Sie uns noch in den Haushaltsplanberatungen vorlegen werden. Bisher sind es nichts als laue Lüftchen und bloße Ankündigungen. Selbst die richten sich in aller Regel gegen Sie selbst, weil Sie nicht im Ansatz das werden halten können, was Sie jetzt andeuten.

Wir sind allemal darauf gespannt; das haben die Ministerpräsidentin und der Finanzminister gerade noch einmal gesagt. Jeder Vorschlag wird gewogen und nach Prüfung angenommen werden können, sofern er vernünftig ist. Aber gemessen an Ihren heutigen Auftritten werden wir Sie nicht davonkommen lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Börschel. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lindner hat gerade den Raum verlassen. Ich möchte ihm zu zwei Punkten, auf die er mich angesprochen hat, antworten.

(Christof Rasche [FDP]: Ich richte es ihm aus!)

– So ist das. Das kann er im Protokoll nachlesen, oder man richtet es ihm aus.

Der erste Punkt bezog sich auf die Steuerpolitik des Bundes. Da hat er erneut nach seiner Selbstinszenierung, die er vorhin betrieben hat, mit einer relativ unfassbaren Arroganz behauptet, ich würde nicht verstehen, wie diese Progression funktioniert, und dass mir der Basiseffekt der Prozentrechnung nicht geläufig sei.

Ich weiß sehr wohl, dass, wenn man eine progressive Linie hat, natürlich diejenigen, die mehr verdienen, mehr zahlen, und dass sie, wenn sie entlastet werden, stärker entlastet werden. Ich habe das nicht bestritten. Darum geht es auch.

Wenn wir jetzt – das hat die Ministerpräsidentin dargestellt – einerseits den Grundfreibetrag anheben und andererseits die Progression verschieben, entlasten wir die Besserverdienenden stärker – und zwar nominell. Das ist einfach so.

Dann muss man sich – das ist die sehr wichtige Frage – entscheiden: Können wir das finanz- und haushaltspolitisch verantworten? Können wir das auch darstellen, insbesondere im Konzert anderer staatspolitischer Maßnahmen, die zu treffen sind? Die Ministerpräsidentin sagte zutreffend, dass wir auf unseren Landeshaushalt achten müssen. Wenn Sie auf der anderen Seite sagen, wir sollten keine Steuergeschenke oder sonstigen Versprechungen auf Pump machen, nehmen wir Sie als Maßstab. Wenn Sie diese Entlastung machen wollen, sagen Sie im Bundeshaushalt, woher die Entlastung für diese Maßnahmen kommt, damit die Länder und Kommunen nicht mehr belastet werden – nicht mehr und nicht weniger.

Zum Punkt „Vermögensteuer“: Herr Laumann hat versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die Vermögensteuer nicht verfassungskonform auszuge-

stalten sei und dass es nicht möglich sei, diese zu erheben. Auch dazu hatten wir eine relativ beeindruckende Anhörung. Sie war für meinen Teil insbesondere beeindruckend, als die Vortragenden im Wesentlichen Ideologiemphrasen vorgetragen und sich nicht zur Sache ausgelassen haben.

Das Problem der Vermögensteuer, was die Bewertung von Immobilien betrifft, haben auch die Grundsteuer und die Erbschaftsteuer. Wenn die FDP möchte, dass die Erhebung von Erbschaft- und Grundsteuer heute eingestellt wird, soll sie das sagen und auch mitteilen, woher dann das Geld für die Kommunen und das Land kommt. Das ist nicht unsere Position.

Ein weiterer Punkt liegt mir wirklich sehr schwer im Magen, nämlich die Inklusion. Herr Lindner hat eben versucht, den Eindruck zu erwecken, als wollte die Landesregierung die Kommunen bei der Inklusion im Regen stehen lassen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle aber Folgendes nicht ersparen: Herr Kollege Witzel, Sie haben offenkundig im Dezember 2009 ganz persönlich diesen Landtag und insbesondere die schwarz-gelbe Koalition daran gehindert, überhaupt anzuerkennen, dass wir Inklusion als Auftrag haben und dass das Land sie umzusetzen hat. Das ist FDP pur in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Es funktioniert nicht so, wie Sie es sich einfach vorstellen!)

Er hat sich offensichtlich nicht kundig gemacht, da er davon spricht, dass die Barrierefreiheit in den Kommunen Inklusionsaufgabe der Landesregierung sei.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Der Schulministerin!)

– Oder der Schulministerin. – Ich kann vor diesem Hintergrund nur darauf hinweisen: Für die baulichen Aspekte – da müsste man Barrierefreiheit sehr genau definieren – ist zunächst einmal die Kommune zuständig.

Man musste nicht auf das Jahr 2009 warten. Es gibt eine ganze Menge Kommunen, die es bereits vor dem Erlass der UN-Konvention umgesetzt haben. Zu anderen Punkten der Barrierefreiheit – es geht um Computer, um Hörgeschädigte und um andere Fragen –, hat die Landesregierung sehr wohl erklärt, dass sie bei der Prozessgestaltung im Boot ist. Insofern haben Sie sich in diesem Punkt demaskiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur noch auf zwei Aspekte hinweisen. Der eine Aspekt bezieht sich auf einen Punkt, der mich wirklich ärgerlich macht und von dem ich dachte, dass in diesem Landtag ein Konsens bestünde. Es geht um die Frage, dass wir nicht bewusst und wider besseren Wissens Landesinstitutionen zum Schaden des Landes schlechtreten.

Herr Kollege Witzel hat mit Billigung des Fraktionsvorsitzenden Lindner mehrfach behauptet, sowohl die Erste Abwicklungsanstalt als auch die WestLB kämen ihren Pflichten zum Schaden des Landes nicht nach. Nach meinem Kenntnisstand ist Ihnen mehrfach nicht nur das Gegenteil dargelegt, sondern auch bewiesen worden, und zwar am 31. August durch die Landesregierung, die Vorstände der EAA und die Vorstände der WestLB-Nachfolgergesellschaft Portigon. Herr Kollege Witzel, Sie betreiben billigen Populismus auf dem Rücken des Landes. Das kann zu Milliardenschäden führen und verhindern, dass die Portigon ein vernünftiges Geschäftsmodell bekommt und die EAA ihre Arbeit erfolgreich betreiben kann, um die darin liegenden Werte vernünftig abzuarbeiten. Das finde ich schäbig. Das gehört sich in diesem Parlament einfach nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt zum Stärkungspakt Stadtfinanzen klarstellen, der mir ein persönliches Anliegen ist. Es ist unbestritten sehr ärgerlich, nun diese Neuberechnung vornehmen zu müssen. Klar ist aber auch, alle Fraktionen des Landtages haben diese Neuberechnung gefordert. Wer etwas fordert, muss auch mit den Ergebnissen leben. Das ist Punkt eins. Punkt zwei ist, wenn wir das nicht schon 2011 vollzogen hätten, hätten die Städte und Gemeinden jetzt 760 Millionen € weniger überwiesen bekommen. Das wollten wir ausdrücklich nicht. Wir wollten den Kurs von Schwarz-Gelb beenden und den Kommunen mit dem Stärkungspakt helfen.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)

Die FDP hat einen Sinneswandel vorgenommen und sich diesem Stärkungspakt angeschlossen. Ich nehme zur Kenntnis, dass Herr Lindner einen Ausweg sucht und gewissermaßen einen Tunnel gräbt, um sich wegzuschleichen.

Herr Kollege Abruszat, es geht darum, wie die Finanzierung der zweiten Stufe im Jahr 2014 im Gesetz formuliert werden kann. Es betrifft die Solidaritätsumlage. Es wundert mich nicht, dass sich die FDP drückt. Die Solidarität steht auf ihrer Skala nicht ganz weit oben. Einen zweiten Punkt finde ich sehr beachtenswert, den Herr Kollege Biesenbach und Herr Kollege Kuper vorgetragen haben. Die CDU fordert allen Ernstes eine Ausstiegsoption für den Stärkungspakt. Glauben Sie, dass die Stadt Essen auf eine Entlastung von 90 Millionen € verzichtet? Insgesamt ist das eine halbe Milliarde Euro. Glauben Sie das ernsthaft? Glauben Sie, dass Oberhausen 60 Millionen € vom Land nicht nimmt, um den Konsolidierungsprozess fortzuführen?

Noch etwas anderes ist wichtig. Sie tun so, als ob diese Städte vor dem Stärkungspakt in einer rosigen Situation gewesen wären. Ich weise nur auf Oberhausen hin. Der Haushalt von Oberhausen

wies im Jahr 2010 ein Defizit in Höhe von 145 Millionen € aus. Mit Hilfe des Landes durch den Stärkungspakt und das GFG sowie mit den Entlastungsmaßnahmen des Bundes, wird es gelingen, einen Haushaltsausgleich bis 2016 hinzubekommen. Die Entlastungsmaßnahmen des Bundes sind hart erstritten worden. Sie werden nicht gewährt, weil Schwarz-Gelb es wollte, sondern weil wir sie im Bundesrat letztendlich dazu gezwungen haben. Das sind doch ganz wesentliche Erfolge, die diese Landesregierung zu verantworten hat. Das unterscheidet sich ganz wesentlich von dem, was CDU und FDP machen.

Herr Kollege, zu dieser Wahrheit gehört auch, dass die Kommunen ihre Politik massiv geändert haben und sehr massiv zu diesem Konsolidierungsprozess beitragen. Das steht im Gegensatz zu dem, was Herr Wolf in seiner Amtszeit zu verantworten hatte. Insofern klappt das Zusammenspiel.

Lassen Sie mich einen letzten Aspekt zum Stärkungspakt nennen. Herr Kollege Biesenbach und Herr Kollege Abruszat verschweigen in dieser Debatte immer, dass sie genau den Kommunen, die sie nun retten wollen – Wuppertal, Oberhausen –, über die GFG-Debatte zusätzlich zweistellige Millionenbeträge wegnehmen wollen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Allein für Essen wären es 30 Millionen €. Für Wuppertal wären es ebenfalls etwa 30 Millionen € und für Oberhausen auch. Sie sind in diesem Zusammenhang so etwas von verlogen, wie es gar nicht anders geht. Ich würde die Füße stillhalten und Fakten auf den Tisch bringen.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

– Herr Kollege Optendrenk, Sie brauchen gar nicht mit dem Kopf zu wackeln. Genauso ist es.

Herr Kufen ist ein guter Kollege von mir. Wenn er sich einen schlanken Fuß macht und sagt, der Oberbürgermeister in Essen müsse das retten, dann kann ich nur fragen, ob er auf die 90 Millionen € verzichten und das kompensieren soll. Sie sind doch nicht mehr ernst zu nehmen, was den Stärkungspakt anbetrifft.

Diese Landesregierung wird den Konsolidierungsprozess der Kommunen fortschreiben. Wenn diese Bundesregierung 2013 Geschichte sein wird, wovon ich ganz sicher ausgehe, dann hoffe ich, es wird im Bund zu weiteren Entlastungsmaßnahmen für die Kommunen und Länder kommen. Dann wird auch die Politik, die in Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushalt angelegt worden ist, eine vernünftige Entfaltung bringen.

Ich freue mich schon auf die zweite Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Vorschläge der CDU zum massiven Haushaltskonsolidierungsprozess auf dem Tisch liegen. Ich freue mich darauf,

wenn Herr Kollege Sternberg vortragen wird: Ich habe mich geirrt, die Kulturkürzungen sind doch richtig, ich mache keine Oppositionsreflexe mehr. – Ich freue mich darauf, wenn er oder Herr Kollege Lindner sagen, sie arbeiten am Konsolidierungsprozess der Landesregierung mit. Ich habe ein bisschen Hoffnung, aber nicht viel. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hätte erwarten dürfen, dass die Regierung ihren ersten eigentlichen neuen Haushalt in dieser Legislaturperiode mit etwas Gestaltungswillen verbindet. Dieser Haushalt ist insgesamt eine Enttäuschung. Im Westen nichts Neues.

Ebenso ist es bei dem von Ihnen propagierten Dreiklang. Der heißt nämlich: Schulden, mehr Schulden und noch mehr Schulden.

(Zuruf von der SPD: Sie sollen doch etwas aussagen!)

Herr Kollege, Sie reden gern über die Jugend und sagen in diesem Zusammenhang, Sie wollen nichts und niemanden zurücklassen. Was Sie mit Blick auf die Jugend zurücklassen, ist ein gigantischer Schuldenberg, auf den Sie jedes Jahr weitere Beträge anhäufen. Dafür müssen die jungen Menschen die Zinsen und die Zinseszinsen entrichten.

Das ist keine generationengerechte Politik. Eine generationengerechte Politik setzt ausdrücklich darauf, zu Entlastungen zu kommen und so schnell wie möglich den Haushaltsausgleich anzustreben, um perspektivisch irgendwann in Phasen einzutreten, in denen von diesem Schuldenberg wieder etwas abgetragen werden kann. Ein Umsteuern in der Haushaltspolitik ist auch bei diesem neuen rot-grünen Haushalt 2013 nicht erkennbar. Deshalb werden Sie diesen Haushalt gegen die Wand fahren, und die finanzielle Situation des Landes wird sich so schnell nicht verbessern.

Wir sagen ausdrücklich, wir wollen die Schuldenbremse. Die Schuldenbremse ist nicht irgendetwas, was man mit gebückter Haltung sehen muss und wo man sagt: „Es ist schade, dass es sie gibt“ und sie immer als Entschuldigung dafür verwendet, dass man irgendwo mal einsparen muss.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist das Erste, was der Finanzminister in seiner Rede gesagt hat!)

Nein, diese Schuldenbremse ist ein Segen, weil sie den Rahmen vorgibt und Druck für die Politik auf-

baut, den Haushaltsausgleich endlich mal zu erreichen.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie als Regierung bereit wären, die nächsten fünf Jahre bis zum Ende dieser Legislaturperiode zur Konsolidierung zu nutzen, wüssten Sie alle genau, 2017 wäre der Haushaltsausgleich machbar. Aber Sie haben eine ganze Reihe eigener Projekte auf der Agenda, das, was Sie in Wahlkämpfen als Wahlgeschenke auskehren. Die Ministerpräsidentin hat eben gesagt, das sind ja immer wieder dieselben Themen, und hat auf Studiengebühren, beitragsfreie Kita und Sozialticket verwiesen. Allein diese drei Maßnahmen, die als ein bisschen niedlich hingestellt worden sind, machen immerhin jedes Jahr in diesem Landeshaushalt rund 400 Millionen € aus. Insofern reden wir über gewichtige Größenordnungen. Es wurde mal eben so über dreistellige Millionenbeträge gesprochen, die natürlich relevant sind.

Das kann nicht alles sein, es muss weitere Beiträge geben. Es muss weitergehen mit Landesbetrieben und Landesbeteiligungen. In dem Zusammenhang finde ich es bemerkenswert, was mein grüner Vordrner vorgetragen hat, was die Notwendigkeit angeht, dass die Opposition einen kritischen Blick auf die Dinge wirft. Ich glaube, Herr Kollege, es gibt in ganz Deutschland keinen grünen Abgeordneten, der so wie Sie den Standpunkt vertreten wird, es sei nicht Aufgabe eines Parlaments und insbesondere nicht Aufgabe einer Opposition, kritische Nachfragen zu stellen.

(Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie stellen es einfach falsch dar!)

– Nein, Herr Kollege, absolut nicht!

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie wollen es schlechtreden! Sehen Sie die Umfragen! – Zuruf von der FDP: Zuhören, Herr Kollege!)

– Herr Kollege, man kann faktenbasiert zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen. Es ist Aufgabe der Politik, das zu diskutieren. Aber die Haltung zu sagen: „Weil das vielleicht nicht so gut für den Namen BLB ist, fragen wir lieber erst mal gar nicht nach, was da passiert!“,

(Beifall von der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ist falsch. Wenn es eine öffentliche Berichterstattung über das Finanzgebahren bei der WestLB gibt und über Lustreisen gesprochen wird, ist es nicht nur das Recht, sondern die Aufgabe einer Opposition – und in einem selbstbewussten Parlament eigentlich auch Ihre – nachzufragen, wie solche Prozesse entstanden sind und was unternommen wird, damit es zukünftig nicht mehr geschieht, Herr Kollege.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es war schon von den Begrifflichkeiten her interessant, welche Vokabeln verwendet worden sind, wenn wieder von Steuergeschenken gesprochen wird. Nach meiner Vorstellung schenkt nicht der Staat irgendetwas, wenn es um Steuern geht, sondern Steuern sind das, was Menschen erwirtschaften, erarbeiten und letzten Endes beim Staat abgeben müssen.

Der Vergleich der Ministerpräsidentin mit den Ausgabenanteilen der Länder hinkt. Das müssen Sie nicht der FDP glauben. Gucken Sie einfach auf das, was Ihnen der eigene Gutachter der Landesregierung, was Ihnen PwC aufschreibt! PwC stellt dar, Nordrhein-Westfalen hat den mit Abstand höchsten Kommunalisierungsgrad der Vergleichsländer. Deshalb stehen wir in Nordrhein-Westfalen bei den Ausgaben pro Kopf, wenn wir Land und Kommunen sowie Kern- und Nebenhaushalte zusammennehmen, an Stelle zwölf von 13 Flächenländern. Das ist der relevante Vergleichsmaßstab. Darum geht es. Deshalb müssen auch auf der Ausgabenseite Synergien erzielt werden.

Wir warnen ganz ausdrücklich davor, eine Politik gegen Adam Riese zu betreiben. Deshalb behalten wir die Haushaltspolitik, die Ausgaben weiter sehr engagiert im Blick.

Damit Sie uns nicht vorwerfen, wir würden die Dinge nicht transparent ansprechen, die man im Blick haben muss, werden wir in wenigen Minuten bei uns am Fraktionssaal eine Schuldenuhr aufstellen. An ihr können Sie zukünftig jeden Tag ablesen, wie sich der Schuldenstand dieses Landes weiter entwickelt. Sie werden sehen, wie die Zahlen bei Ihrer Finanzplanung in den nächsten Jahren weiter ansteigen werden, und das auch als Warnung und Mahnung verstehen, dass Haushaltskonsolidierung Kernaufgabe dieses Hauses ist: für alle Fraktionen in dieser Legislaturperiode. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Wir sind damit am Schluss der Beratung zu diesem Unterpunkt.

Zur Vorstellung des **Gemeindefinanzierungsgesetzes** erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Jäger das Wort. Bitte sehr.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Vor gerade einmal 14 Tagen haben wir das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 nach insgesamt fünf Lesungen verabschiedet und damit einen neuen Meilenstein gesetzt. Wir haben den Kommunen mit dem Ge-

organisatorisch. Ich bin sicher, die Mehrheit im Haus sieht das genauso und will es auch.

Wir alle brauchen Wasser. Nicht nur die Menschen, auch die Großabnehmer wie Kraftwerke und Chemiefabriken, Gewerbe, Industrie und die Infrastruktur. Der Staat muss es zur Verfügung stellen. Es wird in der Regel mit dem Steueraufkommen finanziert. Es kommen aber auch Entgelte und Gebühren infrage. Selbst das Umweltbundesamt hält eine Erhebung eines Wasserentnahmeentgelts für sinnvoll.

Interessanterweise enthalten die UWA-Tabellen deutlich höhere Sätze als die jetzt von der Landesregierung vorgesehenen, nämlich 10 Cent pro Kubikmeter statt 5 Cent pro Kubikmeter. Da gibt es also durchaus noch Spiel.

Wir sollen jetzt einer Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes um einen halben Cent pro Kubikmeter zustimmen. Das ist eine Gebühr und keine Steuer. Einige Redner von CDU und FDP haben heute den ganzen Tag versucht, durch die Blume den Eindruck zu erwecken, es sei eine Steuer. Es ist aber eine Gebühr.

Diese Anhebung ist nötig, um die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie erfüllen zu können. Das ist auch dem Protokoll der Anhörung zum Wassercent vom 28. Juni 2011 zu entnehmen. Derzeit sind für diese Umsetzung etwa 75 Millionen € pro Jahr vorgesehen. Nach einer Bewertung, die der BUND in Nordrhein-Westfalen aufgestellt hat, ist es allerdings schwer, damit die absolut notwendigen ökologischen Mindestanforderungen zu erfüllen. Die vorgesehenen Ausgaben für die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie im Haushalt 2013 betragen nur 75,83 Millionen €. Das ist zu wenig. Deshalb soll das Wasserentnahmeentgelt erhöht werden.

Wir denken, das ist hinnehmbar. Wir werden dieser Gesetzesänderung daher zustimmen. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass gemeinschädliche Großverbraucher wie der Braunkohlelembau nicht bevorzugt oder gar ausgenommen werden. Es geschieht auch vor dem Hintergrund, dass die Einnahmen durch Gebühren zweckgebunden wieder ausgegeben werden müssen und durch Gebühren keine Gewinne erzielt werden dürfen. Deshalb meinen wir, die Landesregierung soll dafür sorgen, dass die Wasserwerke diese Gelder für die Modernisierung ihrer Wasserwerke einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Tagesordnungspunkt 1.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben eine Reihe von Abstimmungen vorzunehmen.

Wir stimmen zuerst über den Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2013 ab. Nach dem Vorschlag des Ältestenrates soll die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1400** sowie der **Finanzplanung 2012 bis 2016 mit dem Finanzbericht 2013 des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 16/1401** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe erfolgen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Stimmt jemand dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann haben wir so überwiesen.

Wir kommen zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1402** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Stimmt jemand gegen diese Überweisung? – Stimmenthaltungen? – Dann ist so überwiesen.

Wir kommen nun zum Gesetzentwurf zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/1286** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Stimmt jemand dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit überwiesen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

2 Schaden vom Land abwenden: Staatssekretärin muss entlassen werden!

Eilantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1666

Die Fraktion der CDU hat den Eilantrag mit Schreiben vom 6. Dezember dieses Jahres fristgerecht eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Wittke das Wort.

Oliver Wittke (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit über einem Jahr beschäftigt nunmehr die Affäre Kaykin die Staatsanwaltschaft, das Amtsgericht Duisburg und die Öffentlichkeit. Dabei ist der Sachverhalt inzwischen weitestgehend geklärt.

